Wilsons Botschaft der 14 Punkte vom 8. Januar 1918 im Urteil der großen deutschen Tagespresse vom Januar bis zum Oktober 1918

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der

Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Joachim Seeberg

aus Berlin

Tag der Promotion: 29. Oktober 1936

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Februar 1936

1936

Druck: Triltsch & Huther, Berlin O 27

551

Referenten: Prof. Dr. Elze

Prof. Dr. Dovifat

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhalt.

Seite

Einleitung

1. Die deutsche Presse und die deutsche Außenpolitik im Weltkrieg 7
2. Die politischen und propagandistischen Ziele der 14 Punkte . . 16

Hauptteil

1. Die Botschaft Wilsons an den Kongreß vom 8. 1. 1918 und die deutsche Presse 25
2. Die Reichstagsrede des Grafen Hertling vom 24. 1. 1918 und die deutsche Presse 31
3. Die Rede Wilsons vor dem Kongreß am 11. 2. 1918 38
4. Die deutsche Presse und der Friede von Brest-Litowsk 47
5. Die deutsche Presse während der Offensiven im Westen, März bis Juni 1918 53
6. Die Außenpolitik der deutschen Presse während der militärischen Krise 66
7. Die Friedensnote des Grafen Burian vom 14. 9. 1918 79
8. Der Friedensschritt des Prinzen Max von Baden vom 3. 10. 1918 86

Zusammenfassung 100

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535701_0086

Vorwort.

Am 3. Oktober 1918 erklärte der deutsche Reichskanzler Prinz Max von Baden in einer Friedensnote dem amerikanischen Präsidenten Wilson die Bereitschaft der deutschen Regierung, „das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm" als Grundlage für die Friedensverhandlungen anzunehmen. Er ersuchte weiter den Präsidenten, „die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen."

Im Hinblick auf die grundlegende Bedeutung, die das Weltfriedensprogramm der Wilsonschen 14 Punkte durch diesen Schritt der deutschen Regierung politisch und vor der Weltöffentlichkeit gewann, erschien es mir wichtig, die Stellungnahme der deutschen Öffentlichkeit zu diesem Programm vom Zeitpunkt seiner Bekanntgabe an zu untersuchen. Die vorliegende Arbeit will die Stellungnahme der deutschen Presse zu den 14 Punkten schildern und gibt somit auch ein Bild von der Außenpolitik führender deutscher Tageszeitungen im letzten Kriegsjahr. Es lag in der Natur des Themas, daß die Betrachtung an manchen Stellen — über die ursprüngliche Fragestellung hinausgehend — sich mit dem Verhältnis von Außenpolitik und Presse im Weltkrieg überhaupt befaßte.

Ich möchte an dieser Stelle meinen verehrten akademischen Lehrern, Herrn Professor Windelband, Herrn Professor Elze und Herrn Professor Dovifat meinen Dank aussprechen für die immer wirksame Anteilnahme, in der sie mir während meines Studiums und bei Abfassung der vorliegenden Arbeit ratend, klärend und fördernd zur Seite standen.

Dank schulde ich schließlich auch dem Reichsarchiv Potsdam für die Erlaubnis zur Benutzung der zitierten Akten.

1. Die deutsche Presse und die deutsche Außenpolitik im Weltkrieg.

Entsprechend der gegen Deutschland angelegten politischen Bündniskonstellation haben die Ententeregierungen es auch verstanden, den weitaus überwiegenden Teil ihrer Presse gegen Deutschland einzunehmen und in jahrzehntelanger meinungspolitischer Arbeit die Ziele ihrer Außenpolitik in die Psyche ihrer Völker einzusenken. Das zeigt deutlich die unaufhörliche Verleumdung der deutschen Politik und des deutschen Geistes durch den mächtigen Northcliffe-Konzern in England, dessen Einfluß sich über England hinaus nach Rußland[1]) und Amerika[2]) erstreckte. Das zeigt die Pressepolitik Iswolskis in Frankreich, die die revanchefreundliche Presse bis in den Krieg hinein mit ständig steigenden Summen subventionierte[3]). Die Klarheit und Geradlinigkeit des gemeinsamen politischen Kurses wirkte sich aus in einer wechselseitigen Anreizung und Steigerung der antideutschen Instinkte in der Presse und Kulturpropaganda der Westmächte und Rußlands. Es war der zielbewußte politische Wille, „der von oben nach unten durchsickernd als eine lebendige Energie von unabsehbaren Wirkungen sich immer weiter potenziert."[4])

Die Propagandafeldzüge der Entente im Weltkrieg sind in ihren Wirkungen nicht zu verstehen ohne die systematische Vorarbeit der Vorkriegszeit. Hier stand auf seiten Deutschlands ein fast völliges Fehlen jeder Meinungsarbeit gegenüber, das der Unsicherheit des außenpolitischen Kurses entsprach. Versuche einzelner Vereine und Verbände, die deutsche Außenpolitik aktivierend zu beeinflussen und sie dem Interesse des deutschen Volkes näherzubringen, — wie sie z. B. von dem 1891 gegründeten „Alldeutschen Verband" ausgingen — erwiesen sich einmal als unzulänglich, da ihre publizistischen Organe, wie die „Alldeutschen Blätter", weitere Volkskreise nicht zu erfassen vermochten, häufig aber auch als schädlich, da die psychologisch oft unvorsichtige Form, in der sie die Interessen des Reiches zu vertreten suchten, dem Ausland wiederholt Gelegenheit bot, ihre Äußerungen propagandistisch gegen das Reich zu verwerten und der offiziellen deutschen Außenpolitik agressive Ziele unterzuschieben.[5])

---

[1]) F. Tönnies: „Kritik der öffentlichen Meinung", Berlin 1922, S. 17.

[2]) v. d. Knesebeck: „Die Wahrheit über den Propagandafeldzug und Deutschlands Zusammenbruch", München 1927, S. 89.

[3]) Pariser Chefredakteur: „Hinter den Kulissen des französischen Journalismus", 1925, S. 79—113.

[4]) Hermann Oncken: „Die Vorgeschichte des Weltkriegs", „Deutschland und der Weltkrieg", S. 542.

[5]) So behauptet z. B. Otto Baumgarten in seiner Schrift „Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika", daß es im Weltkrieg den amerikanischen Kriegshetzern wesentlich durch Benutzung der alldeutschen Publizistik gelang, „ihre rein geschäftlichen und machtpolitischen Tenden-

Abgesehen aber von derartigen Bestrebungen bestimmte das Gefühl, nach Bismarcks Wort außenpolitisch „saturiert" zu sein, nicht nur die rein defensive Politik der Reichsleitung, sondern trug auch dazu bei, daß die Pflege außenpolitischen Denkens im Volke selbst vernachlässigt wurde. Die unmittelbare Ursache für diese Entwicklung ist jedoch zu suchen in dem Grundübel deutscher Pressepolitik vor dem Kriege: in der völlig mangelhaften Unterrichtung der Presse und damit der öffentlichen Meinung über die von der Reichsregierung verfolgten Ziele der Außenpolitik, über den Zweck einzelner diplomatischer Aktionen und über die Beziehungen des Reiches zu einzelnen Staaten. So herrschte über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages jahrelange Unklarheit in der Öffentlichkeit; und über das offizielle Verhältnis zu England vermochte die Presse sich gleichfalls nur in Vermutungen zu ergehen. Ähnlich war die Unklarheit, die über die diplomatische Haltung des Reiches in der Balkankrise bestand.[6]) In den Klagen gegen diese Mängel des offiziösen Pressedienstes sind sich schon vor dem Kriege Vertreter entgegengesetzter weltanschaulicher Richtungen, wie die „Alldeutschen Blätter und die „Zukunft" einig gewesen[7]). Hans Delbrück schrieb 1904 in den „Preußischen Jahrbüchern":

> **„In der Unübersehbarkeit des Ganzen und dem unbehaglichen Gefühl, daß hier schlechthin unerkennbare Elemente im Spiele sind, verliert die öffentliche Meinung die Lust, überhaupt den verschlungenen Fäden der Weltpolitik nachzustreben, obgleich doch zuletzt unser Schicksal auch im Innern von den Entscheidungen und Ergebnissen dieser Weltpolitik beherrscht wird."[8])**

Hiermit ist an das Problem gerührt, das dann auch im Weltkrieg die Beziehung der deutschen Presse und der öffentlichen Meinung zur Außenpolitik entscheidend bestimmt hat: das Problem, das gegeben ist durch die im 19. Jahrhundert immer stärker sich durchsetzende Demokratisierung des staatlichen Lebens und die damit verbundene Notwendigkeit einer erweiterten Öffentlichkeit auch in bezug auf die Wege und Ziele der offiziellen Außenpolitik.[9]) Der Entwicklung zu größerer Öffentlichkeit in der Außenpolitik stand aber gegenüber die unabänderliche Voraussetzung für jede erfolgreiche Diplomatie: der geheime, die große Öffentlichkeit meidende Charakter ihrer Tätigkeit. Verschwiegenheit in erster Linie war und blieb für jede Diplomatie die Voraussetzung

---

zen dem nordamerikanischen Volke gegenüber zu umkleiden und mit dem Anschein eines edelmenschlichen Eintretens für die von Westeuropa vertretenen demokratischen Ideale zu umgeben."

[6]) Erich Leupolt: „Die Stellung der bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands zum neuen Kurs der deutschen Außenpolitik bis zum Rücktritt Bülows". Diss. Leipzig 1932, S. 36/37.

[7]) Leupolt, a.a.O., S. 34.

[8]) Preußische Jahrbücher, Januar 1904.

[9]) Erich Everth: „Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik", Jena 1931, S. 4 ff.

ihres Erfolges. Dieser Entwicklung stand weiter entgegen die ständig wachsende Komplizierung und Verflechtung der Weltpolitik, die populärer Beurteilung sich entzog, oder — wo eine solche stattfand — die Gefahr schematisierender Vereinfachung der Zusammenhänge in sich barg und zur Herrschaft des Schlagworts in der öffentlichen Meinung führen konnte.

Die Art, in der dieses zentrale Problem jeweils in den einzelnen Staaten gelöst worden ist, hat auch den Verlauf des Weltkrieges wesentlich beeinflußt. Dank der machtvollen Stellung, die in den westlichen Demokratien die öffentliche Meinung von jeher einnahm, dank der außenpolitischen Erfahrung, die sie in früh geeinten Nationalstaaten zu erwerben Gelegenheit gehabt hatte, und dank der Beharrlichkeit, mit der die Regierungen die Notwendigkeit und Berechtigung ihrer außenpolitischen Zielsetzungen dem öffentlichen Bewußtsein zu suggerieren verstanden hatten, ist es den Gegnern Deutschlands vor dem Kriege gelungen, Gegensätze zwischen ihrer Regierungspolitik und den entscheidenden Strömungen der öffentlichen Meinung zu vermeiden — oder sofern sie vorhanden waren, sie zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. Auf der anderen Seite wirkte sich in Deutschland die Unzulänglichkeit der offiziellen Pressepolitik und das Fehlen jeder meinungspolitischen Erziehungsarbeit auf außenpolitischem Gebiet um so verhängnisvoller aus, als die jahrzehntelang dominierende Stellung Bismarcks in allen Entscheidungen der Außenpolitik ohnehin eine gefährliche Gleichgültigkeit des öffentlichen Bewußtseins diesen Fragen gegenüber hervorgerufen hatte und damit die Arbeit der Parteien und ihrer Presse auf das Gebiet der Innenpolitik abgedrängt worden war[10]).

Als der Krieg begann, lagen der deutschen Regierung und dem deutschen Volk außenpolitische Ziele, die über das der Integrität des Reiches hinausgingen, gänzlich fern. Bethmann-Hollweg glaubte die daraus sich ergebende Geschlossenheit des nationalen Verteidigungswillens allein durch völlige Verhinderung jeder Kriegszielerörterung in der öffentlichen Meinung erhalten zu können. Die meinungspolitische Schlagkraft der Verteidigungsparole, wie sie Wilhelm II. in der Thronrede vom 4. August 1914 proklamierte, durfte nach Bethmann-Hollwegs Ansicht nicht gemindert werden durch die Propaganda einzelner Parteien und deren Presse für bestimmte konkrete Kriegsziele, eine Propaganda, die nur zu leicht auch innerpolitische Machtkämpfe entfesseln konnte. Durch Ausschaltung der Kriegszielerörterung mit Hilfe der Zensur hoffte Bethmann-Hollweg, den „Burgfrieden" zu

[10]) Die Frage, ob diesem Zustand durch Schaffung einer starken offiziösen Presse, die sich über die Parteipresse hinweg an das Volk wandte, hätte begegnet werden können, ist schwer zu entscheiden. Jedenfalls wirkte die bestehende offiziöse Presse der Vorkriegszeit in keiner Weise volksführend. Daß sie es auch im Kriege selbst nicht tat, wird aus dem Hauptteil dieser Arbeit ersichtlich werden.

schützen. Diese Zensurbestimmung hat rechtlich bis zum November 1916 bestanden. Ihre praktische Durchführbarkeit hat sich bereits seit dem Herbst 1914 als unmöglich erwiesen. Unter dem Eindruck der militärischen Erfolge, die das unveränderte Bestehen der außenpolitischen Gefahren im öffentlichen Bewußtsein zurücktreten ließen, angesichts der ständig steigenden Anforderungen des Krieges an Wirtschaftskraft und Menschenleben verlor das negative Ziel der Verteidigung seine psychologischen Voraussetzungen in weiten Schichten des Volkes. Die Erklärung offizieller positiver Kriegsziele, die in großen Linien die Umrisse des durch den Sieg der Mittelmächte zu erkämpfenden Friedens zeigten, erschien erforderlich. Sie war um so notwendiger, je mehr die Ausschaltung der Kriegszieldiskussion durch die Zensur die weltanschaulichen Gegensätze der Parteien und der hinter ihnen stehenden Presse auf das unkontrollierbare Kampffeld widersprechender Gerüchte und wirklichkeitsfremder Kombinationen verschob; oder, wie Graf Westarp sagt, „den Kampf nur auf den gefährlicheren Weg der Anonymität und einer massenhaften Verbreitung vertraulicher Denkschriften drängte".[11])

Es kam hinzu, daß die Sozialdemokratie und ihre Presse sofort nach Kriegsbeginn die Kriegszielfrage ganz bewußt in den Vordergrund schob und sie propagandistisch-innenpolitisch benutzte, um die gegnerischen nationalen Parteien durch den Vorwurf eines kriegsverlängernden „Annexionismus" bei den breiten Massen zu diskreditieren. Eine demagogische Vergiftung der öffentlichen Meinung in Fragen der äußeren Politik war auf die Dauer nur zu verhindern, wenn die deutsche Regierung dem offiziellen und unverhüllten Annexionismus der Ententeregierungen eigene klare Zielsetzungen entgegenstellte, wobei es Aufgabe der Presse als des ersten publizistischen Führungsmittels gewesen wäre, die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit dieser Zielsetzungen zu überzeugen. Diese Klarheit über die außenpolitische Linie ist von seiten der Regierung nicht geschaffen worden. Den offiziellen Äußerungen über die Gestaltung des künftigen Friedens fehlte Schärfe und Bestimmtheit, sie ließen die verschiedensten Deutungen durch die öffentliche Meinung zu und wurden durch die Parteien und ihre Presse im Sinne ihrer Dogmen interpretiert[12]). Diese Entwicklung ist es gewesen, die auch das Verhältnis von Außenpolitik und Presse im Weltkrieg bis zuletzt bestimmt hat.

Es erhebt sich hier die Frage, was nun seit Beginn des Krieges geschehen ist, um die deutsche Presse einzusetzen im Sinne der

[11]) Graf Westarp: „Aus meinen Erinnerungen", in Bd. 237 der Preußischen Jahrbücher, 1934.

[12]) So die Worte Bethmann-Hollwegs in der Reichstagsrede vom 28. Mai 1915: „Wir müssen ausharren, bis wir uns alle nur möglichen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde — nicht vereinzelt, nicht vereint — wieder einen Waffengang wagen wird." Oder in der Reichstagsrede vom 9. Dezember 1915: „Dieser Krieg darf nur mit einem Frieden beendet werden, der nach menschlichem Ermessen uns Sicherheiten gegen unsere Widersacher bietet."

deutschen Außenpolitik, d. h. um die größtmögliche Einheit außenpolitischen Denkens im Volke zu schaffen.[13])

Die Unterrichtung der Presse über den Gang der deutschen Außenpolitik fand bis zur Gründung des Kriegspresseamtes (Oktober 1915) allein durch die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes statt, eine Beschränkung, die Nicolai verhängnisvoll nennt[14]), da für den Pressedienst des Auswärtigen Amtes die Rücksichtnahme auf das neutrale Ausland allein ausschlaggebend und die Informierung der deutschen Presse von vornherein unzureichend gewesen sei. So ergab sich z. B. zeitweise der Zustand, daß Äußerungen hoher Beamter des Auswärtigen Amtes vor Vertretern der Auslandspresse erst den Weg über die Auslandszeitungen nehmen mußten, ehe sie — oft entstellt — in die deutsche Presse gelangten. Die Folge mangelnder Unterrichtung war eine ständig sich steigernde Inanspruchnahme anderer behördlicher Presseabteilungen, insbesondere der Presseabteilung des Stellvertretenden Generalstabs, durch die Presse und eine über das rein Militärische (Zensur und Kriegsberichterstattung) hinausgehende Zuständigkeit dieses Pressedienstes; eine Entwicklung, die im Oktober 1915 zur Errichtung des Kriegspresseamtes als einer „zwischen den Behörden vermittelnden Dienststelle in allen Presseangelegenheiten" führte.[15])

Auch die außenpolitische Information der Presse wurde nun vom Kriegspresseamt übernommen; in der Form, daß ein Vertreter des Auswärtigen Amtes in den sogenannten Pressebesprechungen über den Stand der Außenpolitik berichtete. Der betont militärische Charakter des Amtes als einer Organisation der Obersten Heeresleitung macht es erklärlich, daß von ihm eine außenpolitisch aktive Führung der Presse, die über Nachrichtenbelieferung und Zensurtätigkeit hinausführte, nicht ausgehen konnte. Einheitliche Konzentration der Presseführung in der Hand des Reichskanzlers als des politischen Führers wäre eine wesentliche Voraussetzung für eine das Volk einende Gesamtkonzeption der außenpolitischen Notwendigkeiten gewesen. Die Oberste Heeresleitung hat diese Zusammenfassung immer erstrebt; sie bei der politischen Führung durchzusetzen, ist ihr nicht gelungen. Mehr als eine Voraussetzung wäre aber auch eine derartige, nur organisatorische Maßnahme nicht gewesen. Denn „Propaganda ist die Vorbereitung einer politischen Aktion"[16]). Ohne die Klarheit über diese Aktion — sowohl auf seiten des politischen Führers als auch auf seiten der publizistisch zu Führenden — ohne ausreichende Unter-

---

[13]) Dabei sind alle Maßnahmen, die lediglich unmittelbar der Kriegführung dienten, von geringerem Interesse, insbesondere der Einsatz der Zensur als eines unerläßlich notwendigen, aber auch unschöpferischen Elementes der Meinungsführung.

[14]) W. Nicolai: „Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg", Berlin 1920, S. 72, 78.

[15]) Nicolai, a.a.O., S. 76.

[16]) Eugen Hadamowsky: „Propaganda und nationale Macht", 1934.

richtung also, hätte auch eine straff organisierte Presse meinungspolitisch nicht führend sein können.

Wie lückenhaft die Unterrichtung der Presse auch nach der Gründung des Kriegspresseamtes blieb, zeigt das Beispiel der Polenproklamation vom 5. November 1916 und des deutschen Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916. Es handelte sich hier um Aktionen, von denen besonders die erstere die deutsche Außenpolitik für den ganzen übrigen Verlauf des Krieges unabänderlich in einer bestimmten Richtung festlegte, und dies in den für das Reich lebensentscheidenden Ostfragen. Maßnahmen, die öffentliche Meinung auf die bevorstehende Proklamation vorzubereiten, und durch die Presse auf die beabsichtigten politischen Ziele hinzuweisen, sind unterblieben[17]), die Presse hatte sich mit den vollendeten Tatsachen abzufinden. Da ein Maßstab, diese Tatsachen politisch zu werten, ihr von der Führung nicht gegeben wurde, war sie auch nicht in der Lage, im öffentlichen Bewußtsein den Glauben an die Zielklarheit der außenpolitischen Führung zu stärken[18]). In gleicher Weise wurde die Presse durch die Friedensnote vom 12. Dezember 1916 völlig überrascht[19]). Wieder war es ihr unmöglich, eine Regierungsmaßnahme durch wirkliche Meinungsführung zu unterstützen.

Die mangelhafte Unterrichtung und die fehlende Leitung haben wesentlich dazu beigetragen, die von der Vorkriegszeit her bestehende weltanschauliche Gruppenbildung in der deutschen Presse während des Krieges weiter zu vertiefen. Rathert[20]) unterscheidet hier etwas summarisch drei Hauptgruppen der Kriegspresse: die kämpfende Gruppe, die den deutschen Machtstaatsgedanken vertrat, die bürgerlich-pazifistische, die den internationalen Rechtsstaatsgedanken betonte, und die revolutionäre Gruppe. Andererseits zeigt aber eine nähere Betrachtung dieser verschiedenen Gruppen und ihrer Stellungnahme zu bestimmten Einzelfragen, daß es gerade wieder die Außenpolitik war, die die weltanschauliche Einheit sprengte; so besonders die Frage der „Ost- oder Westorientierung", die Blätter weltanschaulich gleicher Richtung wie die „Vossische Zeitung" und die „Frankfurter Zeitung" in eine vorwiegend englandfeindliche und eine vorwiegend rußlandfeindliche Richtung auseinander führten. So ist weiter z. B. nicht einmal die „Alldeutsche Bewegung", die Fragen der Außenpolitik wie kaum eine andere in den Vordergrund schob, auf eine Gruppe weltanschaulich-homogener Parteien und deren Presse —

[17]) Nicolai, a.a.O., S. 183.

[18]) Kurze Zeit nach der Polenproklamation erfolgte dann die Freigabe der Kriegszielbesprechung für die Presse (26. Nov. 1916), ein rein formeller Schritt, da die Presse es auch schon vorher verstanden hatte, in verschleierter Form ihre Meinungen auszudrücken und da vor allem in den Parlamenten die Diskussion längst eröffnet war und schärfste Formen angenommen hatte — besonders nach der Friedensinterpellation der Sozialdemokraten im Reichstag vom 9. Dezember 1915.

[19]) v. d. Knesebeck; a.a.O., S. 88.

[20]) Helmut Rathert: „Die deutsche Kriegsberichterstattung und Presse als Kampfmittel im Weltkrieg", Diss. Heidelberg 1934.

in diesem Fall also auf die konservativen — beschränkt geblieben[21]). Die tiefen Gegensätze, die über der Notwendigkeit strategischer Grenzregulierungen und Gebietserwerbungen innerhalb des Zentrums, der demokratischen Parteien, sogar innerhalb der Sozialdemokratie bestanden, zeigen, daß außenpolitische Fragen zu einer Auflockerung der Parteiprogramme führen konnten, eine Entwicklung, die die Verwirrung und Unsicherheit in der Presse noch steigerte.

Da der Presse klare Richtlinien für die deutsche Außenpolitik, deren sie mit wachsender Kriegsdauer immer stärker bedurfte, nicht gegeben wurden, kam es im Meinungskampf der Presse bald zur Ausbildung einer Schlagwortterminologie. die auf das Volk verwirrend wirken mußte. Worte wie „Verständigungsfriede", „Verzichtfriede", „Sicherheitsfriede" wurden polemisch gegeneinander ausgespielt, ohne daß über die konkrete Gestaltung des von den einzelnen Richtungen erstrebten Friedens klare Vorstellungen bestanden. Es kam hinzu, daß die Diskussion über außenpolitische Fragen seit Beginn des Jahres 1916 durch den Streit um die preußische Wahlreform noch stärker verwirrt wurde.[22]) Damit begann jene Entwicklung, die schließlich zu einer vollkommenen Überwucherung des außenpolitischen Denkens durch innenpolitische Doktrinen führte, und der auch die Presse nicht entgegentreten konnte, da sie entweder selbst parteipolitisch gebunden war[23]) oder aber — und das war die wesentliche Ursache — da sie auch weiterhin außenpolitisch führerlos blieb. So wandte sich ein großer Teil der Presse, sofern er nicht wie die marxistischen Blätter parteipolitisch festgelegt war — auf außenpolitischem Gebiet immer stärker einem richtungslosen Opportunismus zu. Besonders die Stellungnahme der jüdisch-demokratischen Presse wechselte dauernd. „Ihr Standpunkt stieg und fiel mit den Veränderungen der militärischen Lage wie die Kurse an der Börse."[24]) Eine solche „Politik" blieb allerdings nicht auf Blätter wie das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" beschränkt; sie fand sich in gleicher Art bei der den übrigen Mittelparteien nahestehenden Presse. Sie bildet in ihrer gefährlichen Konzeptionslosigkeit einen erschreckenden Gegensatz zu der zielklaren außenpolitischen Haltung der straff geführten Presse der Ententestaaten, zu jener unveränderlichen Linie imperialistischen Strebens, die die gegnerische Presse über alle Wechselfälle der militärischen Lage hinweg gewahrt hat.

---

[21]) Erich Otto Volkmann: „Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918", 4. Reihe, II. Abteilung, 12. Band des Werkes des Untersuchungsausschusses der deutschen Nationalversammlung, 1919—1928, S. 166.

[22]) In der Sitzung des Preußischen Landtags vom 13. Januar 1916 trat die Wahlrechtsfrage zum ersten Mal in den Mittelpunkt der Diskussion.

[23]) Nicolai betont das lose Verhältnis, das zwischen der ausgesprochenen Parteipresse, wie es die Presse der Sozialdemokratie und des Zentrums war, und dem Pressedienst der Obersten Heeresleitung bestand. Nicolai, a.a.O., S. 171/76.

[24]) Nicolai, a.a.O., S. 172.

Diese von der Regierung geduldete Unsicherheit des außenpolitischen Kurses in der Publizistik hat es nun der sozialdemokratischen Presse erleichtert, wachsende Teile des Volkes im Sinne ihres dogmatischen Pazifismus zu beeinflussen.[25]) Denn da dem Volke jede Klarheit darüber fehlte, was die Regierung außenpolitisch erstrebte und welcher Art der zu erkämpfende Friede sein sollte, verschwand aus dem öffentlichen Bewußtsein der Glaube an die Notwendigkeit positiver außenpolitischer Ziele überhaupt, vermißte das Volk hinter den ungeheuren physischen Leiden des Krieges die politische Sinngebung immer mehr. Von hier aus ist die unheilvolle Wirkung der sozialdemokratischen Presse zu verstehen, die einerseits es unterließ, das Volk über den Vernichtungswillen der Entente aufzuklären[26]), und die andererseits die Meinungsarbeit der kämpfenden, nationalen Presse immer skrupelloser sabotierte und sie als Vorkämpfer kriegsverlängernder Eroberungsziele und wirtschaftlicher Sonderinteressen hinstellte.

In einer kurzen Notiz kennzeichnet Nicolai die Stimmung der überwiegenden Mehrheit der Presse gegenüber der politischen Leitung, wie sie sich um die Jahreswende 1916/17 zeigte: „Starke Verdrossenheit gegen diplomatische und politische Führung. Bei den Pressevertretern, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, Klagen über mangelhafte Führung. Die Presse wird sich selbst helfen. Es ist ein selbstständigeres Auftreten . . . . der besonders vernachlässigten Rechtspresse und damit — da der Reichskanzler zu ihr keine Verbindung hält — eine Verschärfung der Gegensätze zu erwarten."[27])

Das politisch entscheidende Ereignis jedoch, das den außenpolitischen Meinungskampf der Presse in seiner ganzen Schärfe sichtbar werden ließ, war die Friedensresolution der demokratischen und sozialdemokratischen Mehrheitsparteien des Reichstages vom 19. Juli 1917. Abgesehen davon, daß die Resolution bei der Entente als Friedensangebot gewirkt hat und in diesem Sinne als Beweis für die Schwäche des deutschen Siegeswillens propagandistisch ausgewertet werden konnte, abgesehen auch davon, daß bei ihrer Entstehung innenpolitische Parteiinteressen den Ausschlag gegeben haben[28]), hat sie durch die Unklarheit ihrer Formulierungen und ihrer außenpolitischen Zielsetzungen nur dazu beigetragen, die Gegensätze in der Presse zu vertiefen[29]). Die Polemik der Rechtspresse g e g e n die Re-

---

[25]) Nicolai, a.a.O., S. 171.

[26]) Nicolai, a.a.O., S. 175.

[27]) Nicolai, a.a.O., S. 185.

[28]) Volkmann, a.a.O. S. 137.

[29]) Der außenpolitisch wesentliche Passus der Resolution lautete: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind e r z w u n g e n e Gebietserweiterungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar." Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 1917, 1. Teil, S. 692.

solution setzte bereits ein, bevor ihr Wortlaut überhaupt feststand[30]). Sie wurde im Interesse einer starken deutschen Kriegführung und in der Absicht, den Glauben an die Notwendigkeit positiver außenpolitischer Ziele in der Öffentlichkeit zu stärken, während des ganzen Jahres 1917 fortgesetzt und dauerte — wie der Hauptteil dieser Arbeit im Einzelnen zeigen wird — bis in den Herbst 1918. Auf der anderen Seite aber ist die Friedensresolution für die demokratische und besonders für die sozialdemokratische Parteipresse immer mehr zum außenpolitischen Dogma und zu einer propagandistischen Waffe im Sinne ihrer pazifistischen Politik geworden.

Auf die Tätigkeit der „Deutschen Vaterlandspartei", deren Ziel es war, den innerpolitischen Meinungskampf zurückzudrängen im Interesse einer starken, vom gesamten Volk getragenen Außenpolitik, kann hier nicht eingegangen werden[31]). Zwei Umstände vor allem haben dieser Partei von vornherein jede Erfolgsmöglichkeit genommen; indem sie einmal auf die genaue Festsetzung bestimmter konkreter Kriegsziele verzichtete[32]), nahm sie sich von Anfang an die Möglichkeit, auf das vom Kriegszielstreit zerrissene Volk eingehend zu wirken. Vor allem aber blieb sie publizistisch ohnmächtig; denn da ihr Schwergewicht von Anfang an hauptsächlich in den Kreisen der konservativen und der nationalliberalen Parteirichtungen ruhte[33]), beschränkte sich auch ihre publizistische Reichweite auf den Wirkungskreis der diesen Parteien nahestehenden Presse; während die Presse der demokratischen und marxistischen Parteirichtungen ebenso wie die des Zentrums ihrem Leserkreis von vornherein ein verzerrtes Bild von den Zielen der Vaterlandspartei gab.

Der Meinungskampf der Presse — durch die Reichstagsresolution verschärft — stand auf seinem Höhepunkt als im Dezember 1917 die Friedensverhandlungen der Mittelmächte mit Rußland in Brest-Litowsk begannen. Mit einem Schlage sah die Presse sich vor die Notwendigkeit gestellt, eine konkrete und sachliche Friedenspolitik zu treiben und sich mit den zahllosen territorialen, wirtschaftlichen und nationalen Problemen auseinanderzusetzen, vor denen die deutsche Politik im europäischen Osten stand. Das Bemühen der Regierung mußte es nun sein, die Presse einheitlich einzusetzen im diplomatischen und politischen Kampf um den deutschen Frieden im Osten; und so mit Hilfe der Presse im deutschen Volk den Glauben an die Zielklarheit der deutschen Außenpolitik wieder zu beleben und zu

---

[30]) Aufschlußreich für die politische Verantwortungslosigkeit der sozialdemokratischen Presse ist die Tatsache, daß der „Vorwärts" den Text der Resolution bereits publizierte, bevor der Reichstag sich über die endgültige Formulierung klar war. (Helfferich: „Der Weltkrieg", Bd. 3, S. 132.)

[31]) Die „Deutsche Vaterlandspartei" wurde gegründet am 2. September 1917, stand unter Leitung von Generallandschaftsdirektor Kapp und Großadmiral von Tirpitz.

[32]) Volkmann, a.a.O. S. 146. Siehe auch Wortmann: „Geschichte der Deutschen Vaterlandspartei", 1926.

[33]) Volkmann, a.a.O. S. 148.

stärken. Wie weit das geschehen ist, wird im Hauptteil dieser Arbeit zu betrachten sein.

In diesem Augenblick nun, als der Beginn der Friedensverhandlungen in Brest das endgültige Ausscheiden Rußlands als Machtfaktor anzeigte und damit die entscheidende Phase des Krieges überhaupt, richtete am 8. Januar 1918 Präsident Wilson an den Kongreß der Vereinigten Staaten die Botschaft der 14 Punkte.

2. Die politischen und propagandistischen Ziele der 14 Punkte.

Es ist an dieser Stelle notwendig, einen kurzen Blick auf die politisch-geistige Kriegslage zu werfen, die zur Bekanntgabe der 14 Punkte geführt hat, und darüber hinaus sich die Frage zu stellen, was Wilson selbst mit seinem Friedensprogramm beabsichtigte, d. h. ob das Programm als eine politische Aktion im eigentlichen Sinne anzusehen ist und der möglichst baldigen Herbeiführung von Friedensverhandlungen dienen sollte oder ob es ein Mittel der Kriegführung im engeren Sinne war, das rein propagandistische Ziele verfolgte.

Die militärische und politisch-geistige Kriegslage, der Wilson sich Ende 1917 gegenüber sah, war in großen Linien folgende. Die Niederlage der Franzosen in der Champagne im Frühjahr 1917 und die darauffolgenden Meutereien im Heer, verbunden mit einer Welle des Defaitismus in der Zivilbevölkerung, hatten eine gefährliche Krisis des französischen Kampfwillens verraten; eine Krisis, die zwar durch die Energie der französischen Regierung zunächst überwunden worden war, deren Wiederkehr aber in Hinblick auf die lange Dauer des Krieges und die innerpolitischen Rückwirkungen der russischen Umwälzung nicht ausgeschlossen schien. Der Juli 1917 hatte den Zusammenbruch der letzten russischen Offensive gebracht. Die vollkommene Demoralisation der russischen Front nach innen und nach außen war immer offensichtlicher geworden, und das bolschewistische Friedensangebot vom 26. November 1917 hatte der Entente das endgültige Ausscheiden des russischen Bundesgenossen gebracht. England war durch den U-Bootkrieg wenn auch nicht kriegsentscheidend so doch empfindlich geschwächt; dazu kam der für England ergebnislose Ausgang seiner großen Flandernoffensive Mitte November und der starke Erfolg der deutschen Angriffe bei Cambrai Ende November; beides Ereignisse, die auf die Stimmung in England ungünstig eingewirkt hatten. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz hatte der Oktober 1917 den Durchbruch der Mittelmächte bei Caporetto gebracht. Bei den Mittelmächten andererseits hatten die militärischen Einzelerfolge es nicht verhindern können, daß durch die Diskussion über den Reichstagsbeschluß vom 19. Juli 1917, durch den innerpolitischen Kampf um das preußische Wahlrecht und vor allem durch den Kriegs-

zielstreit eine immer stärkere Atomisierung der öffentlichen Meinung sich vollzog. Die Geschlossenheit des nationalen Existenzkampfes erschien immermehr gefährdet.

Das Entscheidende aber für die Struktur der öffentlichen Meinung in fast allen kriegführenden Ländern Europas war um die Wende des Jahres 1917/18 die Tatsache, daß die militärische Entwicklung des Krieges nach nun dreiundeinhalbjährigem Ringen noch immer keine Entscheidung gebracht hatte, daß trotz wechselnder Teilerfolge der einzelnen Mächtegruppen die Erstarrung der Fronten zunahm und eine baldige kriegsbeendende Wendung unwahrscheinlich machte. Die Folge davon war, daß die nationalen Kriegsziele nicht mehr ausschließlich im Zentrum der Völkerinteressen standen und daß Partei- und Klassenziele die öffentliche Meinung wieder stärker zu bewegen begannen. Darüber hinaus wurde die Frage nach dem Wert, der Berechtigung und der Erreichbarkeit der von den Regierungen proklamierten Kriegsziele in Presse und Parlamenten aufgeworfen, wenn auch überall die Zensur derartige Diskussionen zu verhindern suchte. „The earlier symbols of the war had become hackneyed and had lost their power to unify."[34])

Es verstand sich von selbst, daß bei wachsender Kriegsmüdigkeit der europäischen Massen jeder Hinweis auf Friedensmöglichkeiten, jeder Versuch, einen Weg zu zeigen, der aus dem Kriege hinausführte, eine intensive Diskussion in der öffentlichen Meinung aller Staaten zur Folge haben mußte. In dieser Hinsicht hatten die im Dezember 1917 zwischen den Mittelmächten und Rußland einsetzenden Präliminarverhandlungen über ihre unmittelbare politische Bedeutung für die Verhandelnden hinaus eine nicht zu unterschätzende propagandistische Wirkung. Sie zeigten den Völkern zum ersten Mal in diesem Kriege die Möglichkeit einer Kriegsbeendigung durch Diskussion und Debatte am grünen Tisch — wobei es für das Urteil der Massen nicht maßgebend war, daß diese Verhandlungen ja erst nach der völligen militärischen Niederwerfung des einen Partners begonnen worden waren.

Aus all dem ergibt sich, daß die psychologischen Voraussetzungen für einen entscheidenden Friedensschritt des amerikanischen Präsidenten durchaus gegeben waren. Andererseits war dieser Schritt aber auch einfach notwendig für die Politik der Entente. Durch ihre Weigerung, an den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk teilzunehmen — wie die Mittelmächte es vorgeschlagen hatten — hatten die Staatsmänner der Entente vor der öffentlichen Meinung der eigenen Länder, besonders aber vor der der Mittelmächte, den Eindruck erweckt, ganz bewußt einen Weltfriedenskongreß verhindert zu haben.

Um über die Absichten, die Wilson mit der Publikation der 14 Punkte verfolgte, Klarheit zu gewinnen, ist es aufschlußreich, den Bericht des „Untersuchungsausschusses" heranzuziehen,

[34]) Walter Lippmann: „Public Opinion", London 1922, S. 209.

den Wilson im Spätsommer 1917 eingesetzt hat[35]). Diese „Inquiry" war eine Vereinigung von Politikern, Journalisten, Professoren, Bankiers und anderen Sachverständigen, die ideologisch mit Wilson übereinstimmten und die politischen und geistigen Kriegsziele des Präsidenten genau kannten. Sie stand unter Führung von Oberst House, des intimsten Ratgebers des Präsidenten[36]), was eine weitere Garantie dafür war, daß ihre Arbeit im Sinne Wilsons vor sich ging. Aufgabe der „Inquiry" war es, dem Präsidenten einen möglichst sachkundigen und genauen Abriß der außenpolitischen Lage zu geben und „to prepare the data for a peace conference". Aus dem „Bericht" dieses Ausschusses, dessen Ergebnisse und Zielsetzungen Wilson zum großen Teil zur Grundlage seiner 14 Punkte gemacht hat[37]), läßt sich nun m. E. der ausgesprochen propagandistische Charakter der 14 Punkte klar erkennen.

Das Hauptziel der amerikanischen Politik sieht der „Report" in dem „Abbau eines preußischen Mitteleuropa". Die Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles ist: in erster Linie die „Demokratisierung" Deutschlands. Das bedeute, so meint der „Report", zweifellos gesetzliche Änderungen wie die Reform des Preußischen Wahlrechts, vermehrte Ministerverantwortlichkeit, Beherrschung des Heeres und der Marine durch dem Volke verantwortliche Repräsentanten. Es bedeute weiter die Amtseinsetzung von Männern, „die heute für Fortschritt, Zentrum und Sozialdemokratie stimmen, der Männer also, die hinter dem Block standen, der die Reichstagsresolution vom Juli 1917 errang". Weiter sei wichtig eine „unabhängige auswärtige Politik Österreich-Ungarns" und die Sprengung der „militärischen Union" der beiden Mittelmächte.

Es folgen im „Report" die sogenannten „Aktivbestände", die diese amerikanische Politik zu stützen vermögen. An erster Stelle stehen hier die wirtschaftlichen Waffen. Es heißt: „Die Möglichkeit eines dauernden wirtschaftlichen Ausschlusses lastet schwer, tatsächlich gegenwärtig am allerschwersten auf dem deutschen Geist, weil nach Abschluß des Friedens eine erfolgreiche Demobilisierung nur möglich ist, wenn Rohmaterialien und Märkte vorhanden sind, damit die deutsche Industrie wieder in Gang gebracht werden kann. Sonst würde das Heer ein unzufriedener und gefährlicher Körper werden. Wenn die Möglichkeit eines Ausschlusses von den wirtschaftlichen Quellen mit dem Ausblick auf die Möglichkeit einer Weltgemeinschaft verbunden ist, kann das Doppelmotiv von Furcht

---

[35]) Woodrow Wilson: „Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles". Herausgegeben von Ray Stannard Baker. S. 23—29.

[36]) Über die starke politische Beeinflussung Wilsons durch House handelt Hedwig Schnetzler: „Das Problem Wilson", Diss. Berlin 1932, S. 26 bis 32. Es erscheint nach dieser Untersuchung nicht übertrieben, von einer Wilson-Houseschen Politik zu sprechen — wie Schnetzler es tut.

[37]) „The Intimate Papers of Colonel House". Bd. III, S. 170, herausgegeben von Charles Seymour, London 1926.

und Hoffnung zur Einwirkung auf das deutsche Volk verwandt werden."

Es werden ferner aufgeführt die „Aktivbestände" der amerikanischen Politik in Österreich-Ungarn. Hier sei auszugehen von der „nationalistischen Unzufriedenheit" in der Donaumonarchie. Diese Unzufriedenheit sei aufzustacheln. „Durch Bedrohung der gegenwärtigen deutsch-magyarischen Kombination einerseits und durch Zeigen einer Möglichkeit der Sicherheit andererseits" (gemeint ist der Völkerbund) „würde deren Widerstandsfähigkeit bis auf ein Minimum abgeschwächt, und der Wunsch, in auswärtigen Angelegenheiten von Berlin unabhängig zu werden, würde sich enorm steigern." Auch der innerpolitische Radikalismus in der Donaumonarchie sei ein Aktivposten der amerikanischen Politik. Es wird gesprochen von der „gewaltigen auflösenden Kraft", die die russische Revolution auch für Deutschland haben könnte. Unter den sogenannten „unverlierbaren Aktivbeständen" wertet der „Report" am höchsten „die allgemeine Sehnsucht nach Frieden, die unter diesen Umständen nicht Deutschland überlassen werden sollte, um daraus Kapital zu schlagen". Man sieht, wie die Friedensfrage in Amerika lediglich vom rein propagandistischen Standpunkt aus gesehen und behandelt wurde.

Der „Report" entwirft sodann „das Programm für eine diplomatische Offensive". Im Hinblick auf die Donaumonarchie heißt es: „Die Annäherung an Österreich-Ungarn sollte Bezug nehmen auf die Unterwerfung der verschiedenen Nationalitäten, um diese Agitation aufleben zu lassen; aber Hand in Hand damit sollten erneute Versicherungen gehen, daß keine Zerstückelung des Kaiserreiches beabsichtigt sei, verbunden mit Anspielungen auf das erniedrigende Vasallentum des stolzesten Hofes in Europa. Es wird wahrscheinlich gut sein, eine Erwägung der Tatsache in die Diskussion zu werfen, daß Österreich-Ungarn durch gewaltige, im Interesse deutscher Ambition gemachter Schulden an Deutschland gebunden ist."

In Bezug auf Deutschland „müßte in klarerer Form die Versicherung abgegeben werden, daß die Strafe einer Unterlassung, Deutschland stärker zu demokratisieren, Ausschluß von der Freiheit des Verkehrs nach dem Kriege, dagegen der Lohn einer Demokratisierung die Partnerschaft aller Nationen bei Begegnung der Probleme, die auf den Frieden folgen werden, bedeute. Diese Offensive müßte natürlich die ganz ausdrückliche Versicherung in sich begreifen, daß wir nicht beabsichtigen, die Form der verantwortlichen Regierung in Deutschland zu diktieren." Hier wird also der „Völkerbund" ganz bewußt als propagandistisches Lockmittel der amerikanischen Politik eingesetzt.

Der Schluß des „Report" legt dann die einzelnen konkreten Friedensbedingungen Amerikas dar. Sie betreffen Belgien, Nordfrankreich, Elsaß-Lothringen, Italien, den Balkan, Polen, Österreich-Ungarn und die Türkei. Bei diesen Bedingungen komme es darauf an, „sie sowohl als Basis für einen endgültigen gerechten Frieden, wie auch

als Programm der Kriegsziele geeignet zu gestalten, um bei den Feinden die größtmögliche Uneinigkeit, bei unseren Assoziierten das höchste Maß an Einigkeit zu erzeugen".

Wie sehr gerade Colonel House den propagandistischen Charakter in der Politik und Rhetorik Wilsons verstärkt hat, geht aus verschiedenen Äußerungen Houses klar hervor. So schreibt er im Mai 1917 an den Präsidenten: „There seems to be no intelligent or coordinate direction of allied policy. Imperial Germany should be broken down within as well as from without. The German liberals justly complain that they not only have had no help, but that their course is constantly hurt by the statesmen and press of the allied countries."[38]) In einem anderen Brief an Wilson, in dem House seine Vorschläge für die damals gerade geplante amerikanische Antwortnote auf die Friedensvorschläge des Papstes vom 1. 8. 1917 unterbreitet, heißt es: „What is needed . . . is a firm tone, full of determination, but yet breathing a spirit of liberalism and justice that will make the people of the central powers feel safe in your hands."[39]) Als dann die Antwortnote Wilsons veröffentlicht ist, schreibt House an Balfour: „It will serve to unite Russia and add to the confusion in Germany."[40])

Wie stark auch die Wilson-Housesche Politik gerade mit der deutschen Presse rechnete, und wie sie den deutschen Meinungskampf um die Kriegsziele im Sinne ihrer Ideenpropaganda und ihrer eigenen Kriegsziele einzusetzen trachtete, zeigt ein Plan des Colonel House, der zwar nicht zur Ausführung gebracht worden ist, der aber aufschlußreich ist für die amerikanische Propaganda. House dachte nämlich schon im Juni 1917 daran, eine Pressediskussion über Friedensfragen zwischen der „New York World" und einer deutschen Zeitung zustandezubringen. Er schreibt dazu: „The two papers would at once become a world forum, in which all belligerents and neutrals could form some judgements 1) as to what the quarrel was about and 2) who was in the wrong. Northcliffe, who is there and to whom I mentioned what I had in mind, thinks it conceivable, that such a discussion would lead to peace."[41]) Das deutsche Blatt, an das House für diesen Fall dachte, war natürlich ein pazifistisches, das „Berliner Tageblatt". Der Zweck dieses sonderbaren Planes war klar: die durch den Kriegszielstreit ohnehin zerrissene deutsche Presse sollte in einen noch schärferen außenpolitischen Meinungskampf hineingestoßen werden. Von derartigen Bestrebungen führt eine gerade Linie zu der Botschaft der 14 Punkte und ihren Zielen, wie sie oben gekennzeichnet wurden.

Die propagandistische Leistung Wilsons, die uns in den 14 Punkten gegenübertritt, wird in ihrer Größe erst klar, wenn man sich die

---

[38]) House: „Papers", Bd. III, S. 123.
[39]) House: „Papers", Bd. III, Brief Houses vom 17. August 1917.
[40]) House: „Papers", Bd. III, S. 166/67.
[41]) House: „Papers", Bd. III, Brief Houses vom 15. Juli 1917.

Vielzahl und das Gewebe der Interessen und Absichten vor Augen stellt, die Wilson zu seiner Botschaft veranlaßten. Das Wilsonsche Programm hatte ja nicht allein der Schwächung der Widerstandskraft und der Verschärfung des außenpolitischen Meinungsstreites bei den Mittelmächten zu dienen, auch nicht allein der Störung der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Mittelmächten durch das Aufzeigen scheinbarer Aussichten auf einen baldigen Weltfrieden. Sie hatte daneben das sehr entscheidende Ziel, die politische und psychologische Front der Alliierten so fest wie möglich zusammenzuschmieden. Das aber konnte nur geschehen durch eine möglichst weitgehende Klärung und Präzisierung der gemeinsamen Kriegsziele der Alliierten, d. h. durch die Aufstellung eines Programms, das einerseits den offiziellen Zielen der einzelnen Regierungen entsprach und sie miteinander verband zu einem untrennbaren Interessenkomplex, und das andererseits vor der Öffentlichkeit der kämpfenden Völker in möglichst klarer Form die Ziele der Regierungen umriß[42]), wobei Ton und Diktion des Programms den populären Sympathien entgegenkommen mußten, ohne demoralisierend und energieschwächend zu wirken[43]).

Die Frage, wie weit Wilson mit den 14 Punkten die Absicht verfolgte, die assoziierten Regierungen formell und vertragsmäßig — und nicht nur vor der Weltöffentlichkeit — auf die amerikanischen Kriegsziele festzulegen, gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit. Wenn aber Seymour[44]) in seiner Wilson-Biographie meint, der Präsident habe die 14 Punkte deshalb veröffentlicht, weil er die militärisch bedrohte Lage seiner Bundesgenossen dazu benutzen wollte, die europäischen Verbündeten fest an sein Programm zu binden, so wird m. E. die politische Bedeutung der 14 Punkte gegenüber der propagandistischen überschätzt. Nach dem heutigen Stand der Forschung war Wilson außerdem über die Geheimverträge der verbündeten Regierungen, insbesondere über den Londoner Vertrag vom Jahre 1915 sehr wohl unterrichtet und mußte wissen, daß z. B. die Italien im Londoner Vertrag zugesicherten territorialen Erwerbungen dem Prinzip widersprachen, das er in Punkt 9 seines Programms festgelegt hatte[45]).

Auch zeigt ein Blick in die Presse der einzelnen Ententestaaten, daß das Einverständnis mit Wilsons Programm nicht einmal in der Öffentlichkeit überall vorhanden war. Teile der englischen

---

[42]) Diesem Zweck, vor der öffentlichen Meinung den Anschein von Klarheit und Schlichtheit zu erwecken, diente vorzüglich die scheinbar so nüchterne Aufteilung des Programms in 14 „Punkte".

[43]) Lippmann, a.a.O. S. 211.
Seymour meint dazu: „Coordination of war aims between the Allies and the United States was just as important as coordination of military and economic effort." („Papers", Bd. III, S. 173.)

[44]) Charles Seymour: „Woodrow Wilson and the World War", New Haven 1921.

[45]) Punkt 9 der „14 Punkte": „Frontiers of Italy . . . along clearly recognizable lines of nationality", s. u. S. 23.

Presse verhehlten nicht ihre Skepsis gegenüber dem für Großbritannien besonders heiklen Punkt, der die Freiheit der Meere betraf[46]).

Italienische Blätter zeigten sich unzufrieden mit der Art, in der Wilson die Donaumonarchie in seinem Programm behandelt hatte und behaupteten, Österreich-Ungarn sei im Vergleich zum Deutschen Reich viel zu schonend behandelt worden[47]). Bei aller Anerkennung, die sie dem „selbstlosen Idealismus" des amerikanischen Bundesgenossen zuteil werden ließen, hielten manche Ententeblätter mit der Kritik an Wilson nicht zurück und verfolgten beharrlich die Linie europäischer Machtpolitik, an die der unverhüllte Annexionismus ihrer Regierungen sie band.

Im Folgenden seien die wesentlichen Gedankengänge der Rede vom 8. Januar wiedergegeben, die mit der Verkündigung der 14 Punkte schließt. (Der Text der Botschaft ist im Original wiedergegeben.) Nach schärfster Ablehnung der Politik der Mittelmächte in Brest-Litowsk, deren Leitung allein bei den militärischen Führern Deutschlands liege, „die keines anderen Gedankens fähig sind, als zu behalten was sie haben", stellt der Präsident die wohlberechnete Frage:

„Mit wem unterhandeln die russ. Vertreter? Für wen sprechen die Unterhändler der Mittelmächte? Sprechen sie für die Majoritäten ihrer Parlamente oder für die Minderheitsparteien, jene militärische und imperialistische Minderheit, welche bisher ihre ganze Politik beherrscht und die Angelegenheiten der Türkei und der Balkanstaaten kontrolliert hat, die sich genötigt sahen, in diesem Kriege ihre Bundesgenossen zu werden? Die russ. Vertreter haben mit allem Recht, sehr weise und im wahren Geiste der modernen Demokratie darauf bestanden, daß die Konferenzen, welche sie mit deutschen und türk. Staatsmännern abhielten, bei offenen, nicht hinter geschlossenen Türen vor sich gehen sollten. Wie gewünscht, ist die ganze Welt Zuhörer gewesen. Wem aber haben wir nun zugehört? Etwa jenen, die den Geist und die Absichten der Entschließung des deutschen Reichstages v. 19. Juli verkünden, den Geist und die Absichten der liberalen Parteien Deutschlands, oder jenen, die Widerstand leisten und absichtlich jenem Geist und jenen Absichten Trotz bieten und auf Eroberung und Unterjochung bestehen? Oder hören wir nicht tatsächlich beide, unversöhnlich und im offenen, hoffnungslosen Widerspruch? Dies sind sehr ernste, gewichtige Fragen. Von der Antwort hängt der Friede der Welt ab."

Was Amerika anlange, so habe es immer wieder seine Ansichten und seine Ziele der Welt dargelegt und zwar nicht in allgemeinen Ausdrücken, sondern jedesmal mit hinlänglicher Bestimmtheit, um klarzumachen, was für endgültige Ausgleichsbedingungen notwendigerweise daraus hervorgehen müßten. Nach weiteren Angriffen gegen „die grausame Macht Deutschlands, die bisher kein Nachgeben, kein Mitleid zeigte", verlas der Präsident die 14 Punkte:

I. Open covenants of peace, openly arrived at; after which there shall be no private international understandings of any kind, but diplomacy shall proceed always frankly and in the public view.

[46]) „Papers", Bd. III.

II. Absolute freedom of navigation upon the seas, outside territorial waters, alike in peace and in war, except as the seas may be closed in whole or in part by international action for the enforcement of the international convenants.

III. The removal, so far as possible, of all economic barriers and the establishment of an equality of trade conditions among all the nations consenting to the peace and associating themselves for its maintenance.

IV. Adequate guaranties given and taken that national armements will be reduced to the lowest point consistent with domestic safety.

V. A free, open minded, and absolutely impartial adjustment of all colonial claims, based upon a strict observance of the principle that in determining all such questions of sovereignty the interests of the populations concerned must have equal weight with the equitable claims of the government whose title is to be determined.

VI. The evacuation of all Russian territory, and such a settlement of all questions affecting Russia as will secure the best and freest cooperation of the other nations of the world in obtaining for her an unhampered unembarrassed opportunity for the independant determination of her own political development and national policy and assure her a sincere welcome into the society of free nations under institutions of her own choosing; and, more than a welcome, assistance also of every kind that she may need and may herself desire. The treatment accorded Russia by her sister nations in the month to come will be the acid test of their good will, of their comprehension of her needs as distinguished from their own interests, and of their intelligent and unselfish sympathy.

VII. Belgium, the whole world will agree, must be evacuated and restored without any attempt to limit the sovereignty which she enjoys in common with all other free nations. No other single act will serve as this will serve to restore confidence among the nations in the laws which they have themselves set and determined for the government of their relations with one another. Without this healing act the whole structure and validity of international law is for ever impaired.

VIII. All French territory should be freed and the invaded portions restored; and the wrong done to France by Prussia in 1871 in the matter of Alsace-Lorraine which has unsettled the peace of the world for nearly fifty years, should be righted, in order that peace may once more be made secure in the interest of all.

IX. A readjustment of the frontiers of Italy should be affected along clearly recognizable lines of nationality.

X. The peoples of Austria-Hungary, whose place among the nations we wish to see safeguarded and assured, should be accorded the freest opportunity of autonomous development.

XI. Roumania, Serbia, and Montenegro should be evacuated; occupied territories restored; Serbia accorded free and secure access to the sea; and the relations of the several Balkan states to one another determined by friendly councel along historically established lines of allegiance and nationality; and international guaranties of the political and economic independence and territorial integrity of the several Balkan states should be entered into.

XII. The Turkish portions of the present Ottoman Empire should be assured a secure sovereignty, but the other nationalities which are now under Turkish rule should be assured an undoubted security of life and an absolutely unmolested opportunity of autonomous development, and the Dardanelles should be permanently opened as a free passage to the ships and commerce of all nations under international guaranties.

XIII. An independant Polish State should be erected which should include the territories inhabited by indisputably Polish populations, which should be assured a free and secure access to the sea, and whose political and economic independence and territorial integrity should be guaranteed by international covenant.

XIV. A general association of nations must be formed, under specific covenants, for the purpose of affording mutual guaranties of political independence and territorial integrity to great and small States alike.[47])

[47]) Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 556—562.

Hauptteil.

1. Die Botschaft Wilsons an den Kongreß vom 8. 1. 1918 und die deutsche Presse.

Die Einsicht in die Akten des Kriegspresseamtes (Pressebesprechungen) zeigt, daß irgendwelche Richtlinien, nach denen die Presse die Wilson'sche Botschaft in ihren Besprechungen hätte behandeln können, von den Pressebehörden nicht gegeben worden sind[1]). So wurde dieses Erzeugnis der gegnerischen Politik, in dem die Wilsonsche Kriegszielideologie ihre programmatische Gipfelung und ihre höchste propagandistische Schlagkraft erhielt[2]), der deutschen Presse zur selbständigen, durch die Regierung in keiner Weise beeinflußten Beurteilung und Bewertung freigegeben. Die folgende Betrachtung der einzelnen Blätter und ihrer Stellungnahme wird jedoch zeigen, wie die deutsche Presse trotz fehlender Führung und erbittertsten Kriegszielstreites das wahre Ziel der Wilson'schen Gedankengänge zunächst klar erkennt und nahezu einmütig zurückweist.

Am 10. Januar schreibt die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

> „Wilson hat nicht den geringsten Versuch gemacht, die Hindernisse, die einer Ausdehnung der Brester Verhandlungen entgegenstehen, hinwegzuräumen, vielmehr diese Hindernisse aufeinandergetürmt, neue in Gestalt neuer oder . . . bisher nicht öffentlich erhobener Forderungen herbeigetragen und auf diese Weise einen Damm gegen den allgemeinen Frieden errichtet."

Sei Programm sei das imperialistische Eroberungsprogramm in der trügerischen Verkleidung der Phrasen von Weltfrieden, Freiheit und Völkerglück. Seine Botschaft sei ferner mehr noch als alle bisherigen auf die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland eingestellt. Mit einem unleugbaren Geschick habe Wilson Teile des deutschen Volkes gegeneinander auszuspielen versucht.

„Die Unterscheidung hat aber eine andere Nuance bekommen. Früher

---

[1]) Allein eine kurze, auf den bulgarischen Bundesgenossen bezugnehmende Bemerkung des Vertreters des Auswärtigen Amtes vom 14. 1. 1918 enthält einen Hinweis auf die 14 Punkte:

„Im Interesse unserer Beziehungen zu Bulgarien wird gebeten, die Rede Wilsons noch nachträglich dahin zu kommentieren, daß es in Deutschland empört habe, daß die gerechtfertigten Ansprüche Bulgariens in Punkt 11 der Rede Wilsons nicht berücksichtigt sind." Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 14. 1. 1918.

[2]) Welche Wirkungen die Entente von der Botschaft der 14 Punkte erwartete, zeigt allein die Tatsache, daß der Text sofort nach seiner Veröffentlichung in Hunderttausenden von Flugschriftexemplaren über der deutschen Front abgeworfen wurde.

[3]) N.A.Z. 10. 1. 1918.

waren es Volk und Regierung. Jetzt ist es Mehrheit und Minderheit. Wenn Volk und Regierung sich nicht gegeneinander hetzen lassen, sollen einzelne Teile des Volkes gegeneinander ausgespielt werden."[4])

In Bezug auf die Absichten Wilsons gegenüber Rußland sieht das Regierungsblatt sehr klar:

„Wenn Herr Wilson seine Tonart etwas gemildert hat, wenn er . . . für die Zeit nach dem Kriege Deutschland eine gewisse Machtstellung zugestehen will, dann weiß man heute, warum der Präsident seine Forderungen so einwickeln muß. Seine Worte gehen ja auch nach Rußland, und Herr Wilson hat . . . die Hoffnung nicht aufgegeben, mit den Russen noch einmal ins Geschäft zu kommen, ihnen, wie er sagt, zu ‚helfen'."[5])

Überhaupt sieht die Presse die Botschaft vorwiegend unter konkreten außenpolitischen Gesichtspunkten, indem sie von den aktuellen östlichen Problemen ausgeht, vor die sich die Diplomatie der Mittelmächte in Brest-Litowsk gestellt sah und die naturgemäß im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen. So kommentiert das führende Blatt Westdeutschlands, die „Kölnische Zeitung" unter der Überschrift „Wilsons plumpe Falle" die 14 Punkte scharf und eindeutig:

„Man mußte vor Edelmut und Menschenliebe triefen, um das sachlich nüchterne Geschäft, das in Brest-Litowsk vor sich ging, zu stören, um den Schwachen, der sich dort nach seiner Besiegung zum Verhandeln stellte, stärken und den Starken innerlich schwächen zu können."

Die „Kölnische Zeitung" lehnt es ab, „die Narrheiten und Frechheiten im einzelnen" durchzugehen und meint:

„Es wäre die Todesstunde des deutschen Volkes, wo es einen Frieden, wie ihn Wilson und Lloyd George künden, unterzeichnen müßte!"[6])

In ähnlichem Sinne schreibt die konservative „Neue Preußische Zeitung", die Botschaft diene der Ermutigung Rußlands für die Verhandlungen in Brest und meint dann mit innerpolitischer Polemik, die Frage Wilsons, ob die deutschen Staatsmänner im Namen der Militärkaste oder des deutschen Volkes sprächen, sei heraufbeschworen durch das Verzichtprogramm der Friedenserklärung des Reichstages vom 19. Juli 1917. Es wäre aber nun erwünscht,

„wenn jetzt die Reichstagsmehrheit, gerade weil Wilson sie gegen die Militärpartei ausspielen will, ihm eine Antwort gäbe, daß seine fanatisch deutschfeindliche Politik von uns wohl durchschaut wird. Freilich werden wir Unterscheidungen zwischen dem deutschen Volk und der Militärpartei, wie Wilson sie aufstellt, erfolgreich nur entgegentreten können, wenn die Reichsleitung dafür sorgt, daß Friktionen zwischen den militärischen und den politischen Stellen vermieden oder doch alsbald hinter den Kulissen wieder ausgeglichen werden."[7])

Die der Alldeutschen Bewegung nahestehende und mit der Vater-

[4]) N.A.Z. 11. 1. 1918.
[5]) N.A.Z. 11. 1. 1918.
[6]) K.Z. 10. 1. 1918.
[7]) N.P.Z. 10. 1. 1918.

landspartei sympathisierende „Rheinisch-Westfälische Zeitung" nennt die Rede Wilsons das Raffinierteste, was sich ein feindlicher Staatsmann bisher an Redeerzeugnissen geleistet habe:

„Durch seine . . . Komplimente an die ‚weitblickenden Staatsmänner Deutschlands und Oesterreichs' und durch die darauf folgenden Angriffe gegen die Oberste Heeresleitung sucht er . . . im deutschen Volke Verwirrung zu säen. Auch die Bezugnahme auf den Entschluß der Reichstagsmehrheit ist . . . bezeichnend. Wird man in den Kreisen dieser Reichstagsmehrheit nun endlich das äußerst Gefährliche . . . ihrer Politik und besonders ihrer unglückseligen Friedensentschließung erkannt haben? Das deutsche Volk aber wird nicht in die Wilsonsche Falle gehen! Es weiß, was es Wilson zu danken hat. Der Krieg wäre längst vorbei, ein vollkommener und siegreicher Friede hätte längst unserem guten Recht zum Siege verholfen, wenn nicht Wilson unseren Feinden Kanonen und Munition, Rohstoffe und Nahrungsmittel geliefert hätte. Mit zynischer Roheit hat er der auf die Aushungerung von Millionen deutscher Frauen und Kinder gerichteten Blockadepolitik Englands zugestimmt und sie mit allen Mitteln unterstützt."[8])

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" ist während des Krieges — ebenso wie die außenpolitisch von Ernst Reventlow geleitete „Deutsche Tageszeitung"[9]) — eine besonders energische Verfechterin eines betont englandfeindlichen Kurses gewesen. Sie hat sich früh für den uneingeschränkten Unterseebootkrieg eingesetzt und hat sich von vornherein für die Ausschaltung Wilsons als Friedensvermittler ausgesprochen, da sie in der Politik Englands und der Wilsons nur zwei einander ergänzende Kräfte sah, die beide auf die Minderung der deutschen Macht hinarbeiteten.[10])

Die „Deutsche Tageszeitung", seit Kriegsbeginn in der vordersten Linie der „kämpfenden" Presse stehend, beleuchtet in ihrem Kommentar vorwiegend die auf die ökonomische Vernichtung Deutschlands zielenden Absichten der Wilsonschen Botschaft:

„Wilson will vollkommene Freiheit der Schiffahrt im Frieden und im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden. In das Deutsche übersetzt soll das u. a. heißen: dem Deutschen Reich wird man solange die Nordsee vom Weltverkehr absperren, bis es alle ihm zugemuteten „internationalen Verträge" annimmt. — Die Rüstungen der Völker sollen auf ‚das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß' herabgesetzt werden. Wir erwarten danach zunächst die Zusicherung und dann die „Garantien", daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihre Kriegsflotten, und zwar vollständig, abschaffen werden, denn zur inneren Sicherheit, wie Wilson es auffaßt, sind sie doch kaum notwendig."[11])

Alles in allem, so schließt das Blatt, könne es dem Deutschen Reiche gleichgültig sein, ob es unter den Klängen grober Beschimpfungen oder lügenhafter Phrasen ruiniert werde.[12])

[8]) Rh.-W.Z. 9. 1. 1918.
[9]) s. S. 29.
[10]) s. Ebba Dahlin: „French and German Public Opinion on Declared War Aims 1914—1918", Stanford University 1933, S. 67.
[11]) D.T. 10. 1. 1918.
[12]) D.T. 10. 1. 1918.

Die „Deutsche Zeitung" ist das einzige bedeutende Blatt der Rechten, das die Wilsonsche Botschaft zum Anlaß für einen scharfen Angriff auf die deutsche Regierung nimmt. Das Blatt erhebt ernste Vorwürfe gegen die diplomatischen Vertreter des Reiches in Brest, deren Haltung es als schwächlich bezeichnet:

„Brest-Litowsk hat lediglich den Erfolg gehabt, daß unsere westlichen Feinde glauben, wie die Botschaft Wilsons zeigt, uns alles bieten zu können."[13])

Scharf ablehnend steht auch die katholische Presse der Botschaft gegenüber. Wilson habe den Taktstock für die Entente in der Hand, schreibt die „Kölnische Volkszeitung":

„Er benutzt die gewonnene Stellung nach Kräften, um den Krieg in Europa zu verlängern und einen Frieden nicht zustande kommen zu lassen. Denn je mehr die Völker Europas sich . . . bekämpfen, desto mehr blüht der Weizen Amerikas."

An „schamloser Heuchelei" übertreffe die Botschaft alles was Wilson sich bisher geleistet habe.[14])

Wenn Wilson den Mund auch etwas weniger voll nehme als man es sonst bei ihm gewohnt sei, meint „Germania", so spreche er im Übrigen doch, als wenn er der Sieger über ein niedergerungenes Deutschland wäre.

„Daher macht die Botschaft, die höchstens in dem kriegstaumelnden Amerika noch verfangen darf, auf uns genau so wenig Eindruck wie seine früheren Bramarbas-Reden."[15])

Wesentlich ausführlicher und ernsthafter geht die Berliner „Vossische Zeitung" auf die Gedankengänge des Präsidenten ein:

„Die Anhänger der Theorie eines tiefen Interessengegensatzes zwischen England und Amerika werden aus der Botschaft . . . vielleicht . . . neues Beweismaterial für die Verschiedenheit oder Gegensätzlichkeit der Politik von Washington und London herauszulesen vermögen. Wer aber aus dem . . . engen Zusammenarbeiten der beiden angelsächsischen Mächte während des ganzen Krieges seine Schlüsse zu ziehen vermochte, der wird die Friedenskundgebung Wilsons als eine geradezu notwendige taktische Ergänzung der Rede Lloyd Georges vom 6. 1. 1918 aufzufassen haben."

Wilsons Vorschläge deckten sich in vielem mit denen Lloyd Georges, meint die „Vossische Zeitung", z. B. in der belgischen Frage. Seine Formel für die Lösung der elsaß-lothringischen Frage sei ebenso vieldeutig wie die Lloyd Georges.

„Dagegen werden Österreich-Ungarn und die Türkei von Wilson milder behandelt als von Lloyd George. Auf Gebietsabtretungen von Seiten Österreich-Ungarns an Rumänien und Serbien wird ausdrücklich verzichtet. Die Abtretung Mesopotamiens, Syriens und Palästinas wird in einer Form verlangt, die . . . Konzessionen an die Türkei nicht auszuschließen scheint."

---

[13]) D.Z. 10. 1. 1918.
[14]) K.V. 10. 1. 1918.
[15]) G. 10. 1. 1918.

Wenn also hier gewisse Differenzen zwischen Wilson und Lloyd George bestünden, so sei der Grund dafür die erweiterte Rolle, die Wilson der zu bildenden „allgemeinen Gesellschaft der Nationen" zuweise.

„Dieser Völkerbund würde ein ausgesprochen angelsächsisches Instrument sein. Er soll nach dem Plane Wilsons überall dort, wo der deutsche Einfluß auszuschalten ist, als Garant territorialer und nationaler Integrität, mit anderen Worten als Vormund auftreten, und so die Rolle übernehmen, die England sonst vielleicht allein gespielt haben würde. Diese Rolle ist nun nicht nur für Mesopotamien, Syrien und Palästina, sondern auch für den übrigbleibenden türkischen Rumpf dem Völkerbund zugedacht. Die gleiche ‚Garantie' des Völkerbundes gedenkt Wilson über den ganzen Balkan, über Polen und vielleicht auch über die österreichischen Nationalitäten zu verhängen."[16])

Dieser Kommentar der „Vossischen Zeitung" schließt unmittelbar an die Linie, die dieses Blatt in seiner Außenpolitik während des ganzen Krieges verfolgt hat. Seine Einstellung war von vornherein betont antienglisch gewesen, hatte sich aber nicht wie z. B. die Außenpolitik der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und der „Deutschen Tageszeitung" darauf beschränkt, in England den Hauptfeind des Reiches zu bekämpfen, sondern fand ihre Ergänzung in einer stark pro-russischen Linie. Nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hatte diese Politik sich erweitert zu einer außenpolitischen Gesamtkonzeption, die als Ergebnis des Krieges die Einigung Europas zu einem geschlossenem Mächteblock erstrebte. Die Basis dieses Mächteblockes sollte die deutsch-russische Allianz bilden. Seine Aufgabe hätte nach Ansicht der „Vossischen Zeitung" darin bestanden, die Abhängigkeit Europas von dem seebeherrschenden britisch-amerikanischen Angelsachsentum zu brechen.[17]) Diese Linie europäischer Kontinentalpolitik ist von der „Vossischen Zeitung" bis in den Herbst 1918 innegehalten worden und hat auch ihre Stellung zu der Politik Wilsons fortdauernd bestimmt.

Wendet man sich nun der den linken Parteien nahestehenden jüdisch-demokratischen Presse und der marxistischen Parteipresse zu, so zeigt sich, daß Wilson auch hier zunächst auf Ablehnung stößt. Nur ist der Ton hier weniger scharf als bei der Rechtspresse. Das „B e r -

[16]) V.Z. 10. 1. 1918.

[17]) s. Georg Bernhard: „Die Kriegspolitik der V.Z.", Berlin 1919.
Die Rücksichtnahme auf Rußland erstreckte sich bis zur Ablehnung jeder Lösung der Ostfragen, insbesondere der polnischen Frage, die nicht auf dem restlosen Einverständnis Rußlands basierte (s. V.Z. 29. 2. 1917). Im Fehlen dieses Einverständnisses sah das Blatt die Gefahr einer Balkanisierung Osteuropas und darüber hinaus die Gefahr einer Schwächung Gesamteuropas gegenüber dem angelsächsischen Mächteblock. So glaubte das Blatt am 30. 11. 1917 vor jeder deutschen Randstaatenpolitik im Osten warnen zu müssen: „Keine russische Partei hat bisher das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anders aufgefaßt als im Rahmen des bestehenden Reichsverbandes." Diese Politik hat eine für die Interessen des Deutschen Reiches gefährliche Wirkung dadurch gewonnen, daß sie von der „V.Z." auch gegenüber dem weltrevolutionären bolschewistischen Staat fortgesetzt wurde — was noch zu zeigen sein wird.

liner Tageblatt" schreibt, Wilson würde sich im Irrtum befinden, wenn er glauben sollte, daß die Reichstagsmehrheit zu einem Friedensschluß auf der Basis, die in der Botschaft als ‚die einzig mögliche' dargelegt wird, bereit wäre. Er würde für Deutschland das Eingeständnis der vollkommenen Niederlage bedeuten. Unter den einzelnen Punkten begrüßt das „Berliner Tageblatt" aber immerhin jene, die „für Abrüstung, Völkerbund, Meeresfreiheit und Abschaffung der Geheimdiplomatie" eintreten. Dennoch müsse man die Tatsache hinnehmen, daß die Präsidentenbotschaft über den Weltfrieden nur die Fortsetzung des Krieges bedeute:

„Es bleibt die betrübliche Tatsache, daß an Stelle der moralischen und logischen Auseinandersetzung nur die militärische bis auf weiteres möglich sein wird."[18])

Bedeutend wohlwollender steht die „Frankfurter Zeitung" den Gedankengängen Wilsons gegenüber:

„Gelänge es Wilson, auch die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens zu ähnlichen Bekenntnissen zu bewegen, so wäre man der Möglichkeit von Friedensverhandlungen sehr viel näher gerückt. Wilson sucht den Ausweg aus dem Kriege in einer Weise, die für Deutschland noch nicht ganz annehmbar ist. — Aber wenn er bei den Mittelmächten Klarheit und Deutlichkeit vermißt, so besteht für uns kein Grund, auch nur den Schein einer Berechtigung dieses Vorwurfes bestehen zu lassen. Deutschland und seine Verbündeten sollen mit ihren Friedenszielen offen hervortreten."[19])

Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts", zollt der Botschaft zunächst höchstes Lob, indem er sie als ein „Muster staatsmännischer Mäßigung" bezeichnet, meint dann aber doch einschränkend, man müsse sich fragen,

„ob nicht der idealistische Schwung der Rede nur ein diplomatisches Manöver ist, ob nicht den Russen das Irrlicht eines allgemeinen Friedens entzündet werden soll, um sie noch einmal in den Blutsumpf des allgemeinen Krieges zu führen!"[20])

Hinsichtlich Elsaß-Lothringens wird gesagt, es müsse von seiten der Gegner auf den Versuch verzichtet werden, „Teile des deutschen Volkes vom deutschen Volke zu trennen". Weiter heißt es:

---

[18]) B.T. 10. 1. 1918.

[19]) F.Z. 10. 1. 1918.

Über die „Außenpolitik der ‚Frankfurter Zeitung' im Weltkrieg" handelt Franz Collasius, Diss. Frankf. 1923.

Die Politik der „F.Z." war seit Kriegsbeginn von innerpolitischen Gesichtspunkten bestimmt worden. Sympathien für den westlichen Parlamentarismus veranlaßten das Blatt zu einer Politik, die auf eine Verständigung mit England hinzielte. Antipathien gegen den ‚zaristischen Despotismus' führten es gegenüber Rußland zu einer Kleinstaatenpolitik im Osten, die auf die Zerschlagung des russischen Reichskörpers hinzielte. Die deutsche Mission im Osten wurde gesehen in der ‚Befreiung der russischen Randvölker.' Die Schaffung des polnischen Staates durch die Mittelmächte im November 1916 ist von der „F.Z." warm begrüßt worden.

[20]) V. 10. 1. 1918.

„Wenn die Ententeregierungen Beweise für ihre Absicht erbringen, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volke keine Preisgabe dessen, was es vor dem Kriege besaß, und keine Treulosigkeit zumutet, dann wird die deutsche Regierung zur allgemeinen Friedenskonferenz gehen. Das soll kein Zeugnis sein für die guten Absichten der Regierung, aber ein Ausdruck der lebendigen Kräfte, die in unserem Volke rege sind."[21])

Deutschlands Lage sei nicht derart, daß man ihm die Herausgabe Elsaß-Lothringens, Posens, Danzigs und was Wilson sonst noch versteckt gefordert haben möge, abnötigen könne. Das ganze deutsche Volk sei sich darüber einig, daß auf dieser Grundlage kein Friede geschlossen werden könne.[22])

Diese erste Stellungnahme der Presse zu Wilson ist also beherrscht von nahezu einmütiger Ablehnung, der sich auch die marxistische Presse anschließt. Während der überwiegende Teil der Presse in der Botschaft eine Propagandaaktion sieht und sie außenpolitisch kaum ernsthaft bespricht, kommt der übrige Teil — sofern er sich auf eine sachlich-politische Würdigung einläßt, zu dem Ergebnis, daß ein Friede auf der von Wilson vorgeschlagenen Grundlage in keinem Verhältnis zu der militärischen Lage stehe. Überhaupt ist das Interesse der Presse wie der öffentlichen Meinung mehr den konkreten Friedensaussichten im Osten zugewandt als den westlichen Friedensfragen, für deren Lösung die militärische Entscheidung noch aussteht.

2. Die Reichstagsrede des Grafen Hertling vom 24. 1. 1918 und die deutsche Presse.

Um die weitere Stellung der Presse zu Wilson zu verfolgen, ist es am zweckmäßigsten, die Kommentare heranzuziehen, in denen die Presse sich mit den Reden des Reichskanzlers Grafen Hertling und des österreichisch-ungarischen Außenministers Grafen Czernin, beide gehalten am 24. Januar 1918, beschäftigt. In seiner außenpolitischen Rede vor dem Hauptausschuß des Reichstages setzt Hertling sich ausführlich mit der Wilsonschen Botschaft auseinander, indem er sie Punkt für Punkt prüft. Für die fünf ersten, mehr prinzipiellen Punkte (Abschaffung der Geheimdiplomatie, uneingeschränkte Freiheit der Meere, Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung gleicher Handelsbedingungen für alle Nationen, Garantie künftiger Rüstungsbeschränkungen) erklärt Hertling das Einverständnis der kaiserlichen Regierung. Bezüglich Punkt 6 weist der Kanzler eine nachträgliche Einmischung der Ententestaaten in die Regelung der russischen Frage zurück, da sie es unterlassen hätten, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen. Hinsichtlich Punkt 7 verweist

[21]) V. 10. 1. 1918.
[22]) V. 11. 1. 1918.

Hertling auf die Erklärungen seiner Amtsvorgänger, „daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet" habe und stellt die belgische Frage in jenen Fragenkomplex, dessen Einzelheiten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein würden. Zu Punkt 8 erklärt der Kanzler, daß auch für die okkupierten Teile Frankreichs die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik bilde, daß sie aber in deutscher Hand ein wertvolles Faustpfand für künftige Verhandlungen bildeten. Von einer Abtretung von Reichsgebiet könne jedoch nie und nimmer die Rede sein. Die Beantwortung der Punkte 9—11[23]) überläßt Hertling dem österreichisch-ungarischen Außenminister. Bezüglich Punkt 12 verweist er auf die wichtigen Lebensinteressen des Reiches, die in der Integrität der Türkei und in der Sicherung ihrer Hauptstadt beschlossen seien. Zur polnischen Frage meint der Kanzler man möge es Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die künftige Gestaltung des Landes zu einigen. Prinzipiell einverstanden erklärt Hertling sich schließlich mit dem letzten, den Völkerbund betreffenden Punkt 14. Der Schluß der Rede stellt fest, daß Wilsons Botschaft „gewisse Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden" enthalte, „die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten". „Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar." „Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren."[24])

Aus der Rede Czernins seien hier nur die Stellen zitiert, die in der deutschen Presse Gegenstand des Meinungsstreites geworden sind. Die Rede kam sachlich und formal den Bestrebungen Wilsons bedeutend weiter entgegen, als die des Grafen Hertling[25]). So erklärte der Außenminister zu Punkt 13, es sei ein offenes Geheimnis, daß Österreich-Ungarn Anhänger des Gedankens sei, „es möge ein unabhängiger polnischer Staat, der die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, errichtet werden". Die Rede schließt mit dem Satz:

> „Wie sich aus der Vergleichung meiner Ansichten und jener Wilsons ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden soll, . . . überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Die Differenzen . . . scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte. Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Österreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten wider-

[23]) s. o. S. 23.

[24]) Wortlaut der Hertlingrede zitiert nach N.A.Z. 25. 1. 1918.

[25]) Über die Wilson freundliche Politik Czernins s. Richard Fester: „Die Politik Kaiser Karls." S. 237.

streiten, legt die Erwägung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine versöhnliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind."[26])

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" stellt sich als Regierungsblatt vorbehaltlos hinter die Erklärungen Hertlings. Die Kanzlerrede sei nicht so sehr an die Adresse des Feindes gerichtet, als an die des eigenen Volkes. Es müsse ihm nochmals in aller Deutlichkeit auseinandergesetzt werden, um was der Kampf, wenn er fortgeführt werden müsse, gehe, und daß er den Charakter nicht verloren habe, der ihn zum Volkskampf habe werden lassen.[27])

Im Sinne Hertlings äußert sich auch die „Kölnische Zeitung", nicht ohne vorher sich nochmals gegen das Wilsonsche Friedensprogramm zu wenden:

„Wir glauben nicht, daß er es ehrlich damit meint, wir halten es für eine Falle, mit der er die eigenen Friedensfreunde täuschen und die Einigkeit im Vierbunde sprengen will. Aber warum ihn nicht auf die Probe stellen? Seinem Friedensprogramm können wir das unsrige gegenüberstellen. Die Sicherstellung unserer Volksexistenz, die Verteidigung unserer berechtigten Lebensinteressen kann 1918 nicht auf dem Wege erreicht werden, daß man die Landkarte von 1914 einfach abschreibt; den neuen Gewalten gegenüber, die sich gegen uns aufgetan haben, den neuen Nachbarn gegenüber, die wir im Osten gefunden haben, sind eine Fülle neuer Regelungen notwendig geworden."

Immerhin hätten die Mittelmächte keinen Grund, den Gedanken Wilsons über Völkerbund und Abrüstung eine schroffe Ablehnung zuteil werden zu lassen,

„vorausgesetzt, daß sich keine listigen Versuche zu ihrer Bevormundung durch eine englisch-amerikanische Welthegemonie dahinter verbergen."

Ein solcher Versuch wäre z. B. darin zu sehen, wenn die Beschränkungen der Rüstungen nur die Streitkräfte zu Lande, aber nicht die zur See treffen sollte.[28])

Vollkommen ablehnend steht die „Deutsche Zeitung" der Hertlingschen Antwortrede gegenüber. In einem Kommentar, dessen Überschrift schon polemisch gehalten ist, („Graf Hertling bittet um neue Friedensbedingungen")[29]) argumentiert das Blatt: wenn Hertling anerkenne, daß der Ton Wilsons ein anderer geworden sei, wenn er glaube, daß die einmütige Zurückweisung aller Wilsonschen Versuche, zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volk Zwietracht zu stiften, Wilson nun auf den rechten Weg geleitet hätte, so sei zu fragen,

---

[26]) Rede des Grafen Czernin vor dem Ausschuß für Äußeres in der österreichischen Delegation vom 24. 1. 1918. Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 10.

[27]) N.A.Z. 25. 1. 1918.

[28]) K.Z. 25. 1. 1918.

[29]) Auf Grund dieses Artikels und seiner Betitelung ist die D.Z. für 3 Tage verboten worden.

„ob der Graf Hertling, der doch ein kluger Mann sein soll. hier nicht gegen seine Überzeugung dem deutschen Volke blauen Dunst vorzumachen versucht! Er sagt, jetzt sei in der Botschaft Wilsons nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern würden nicht wiederholt. . . . Wilson kann mit dem Erfolg seiner Antwort auf die Papstnote vollkommen zufrieden sein. Die deutsche Regierung hat sich unter den Willen der international-demokratischen Reichstagsmehrheit gebeugt . . ., und den Kampf gegen das Haus Hohenzollern fortzusetzen, hat der . . . Präsident keine Veranlassung, nachdem der derzeitige Repräsentant des Hauses Hohenzollern auf den Rat seiner . . . Umgebung alle jene Forderungen der internationalen Demokratie erfüllt hat, die geeignet sind, die Monarchie zu untergraben und die das nationale Volkstum zersetzende internationale Demokratie . . . im Deutschen Reiche zur Herrschaft zu bringen."[30])

Mit ganz besonderer Schärfe aber wendet sich die „Deutsche Zeitung" gegen die Versuche des Grafen Czernin, Wilson die Rolle des Friedensvermittlers zuzuweisen:

„Jeden politisch-staatsmännischen Blick läßt Czernin vermissen, wenn er den amerikanischen Präsidenten inständigst bittet, seinen großen Einfluß auf Italien, Serbien, Rumänien und Montenegro auszuüben, damit diese die Bedingungen erklären, unter denen sie bereit seien, mit Österreich-Ungarn zu sprechen."

Eines dürfe aber auf keinen Fall eintreten, daß nämlich Czernin auch Deutschland zu einem Verzichtfrieden zwinge! Wenn Czernin einen unabhängigen polnischen Staat erstrebe und sage, dieser müßte die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen, und wenn das etwa bedeuten solle, daß Czernin diesem Staat auch die von Polen bewohnten Gebiete des Deutschen Reiches zuschlagen wolle, „so müßten wir das als einen ruchlosen Verrat Österreichs an uns kennzeichnen."[31])

Die „Deutsche Tageszeitung" vermißt an den Erklärungen Hertlings besonders die Klarheit des außenpolitischen Kurses:

„Wenn der Kanzler erklärt, die Entente möge mit neuen Vorschlägen kommen, wir warteten ab, so möchten wir hoffen, daß darin eine wirklich strikte Ablehnung jedes weiteren Friedensfühlers von deutscher Seite enthalten sei; und aus der . . . Feststellung des Grafen Hertling, unsere militärische Lage sei nie so günstig gewesen wie augenblicklich, sollte man den weiteren Schluß ziehen können, daß wir diese militärische Lage zur . . . Grundlage unserer Haltung gegenüber einem etwa kommenden Friedensangebot der Entente machen werden. Auf das positive Programm und auf den Willen, unsere militärischen Siege beim Friedensschluß in politische Errungenschaften umzumünzen, kommt alles an. Ein klares und letztes Wort darüber hat der Kanzler gestern nicht gesprochen."[32])

Andererseits sei es zu viel Ehre für Wilson, daß Hertling die 14 Punkte, deren Durchführung den Untergang des Deutschen Reiches bedeuteten, in seiner Rede derart ernsthaft besprochen habe.

[30]) D.Z. 25. 1. 1918.
[31]) D.Z. 25. 1. 1918.
[32]) D.T. 25. 1. 1918.

„Der Reichskanzler hat nicht gesagt . . ., daß Wilson hinsichtlich der Abrüstung nur von den Landstreitkräften spricht, und daß er seine Ausführungen über die Freiheit der Meere einschränkt, indem er von ‚international gesperrten Gewässern' spricht. Aus diesen Punkten geht der spiegelfechterische Charakter der Wilsonschen Vorschläge schon . . . klar hervor."[33])

Die schwierigste außenpolitische Frage aber sieht die „Deutsche Tageszeitung" in der fehlenden Übereinstimmung zwischen der deutschen und der österreich-ungarischen Politik, wie sie sich in dem verschiedenen Verhalten Hertlings und Czernins gegenüber den Wilsonschen Programmpunkten zeige:

„Zwischen der Auffassung des . . . Reichskanzlers und der des österreichisch-ungarischen Außenministers besteht eine . . . tiefgehende Verschiedenheit, die in dem Augenblicke zum scharfen Gegensatz geworden ist, wo Graf Czernin seine völlige Übereinstimmung mit dem größten Teil der Wilsonschen Vorschläge erklärt und österreichisch-amerikanische Sonderverhandlungen anbietet."

Es sei zu fragen, in welchem Verhältnis dieses Angebot zu den österreich-ungarischen Bündnisverpflichtungen stehe.[34])

Auch die „Neue Preußische Zeitung" hält die Ausführlichkeit, mit der Hertling auf die Wilson-Botschaft eingegangen sei, „angesichts des Inhalts dieser Botschaft" für überflüssig, wenn nicht sogar für gefährlich.[35])

Die „Kölnische Volkszeitung" ist der Ansicht, Hertling habe sich gegenüber den Kundgebungen der feindlichen Staatsmänner zu stark defensiv verhalten.

„Wir sind . . . der Meinung, daß man bei so robusten Naturen wie Lloyd George und Wilson und bei den von ihnen vertretenen Völkern mehr erreicht, wenn man die zahlreichen Blößen ihrer Politik aufdeckt und sie mit den Konsequenzen der von ihnen selbst verkündeten Grundsätze schlägt."[36])

Abweichend von allen diesen Äußerungen ist die Stellungnahme der „Vossischen Zeitung", die, wie bereits erwähnt, das zentrale außenpolitische Problem in der Auseinandersetzung mit Rußland sieht und einen für das Deutsche Reich gedeihlichen Gesamtfrieden nur nach Lösung der östlichen Fragen für möglich hält. Die Kritik an Hertlings Rede, schreibt das Blatt, müsse von dem ausgehen was die Rede verschwiegen habe. Notwendiger, als auf die Reden der Feinde eine Antwort zu geben, wäre es gewesen, „einen Auftakt zu den neubevorstehenden Verhandlungen in Brest-Litowsk zu geben".

„Nach all dem Wirrwarr, der durch das viele Hin und Her der Meinungen entstanden ist, hätte es . . . klärend gewirkt, wenn der allein verantwortliche Leiter der deutschen Politik noch einmal eindeutig . . . die Ziele unserer Politik im Osten umschrieben hätte. Diese Klärung

[33]) D.T. 26. 1. 1918.
[34]) D.T. 25. 1. 1918.
[35]) N.P.Z. 25. 1. 1918.
[36]) K.V. 25. 1. 1918.

wäre insbesondere für die deutsche Öffentlichkeit notwendig gewesen."

Voraussetzung einer bleibenden Regelung der Ostfragen sei die Zusammenarbeit mit Österreich-Ungarn. Differenzen zwischen dem Reich und der Donaumonarchie, etwa in Bezug auf Polen und die baltischen Länder und deren territoriale Zugehörigkeit, müßten klar erkannt und herausgestellt werden. Wende Österreich-Ungarn sich z. B. gegen Verträge des Reiches mit Kurland und Litauen, die diese Gebiete politisch und wirtschaftlich eng an das Reich angliedern würden, dann müsse andererseits auch Österreich in klarer Form auf alle seine polnischen Ambitionen verzichten:

„Dann wird der Weg zu jener Lösung des Problems frei, die uns vorschwebt: die Befriedigung des nationalen Selbständigkeitsbedürfnisses aller östlichen Randvölker nach ihrer Wahl, eventuell auch innerhalb des russischen Reichsverbandes. Denn die Frage, wie wir uns dem östlichen Frieden gegenüberstellen, ist und bleibt die Grundfrage des Gesamtfriedens."[37])

Das „Berliner Tageblatt" setzt mit seiner Kritik an Hertling bei der belgischen Frage an. Es vermißt in der Kanzlerrede Klarheit und Deutlichkeit:

„Wir hätten . . . einen festeren und entschiedeneren Schritt vorwärts gewünscht. Es ist, da Belgien nicht annektiert werden soll, wirklich nicht einzusehen, warum jede Bewegung durch ein unklares Zögern gehemmt, jeder Satz mit Nachsätzen belastet wird."

Wenn man z. B. die Vlamenpolitik für unentbehrlich halte, so sei eine offene Erklärung, in der Deutschland Garantien für den Schutz des Vlamentums fordere, besser als alle Wendungen, die in der Ententepresse nach Belieben gedruckt werden könnten und hinter denen jeder etwas anderes suche. Im Übrigen setzt das „Berliner Tageblatt" auf die Rede Czernins größere Hoffnungen als auf die Hertlings. Vieles lasse erkennen,

„daß in Amerika . . . der Kriegseifer ermattet ist: die Kohlennot, die zu gewaltigen Einschränkungen nötigte, auch die Ausrüstung der Armee behindert."

Gewiß werde, so schließt das Blatt in optimistischem Ton, die Rede des Grafen Czernin die Gegner der Kriegspolitik in Amerika stärken und die Friedensstimmung erhöhen.[38])

Unzufrieden mit Hertlings Erwiderung ist auch der „Vorwärts":

„Für einen halbwegs geschickten Journalisten ist es eine Kleinigkeit, die Rede des Kanzlers als ein Zugeständnis an den Annexionismus oder auch . . . als extrem friedensfreundliche Kundgebung zu deuten. In dieser Beziehung ist die Rede geradezu ein Meisterwerk, aber von solchen Meisterwerken haben wir genug."[39])

[37]) V.Z. 25. 1. 1918.
[38]) B.T. 25. 1. 1918.
[39]) V. 25. 1. 1918.

Der gefährlichste außenpolitische Dilettantismus aber findet sich in dem radikalen Teil der marxistischen Presse, wie ihn das Organ der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei", „die „Leipziger Volkszeitung" repräsentiert. In rein demagogischem Ton ist schon ein Kommentar zu den Brest-Litowsker Verhandlungen gehalten:

„Im Augenblick, wo die Regierungen Englands und Amerikas ihre Kriegsziele eingeschränkt haben, wo der Präsident der Vereinigten Staaten ein Friedensprogramm bekanntgegeben hat, dessen . . . Tendenz auf einen Verständigungsfrieden hinzielt, hat die alldeutsche Richtung in Deutschland ein Kriegsziel-Programm durchgesetzt, aus dem bei aller Unbestimmtheit der Charakter klar hervortritt: die Tendenz der Eroberungen."[40])

Das Blatt bezieht sich weiter auf einen Massenbeschluß der Wiener Arbeiterschaft vom 20. 1. 1918, in dem es heißt, die Arbeiterschaft betrachte das Friedensprogramm Wilsons als Anzeichen dafür,

„daß auch die feindlichen Regierungen unter dem Druck der Arbeiterschaft ihr imperialistischen Kriegsziele bereits einzuschränken beginnen. Sie protestiert gegen die planmäßige wie auf Kommando erfolgte Mißdeutung dieser Kundgebung durch die gesamte bürgerliche Presse und fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, diese Kundgebung zum Anlaß zu nehmen, allen feindlichen Regierungen einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzubieten."

In seinem Kommentar zur Kanzlerrede vom 24. 1. meint das marxistische Blatt:

„Die Regierungen Englands und Amerikas haben ihre Kriegsziele revidiert, und sie haben versöhnliche Töne angeschlagen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat ein Friedensprogramm verkündet, das als Grundlage zu Verhandlungen angenommen werden könnte. Demgegenüber hat der deutsche Reichskanzler erklärt, daß dies Programm für die deutsche Regierung keine Grundlage zu Verhandlungen bildet."

So sehe die deutsche Arbeiterschaft, daß sie von der jetzigen deutschen Regierung nicht den Frieden zu erwarten habe.[41])

Diese erneute Stellungnahme der Presse zu Wilson, veranlaßt durch die Antwortrede des Reichskanzlers, hat gezeigt, wie die Presse infolge der eingehenden sachlichen Prüfung des Wilsonschen Programms durch Hertling nun ihrerseits dazu geführt wurde, in den 14 Punkten nicht mehr ein reines Propagandaerzeugnis zu sehen, sondern sich auf das gefährliche Feld politisch-sachlicher Auseinandersetzung mit einzelnen Wilsonschen Programmpunkten zu begeben. Diese Entwicklung war insofern gefährlich, als die Presse in der Kanzlerrede keineswegs eine deutliche Richtschnur sah, nach der sie die einzelnen außenpolitischen Fragen hätte besprechen können, sondern im Gegenteil jede Präzision und Klarheit in ihr vermißte. So konnte der eine Teil der Presse, sofern er willens war, die innenpolitische Zerklüftung durch den Hinweis auf den Vernichtungswillen

[40]) L.V.Z. 21. 1. 1918.
[41]) L.V.Z. 25. 1. 1918.

der Gegner aufzuhalten, dieser Aufgabe nicht genügen, weil er über den außenpolitischen Willen der Führung völlig im unklaren war; und so konnte der übrige, die Abwehrfront zersetzende Teil weiterhin aus dieser Unklarheit innenpolitisches Kapital schlagen.

3. Die Rede Wilsons vor dem Kongreß am 11. 2. 1918 und die deutsche Presse.

Am 11. Februar 1918 hielt Präsident Wilson vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten eine neue Rede, in der er zu den Reden Hertlings und Czernins vom 24. Januar Stellung nahm und die ausmündete in die Verkündung eines neuen Friedensprogramms, der „Four Principles".[42]) Es seien auch hier nur die entscheidenden Wendungen zitiert.

Wilson kommt zunächst zu einer vollkommenen Ablehnung der Hertling-Rede, die er „unbestimmt und verwirrend" nennt:

„Es muß jedermann klar sein, der versteht, was dieser Krieg in der Meinung und Stimmung der Welt angerichtet hat, daß ein allgemeiner Friede unmöglich in solcher Weise erreicht werden kann. Die Methode, die der deutsche Kanzler vorschlägt, ist die Methode des Kongresses von Wien. Wir können nicht und wollen nicht dahin zurückkehren. Was jetzt auf dem Spiele steht, ist der Friede der Welt. Was wir anstreben, ist eine neue internationale Ordnung, die auf den weitsichtigen und allumfassenden Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit beruht — nicht ein bloßer Friede von Nähten und Flicken. Ist es möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht, dies nicht erfaßt, und in einer hohlen und vergangenen Welt lebt? Hat er die Reichstagsentschließung vom 19. Juli vergessen? oder übersieht er sie absichtlich? Diese sprach von Bedingungen eines allgemeinen Friedens, nicht von nationaler Vergrößerung und Abmachung zwischen Staat und Staat."

„Der Friede der Welt hängt von der gerechten Erledigung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf welche ich in meiner letzten Rede im Kongreß hinwies.[43]) Ich meine selbstverständlich nicht, daß der Weltfriede von der Annahme irgendeiner bestimmten Gruppe von Vorschlägen über die Art, in welcher diese Probleme gelöst werden, abhängt. Was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme, sowohl jedes einzelne wie alle zusammen, die ganze Welt angehen. Sie können nicht einzeln und in abgeschiedenen Ecken behandelt werden."

„Alle Teilnehmer dieses Krieges müssen sich an der Erledigung j e d e r damit irgendwo verbundenen Streitfrage beteiligen, weil das, was wir suchen, ein Friede ist, für dessen Sicherheit und Aufrechterhaltung wir uns alle verbürgen können."

Unmittelbar an diese Betonung des kollektiven Friedensgedankens schließt Wilson die Feststellung:

„Die Vereinigten Staaten wünschen nicht, in europäische Angelegenheiten einzugreifen oder in europäischen Gebietsstreitigkeiten als Schiedsrichter zu wirken."

---

[42]) Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 563—568.
[43]) Gemeint sind die 14 Punkte.

Wilson wendet sich dann der Rede Czernins zu, wobei er den entgegenkommenden Ton der Rede propagandistisch ausnutzt und den Friedenswillen Österreich-Ungarns ebenso deutlich herausstreicht wie er kurz vorher den des Grafen Hertling angezweifelt hat. Lediglich von der Absicht diktiert, die Bündnisbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Donaumonarchie zu stören, erscheinen die folgenden Sätze:

„Graf Czernin scheint die Grundfragen des Friedens mit klaren Augen zu erkennen und versucht nicht, sie zu verdunkeln. Er sieht, daß ein unabhängiges Polen . . . eine Sache von europäischer Bedeutung ist und selbstverständlich zugestanden werden muß; ferner, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß, ungeachtet der Opfer und Zugeständnisse, welche damit verbunden sein mögen, und daß nationale Bestrebungen im gemeinsamen Interesse Europas und der Menschheit selbst innerhalb seines eigenen Reiches befriedigt werden müssen. Wenn er in Bezug auf die Fragen schweigt, welche die Interessen und Ziele seiner Verbündeten näher als die Österreichs allein berühren, so tut er dies deswegen, weil er sich gezwungen fühlt, in dieser Hinsicht auf Deutschland und die Türkei Rücksicht zu nehmen."

Nach diesem geschickten rhetorischen Schachzug kommt Wilson zur Verkündung der „Four Principles", die hier im Originaltext gegeben seien:

„First, that each part of the final settlement must be based upon the essential justice of that particular case and upon such adjustments as are most likely to bring a peace that will be permanent
Second, that peoples and provinces are not to be bartered about from sovereignty to sovereignty as if they were mere chattels and pawns in a game, even the greater game, now for ever dicredited, of the balance of power; but that
Third, every territorial settlement involved in this war must be made in the interest and for the benefit of the populations concerned, and not as a part of any mere adjustment or compromise of claims among rival states; and
Fourth, that all well defined national aspirations be accorded the utmost satisfaction that can be accorded without introducing new or perpetuating old elements of discord and antagonism that would be likely in time to break the peace of Europe and consequently the peace of the world."

Die Frage, was Wilson zur Verkündung der „Four Principles" veranlaßt hat, nachdem er erst einen Monat zuvor das viel ausführlichere Weltfriedensprogramm der 14 Punkte gegeben hatte, muß hier unerörtert bleiben. Mitgespielt hat zweifellos der Eindruck, den die fast einmütige Ablehnung der 14 Punkte in der deutschen Öffentlichkeit auf den Präsidenten ausgeübt hat. Dadurch waren die propagandistischen Absichten fürs erste vereitelt, die er mit der scheinbaren Konkretisierung seines Kriegszielprogramms verfolgt hatte. Die Zuflucht zu einem mehr abstrakten und sachlich schwerer zu fassenden Friedensprogramms erschien propagandistisch geboten. Richard Fester sucht den Anstoß für die neue Phase der Wilsonschen Rhetorik mehr in der Rücksichtnahme auf die europäischen Alliierten des Präsidenten, wenn er sagt, es sei noch nicht aufgeklärt, „ob etwa Ver-

wahrungen der Verbündeten gegen sein Programm vom 8. Januar ihn veranlaßt haben, sich von konkreten Kriegszielen auf kautschukartige Allgemeinheiten zurückzuziehen".[44])

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" streicht in ihrem Kommentar zu der neuen Rede des Präsidenten vor allem die Diskrepanz zwischen den Kriegszielen der Vereinigten Staaten — wie Wilson sie formuliert — und denen der übrigen Alliierten heraus:

„Wir fragen uns, wie Präsident Wilson von der Möglichkeit . . . eines allgemeinen Friedens auf der von ihm geschilderten Basis sprechen kann, wo er doch weiß, daß seine Bundesgenossen auf der Konferenz von Versailles . . . ihre Absicht kundgegeben haben, den Krieg mit allen Mitteln weiterzuführen. Wir meinen, daß Herr Wilson sich zuerst an seine Bundesgenossen wenden sollte, um sie für seine Prinzipien, von denen sie bisher nichts wissen wollen, zu gewinnen. Wenn alle Parteien die in diesen Krieg gezogen sind an der Regelung jedes strittigen Punktes teilnehmen müssen, wie dies Herr Wilson fordert, dann wird die Welt niemals zum . . . Frieden kommen. Wenn jetzt schon Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ententestaaten bestehen, so werden sich diese noch erheblich steigern, wenn es sich darum handelt, einzelne territoriale Fragen zu besprechen."[45])

Die „Neue Preußische Zeitung" weist auf die Taktik Wilsons hin, durch seine Reden bei den Ententevölkern die Hoffnung auf innere deutsche Zwistigkeiten zu verstärken und meint, die Reichstagsmehrheit möge endlich allen solchen Versuchen der Feinde durch entsprechende rückhaltlose Erklärungen ein Ende machen.[46])

Außerordentlich klar sieht die „Deutsche Tageszeitung" die tatsächlichen Absichten Wilsons:

„Am meisten fällt . . . der Versuch ins Auge, Österreich gegen Deutschland und in Deutschland die Reichstagsmehrheit gegen die Oberste Heeresleitung auszuspielen und aufzuhetzen."

[44]) Richard Fester: „Die Politik Kaiser Karls", S. 233.

[45]) N.A.Z. 13. 2. 1918. Gemeint ist die 3. Tagung des im Nov. 1917 zu Rapallo eingesetzten interalliierten Obersten Kriegsrates, die vom 30. Jan. bis zum 2. Februar 1918 in Versailles stattfand. Über die Beschlüsse des Rates gab „Reuter" folgenden amtlichen Bericht: „Der Oberste Kriegsrat beschäftigte sich mit den letzten Äußerungen des deutschen Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen. Er konnte aber in diesen Äußerungen keine tatsächliche Annäherung an die gemäßigten Bedingungen finden, die von allen Regierungen der Alliierten aufgestellt worden sind. Diese Überzeugung wurde nur vertieft durch den Eindruck, den der Gegensatz zwischen den verlautbarten idealen Zielen, mit denen die Mittelmächte in die gegenwärtigen Verhandlungen in Brest-Litowsk eintraten, und ihren nun offen und unverhüllt zutage liegenden Eroberungs- und Beraubungsplänen hervorrief. Unter diesen Umständen entschied der Oberste Kriegsrat, daß die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten darin besteht, mit der äußersten Kraftanstrengung in geschlossenster und wirksamster Zusammenarbeit die militärischen Bemühungen fortzusetzen, bis deren Druck in den feindlichen Regierungen und Völkern einen Stimmungsumschwung hervorgebracht hat, der die Hoffnung auf den Abschluß eines Friedens unter Bedingungen rechtfertigen würde, die keine Aufgabe all der Grundsätze der Freiheit, Gerechtigkeit und Achtung vor dem Völkerrecht bedeuten, für die die Alliierten eintreten."

[46]) N.P.Z. 13. 2. 1918.

Besonders deutlich zeige es sich auch wieder, welch eine wertvolle Waffe die Reichstagsresolution vom 19. Juli Wilson geliefert habe. „Überlegteste Heuchelei und plumpe Perfidie" seien die Hauptmerkmale der Rede.

„Nur wer völlig von jeder gesunden Denkfähigkeit und von jedem sittlichen Gefühl verlassen ist, könnte auf die biedermännischen Pfiffigkeiten des Mannes hereinfallen, der den Dollar meint, wenn er von der Menschheit spricht."

Wilson habe seit Beginn des Krieges verschiedene Abstufungen des Tones gewählt, aber g e w o l l t habe er immer das Gleiche: die Niederlage des Deutschen Reiches, das Zerbrechen seiner militärischen Kraft, die Unmöglichkeit, diese wieder aufzurichten. Darüber solle die „Menschheit" zu Gericht sitzen und es erreichen. Nichts Anderes sei auch der Sinn seiner neuesten Rede. Auch die neuen ‚vier Prinzipien' bedeuteten in ihrer Anwendung nur wieder die Durchsetzung der 14 Punkte, den Sieg des Wilsonschen Vernichtungswillens. Nicht einen einzigen seiner 14 Punkte habe Wilson bisher fallen lassen. Er glaube aber nun wohl, die Deutschen psychologisch richtiger zu beurteilen, wenn er ihnen zumutet, auf die „Prinzipien" hin in Verhandlungen über einen „allgemeinen Frieden" einzutreten.

„Seine Psychologie ist . . . nicht unrichtig gewesen, denn der „Vorwärts" stimmt sofort bei und behauptet, es sei nunmehr Pflicht der deutschen Regierung, den allgemeinen Frieden herbeizuführen."[47])

Vor allem aber spüre man hinter Wilsons Worten das Bestreben, überhaupt in Verhandlungen mit den Mittelmächten zu kommen, um zu verhindern, daß die nunmehr im Osten entlastete deutsche Macht nach Westen hin entscheidende Schläge tue, und daß der Unterseebootkrieg uneingeschränkt seinen Fortgang nähme.

„Jede Pause würde hier ein Zeitgewinn für die Vereinigten Staaten und ihre Bundesgenossen sein."

Alles Andere an Wilsons Rede sei verhüllende Phrase und solle dazu dienen, in Deutschland Stimmung für Selbstlahmlegung zu machen. Das Blatt richtet sodann an den Grafen Hertling die Frage, welchen positiven Zweck es überhaupt haben könne, daß ein deutscher Reichskanzler immer wieder ausführlich dem Präsidenten der Vereinigten Staaten antworte,

„wo es sich doch um nichts als um das weit über drei Jahre gleiche T h e a t e r handelt."

Auch die neue Rede zeige, daß Wilson nicht daran denke, sachlich auf politische Fragen einzugehen, daß es ihm lediglich auf die Mürbemachung des deutschen Volkes ankomme.

„Eine kurze Abweisung unter schonungsloser Enthüllung von Kern und Absicht der Auslassungen des Präsidenten würde in Zukunft das allein

---

[47]) Stellungnahme des „Vorwärts" s. S. 44.

der Würde Angemessene und Zweckmäßige sein, wenn die Regierung überhaupt Notiz von neuen Auslassungen zu nehmen für richtig hielte."[48])

Scharf ablehnend steht dem Wilson'schen Gedanken kollektiver Friedensbesprechungen auch die „Deutsche Zeitung" gegenüber:

„Wilson ist gegen jedes Friedensübereinkommen von Staat zu Staat. Wilson sagt, alle Parteien, die in diesen Krieg gezogen seien, müßten an der Regelung jedes strittigen Punktes teilnehmen. Danach besitzt der Präsident aber noch die Stirn zu behaupten, Amerika hege nicht den Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten zu mischen."[49])

Die „Vossische Zeitung" beschäftigt sich wie immer lediglich mit den ‚Ostfragen':

„Es ist klar, daß Wilson alles daran setzt, um Österreich-Ungarn auf jener Bahn festzuhalten, der Deutschland leider so lange gefolgt ist. Die Regelung der kontinentalen Besitzverhältnisse soll im Osten beginnen, also an jenem Punkt, der zweifellos zur Zerklüftung des europäischen Erdteils, zur Verewigung . . . der Feindschaft, nicht nur zwischen den bisherigen Kriegführenden, sondern auch zwischen den Bundesgenossen selbst führt."

Mit dem Hinweis auf die noch ungelösten östlichen Randstaatenproprobleme wolle Wilson das Bundesverhältnis zwischen Reich und Donaumonarchie nach Möglichkeit stören und den Zusammenschluß einer einzigen Front gegen die angelsächsische Gefahr verhindern.[50])

Die katholische Presse lehnt es ab, die neuen Wilsonschen Prinzipien zu diskutieren, solange Wilson nicht deutlich von den imperialistischen Kriegszielen seiner Bundesgenossen sich distanziere: sein neues Ziel, die Regelung aller Streitfragen auf einer allgemeinen Konferenz könne er nur erreichen, wenn er sich an seine Freunde mit Mahnungen zu Einsicht und Mäßigung wende, dazu genüge es nicht, den unhaltbaren Grundsatz aufzustellen, daß Sonderabmachungen unstatthaft seien.[51])

Ähnlich meint „Germania", Wilson fehle vor allem eine ausreichende Legitimation als Wortführer der gesamten Entente. Deshalb sei es — solange die gegen die Mittelmächte kämpfenden Westmächte Europas ohne Eroberungen den Krieg nicht aufgeben wollten — auch überflüssig, sich irgendwie mit Wilson auseinanderzusetzen oder sich um eine Einigung mit ihm zu bemühen. Es bestehe ja auch bei Wilson keinerlei ernsthafte Verhandlungsbereitschaft, es komme ihm nur darauf an, Zwietracht bei den Mittelmächten zu säen: einerseits habe er die Hertling-Rede abgelehnt, andererseits habe er es aber nicht für notwendig gehalten, auf das klare Anerbieten Czernins (mit ihm in Vorverhandlungen einzutreten), klar zu antworten. Um diesen Prüfstein seiner Gesinnung gehe er mit Vorsicht weit herum. Leicht verständlich sei auch die Ablehnung aller Friedensverhandlungen von Staat zu Staat durch Wilson:

---

[48]) D.T. 13. 2. 1918.
[49]) D.Z. 13. 2. 1918.
[50]) V.Z. 13. 2. 1918.
[51]) K.V. 13. 2. 1918.

„Er möchte uns vor den Richterstuhl der Welt stellen, in dem Bewußtsein, daß seine Partei die numerisch überlegene sein und bleiben wird."[52])

Eine wesentlich andere Bewertung erfährt Wilson in der demokratischen und marxistischen Presse. Für diese Presse ist es das Entscheidende, daß Wilson den Reden Hertlings und Czernins überhaupt geantwortet hat und daß dadurch eine Art Vorfriedensdiskussion zustandegekommen zu sein scheint. Die Gefahren einer derartigen Diskussion, die gerade in der Rechtspresse immer wieder betont werden, finden hier weder Beachtung noch Erwähnung.

Die Rede Wilsons, meint die „Frankfurter Zeitung", sei keine Kriegsrede. Sie sei, vielmehr als es die letzte gewesen sei, eine Rede, die auf den Frieden hinzuarbeiten sucht, und in der die kriegerisch klingenden Sätze nur den Sinn hätten, „die Stärke des unbesiegten Amerika und das Gewicht seiner Stimme im Chor der Völker" deutlich zu machen. Wenn Wilson den Grafen Czernin gegenüber dem deutschen Kanzler herausstreiche, so dürfe er doch auf einen Sonderfrieden mit der Donaumonarchie nicht rechnen.

„Wenn ihm aber diese Unterscheidung die Möglichkeit gibt, zu praktischen Besprechungen über den Frieden den Weg zu finden, so meinen wir nicht, daß Deutschland damit unzufrieden sein müßte."

Eigenartig ist die harmlose Interpretation, die die „Frankfurter Zeitung" den Absichten Wilsons gibt:

„Er ist keineswegs der Ansicht, daß seine Vorschläge (14 Punkte) für die Lösung der einzelnen Probleme des Friedens angenommen werden müssen, er will nur das Prinzip anerkannt sehen, daß diese Probleme nicht einzelne Mächte sondern alle Mächte angehen."

Gegen dieses Prinzip hat die „Frankfurter Zeitung" „kaum etwas Triftiges einzuwenden". Auch der Weltbund der Nationen, den Wilson fordere, müsse als Ziel festgehalten werden, wenn es auch zunächst notwendig sei, „daß man einmal anfängt zu verhandeln".[53])

Etwas skeptischer äußert sich das „Berliner Tageblatt". Wilsons schönklingende Worte könnten nicht vergessen machen, daß der Oberste Kriegsrat der Alliierten, der vom 30. Januar bis zum 2. Februar in Versailles tagte, auch den ‚allgemeinen Frieden' bis auf weiteres verworfen habe:

„Dieser Oberste Kriegsrat hat es doch als ‚die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten' bezeichnet, den Krieg mit der äußersten Kraftanstrengung fortzusetzen, bis die Bedingungen der Alliierten erfüllbar seien. Die Rede Wilsons kann auch nicht vergessen machen, daß die Bedingungen der Alliierten Regierungen für Deutschland unannehmbar und indiskutabel sind."

Das „Berliner Tageblatt" glaubt aber schließlich doch zu einer positiven Bewertung Wilsons kommen zu müssen und meint, die neue Rede zeige immerhin seine Neigung, die Friedensdiskussion

[52]) G. 13. 2. 1918.
[53]) F.Z. 13. 2. 1918.

fortzusetzen, und seine neuen ‚vier Grundsätze' böten, ebenso wie die 14 Punkte, die Möglichkeit zu einer sachlichen Beantwortung.[54])

Wie so viele Reden der Staatsmänner, schreibt der „Vorwärts", sei die neue Wilson-Rede Friedensinstrument und Kriegsmittel zugleich.

> „Als Kriegsmittel sucht sie zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland einen Keil zu treiben. Man kann darauf mit Einigkeitserklärungen antworten, aber man darf dabei doch nicht übersehen, daß Unterschiede zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Politik tatsächlich bestehen. Es müßte nun von deutscher Seite festgestellt werden, ob Wilsons Worte, ‚einer sofortigen Friedensbesprechung steht nichts im Wege', nur ein diplomatischer Schachzug oder wirklich das erlösende Wort für die Menschheit ist."[55])

Über die Mittel, durch die dies „festgestellt werden müßte", schweigt der „Vorwärts". Daß das marxistische Blatt Wilson jedoch schon bedeutend vertrauensvoller gegenübersteht als noch im Januar, geht schon aus seinem Hinweis auf das bekannte Wilson-Wort hervor ‚Wenn man sich nicht überwältigen kann, muß man sich verständigen', wobei der „Vorwärts" nicht erwähnt, daß Wilson dieses Wort lange vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gesprochen hatte.

Weniger positiv beurteilt das Hamburger Organ der Sozialdemokratischen Partei, das „Hamburger Echo", die Ausführungen Wilsons.[56]) Die Rede, meint das Hamburger Blatt, enthalte sehr viel Sätze, die Billigung finden könnten, wenn sie nicht von Wilson gesprochen worden wären. Wenn Wilson aber wirklich meine, daß über den Frieden schon verhandelt werden könnte,

> „warum ladet er dann nicht zur Friedenskonferenz ein? Warum läßt er es nicht auf den Versuch ankommen, daß ‚allein die militärischen Herren Deutschlands' — wie er sich ausdrückt — sich von einer solchen Konferenz ausschließen? Vor dieser einfachen Frage löst sich die Wolke seiner schönen Rede in eitel Dunst auf, und es bleibt nichts übrig als die knochendürre Formel des Geschäftsführers der amerikanischen Kriegsprofitler: wir müssen den Krieg gewinnen, um für die vereinigte Firma Großbritannien-Amerika zu retten was zu retten ist."

Weiter nimmt das „Hamburger Echo" die Rede Wilsons zum Anlaß, die deutsche Regierung zur Klarstellung ihrer Kriegsziele aufzufordern; Deutschland könne seine Eroberungen auf den europäischen Kriegsschauplätzen zwar nicht in Annexionen verwandeln, es müsse sie aber einmal gegen seinen Anteil an den überseeischen Rohstoffgebieten eintauschen. Deshalb habe es keinen Zweck mehr,

---

[54]) B.T. 13. 2. 1918.

[55]) V. 13. 2. 1918.

[56]) Das „Hamburger Echo" gehört zu den marxistischen Blättern, die während des Krieges in ihrer Außenpolitik im Gegensatz zu dem Berliner Zentralorgan einen weniger parteidogmatischen Standpunkt eingenommen haben. Zur Außenpolitik des „H.E." während des Weltkrieges: Hartwig Koch: „Die Hamburger sozialistische Presse im Weltkriege", Diss. Greifswald 1929.

über Deutschlands Kriegsziele zu schweigen — wie es noch immer geschehe.[57])

Sein restloses Einverständnis mit Wilson erklärt als einziges Blatt wiederum die „Leipziger Volkszeitung". Aus Wilsons neuer Kundgebung spreche in ernstem Tone derselbe Wille zum Frieden wie schon früher aus der Botschaft der 14 Punkte. Wilson habe sein Angebot erneuert, trotzdem der deutsche Reichskanzler sein letztes Angebot als nicht ehrlich zurückgewiesen habe. Trotz der schroffen Abweisung, wie sie in Hertlings Aufforderung, Wilson möge seine Kriegsziele revidieren, gelegen habe, habe nunmehr Wilson ein neues Zugeständnis gemacht, das die Ernsthaftigkeit seiner Angebote beweise.

„Er hat erklärt, daß er nicht der Ansicht sei, daß der Weltfriede von der Annahme irgendeiner bestimmten Gruppe von Vorschlägen abhänge, daß die Vorschläge der Vereinigten Staaten nicht den Anspruch erheben, die einzig richtigen zu sein, daß sie lediglich eine provisorische Skizze der für den Frieden anzuwendenden Grundsätze darstellten. Diese Erklärung bekräftigt, was man nach der ersten Wilson-Rede wußte: daß weder Elsaß-Lothringen noch die englischen Forderungen im Orient für Wilson ein ernsthaftes Friedenshindernis darstellten, daß es Möglichkeiten gibt, zu einer Verständigung zu gelangen. Zum mindesten zeigt sie, daß Wilson bereit ist, Entgegenkommen zu zeigen. Niemals kann man ein günstigeres Angebot erwarten!"

Eine neue Gelegenheit, ruft die „Leipziger Volkszeitung", sei somit gegeben, zum Frieden zu gelangen, ehe der Krieg mit aller Wut aufs Neue entbrenne! Das Beispiel Wilsonscher Mäßigung sei nachahmenswert, und seine Taktik steche wesentlich ab von der der deutschen Regierung. Wilsons Versuch, Czernin gegen Hertling auszuspielen und das deutsch-österreichische Bündnis zu stören, findet in der „Leipziger Volkszeitung" die harmlose Erläuterung, daß es lediglich Wilsons Absicht sei, mit Österreich-Ungarn zur Verständigung zu kommen, weil er wisse, daß mit der Donaumonarchie die wenigsten Differenzen beständen. Warnend und mit versteckter Drohung wendet sich das Blatt schließlich an die deutsche Regierung:

„Es scheint, als ob sie auch jetzt wieder nicht die Verständigung mit Wilson suchen würde, sondern unter Berufung auf die Kriegsziele der Bundesgenossen Wilsons auch sein neues Angebot abweisen würde."

Dabei sei es klar, daß die Stimme Wilsons in der Entente von entscheidendem Einfluß sei.[58])

Eine zusammenfassende Betrachtung dieser neuen Phase in der Kriegszieldiskussion Wilson—Hertling zeigt, daß die ausführliche und sachliche Entgegnung, die Hertling am 24. 1. den Wilsonschen 14 Punkten hatte zuteil werden lassen, weiterhin die Presse dazu führte, auch das neue Redeerzeugnis des Präsidenten durchaus sachlich zu besprechen. Dabei kamen Teile der marxistischen und der

[57]) H.E. 13. 2. 1918.
[58]) L.V.Z. 13. 2. 1918.

liberalen Presse Wilson in einzelnen Punkten weit entgegen, indem sie seine Absichten in gefährlicher Weise mißdeuteten und sie harmloser sahen, als sie tatsächlich waren. Zudem haben die amtlichen Pressestellen auch für die Besprechung der neuen Rede der Presse keinerlei Richtlinien gegeben. Mitverursacht ist dieses Versäumnis ganz zweifellos durch eine gewisse Unterschätzung der Wirkungen, die derartige Propagandareden feindlicher Staatsmänner in einer Presse haben konnten, der die außenpolitische Führung jahrelang gefehlt hatte. Diese Einstellung der Pressebehörden mag auch dazu beigetragen haben, daß die Presse in steigendem Maße die Reden feindlicher Staatsmänner einfach kommentarlos abdruckte, und der Intelligenz des einzelnen Lesers es überließ, sich mit den Gedankengängen dieser propagandistisch oft äußerst geschickten Reden auseinanderzusetzen. Das aber bedeutete gerade im letzten Jahre des Krieges eine Gefahr, da die Reden der Wilson, Pichon, Balfour, Churchill, Lansdowne, Cecil, Lloyd George und anderer sich in noch nicht dagewesener Weise häuften und fast kein Tag verging, ohne daß ein Staatsmann der Entente sich über die Kriegsziele und die Gestaltung des künftigen Friedens äußerte.

Eine weitere Verschärfung erfuhr die Pressediskussion um Wilson durch die Reichstagsrede des Grafen Hertling vom 25. 12. 1918, in der der Kanzler den „Vier Prinzipien" Wilsons „grundsätzlich beipflichtete" und dem Präsidenten erklärte, „daß ein allgemeiner Friede auf solchen Grundlagen" erörtert werden könnte. Es müßten aber, meinte Hertling einschränkend, „diese Grundsätze nicht nur von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, sondern auch von allen Staaten und Völkern tatsächlich anerkannt sein." Es ist hier nicht notwendig, auf den Inhalt dieser Rede einzugehen. Bezeichnend aber ist wiederum, daß die Presse in ihrer überwiegenden Mehrheit die Haltung Hertlings ablehnt; die Rechtspresse deshalb, weil sie in jeder deutschen Antwort auf Wilsonsche Redeerzeugnisse eine Art kleines Friedensangebot und ein „Zeichen wachsender Rückgratschwäche" auf Seiten der deutschen Regierung sieht[59]). Weiter aber — und hierin stimmen Links- und Rechtspresse in weiten Teilen überein — wird besonders die mangelnde außenpolitische Initiative des Kanzlers immer wieder getadelt. Hertling diskutiere zwar die Propagandaformeln Wilsons ausführlich, habe aber seinerseits nirgends irgendwelche positiven Zielsetzungen aufzuweisen. Er biete nichts als die abgebrauchten Formeln von der „Verteidigung des Vaterlandes", der „Aufrechterhaltung unserer territorialen Integrität" und der „Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung", mit denen der praktische Politiker nichts mehr anzufangen wisse[60]).

[59]) D.T. 26. 2. 1918.
[60]) D.Z. 26. 2. 1918.

4. Die deutsche Presse und der Friede von Brest-Litowsk.

Wenn in diesem Kapitel die Stellungnahme der Presse zum Frieden von Brest-Litowsk kurz behandelt wird, so geschieht das nicht, um ein genaues und vollständiges Bild von der Behandlung außenpolitischer Einzelfragen durch die Presse zu geben. Es gilt vielmehr festzustellen, o b und w i e w e i t bei der Lösung des schwersten außenpolitischen Problems, vor das das Deutsche Reich seit Kriegsbeginn sich gestellt sah, bei den Friedensverhandlungen und dem Friedensschluß im Osten, die deutsche Presse im Sinne der deutschen Außenpolitik als publizistisches und propagandistisches Führungsmittel eingesetzt worden ist. Die nahezu geschlossene Ablehnung des Wilson'schen Friedensprogramms durch die Presse hat gezeigt, daß trotz Kriegszielstreit und innerpolitischer Zerrissenheit der gesunde außenpolitische Wille beim überwiegenden Teil der Presse noch ungebrochen war, und daß die Suggestivität der gegnerischen Kriegszielideologie noch auf Teile der jüdisch-marxistischen Presse beschränkt blieb, daß aber die Presse, um ihrer publizistischen Pflicht dienen zu können, nach wie vor von der Regierung immer dringender die eine entscheidende Maßnahme verlangte: energische und einheitliche Führung im Sinne einer klaren und konsequenten Außenpolitik, die dem kämpfenden Volke in erster Linie durch die Presse nahezubringen war.

Wie wichtig eine straffe Führung der Presse gerade während der Friedensverhandlungen mit Rußland gewesen wäre, zeigt allein die Tatsache, daß diese Verhandlungen sich durch mehr als zwei Monate hinzogen, ehe sie am 3. März 1918 zum endgültigen Friedensschluß führten. Es hätte also in erster Linie verhindert werden müssen, daß die Presse während dieser monatelangen Präliminarien hinsichtlich der außenpolitischen Ziele, die die deutsche Diplomatie in den Verhandlungen verfolgte, im Unklaren blieb, d. h. sich auf Vermutungen und Kombinationen beschränkt sah. Ein solcher Zustand mußte, je länger die Verhandlungen sich hinzogen, bei der parteipolitischen Gebundenheit weiter Teile der Presse zu einer rein parteidogmatischen Außenpolitik führen. Gerade aber bei den ungeheuren Schwierigkeiten, denen die deutsche Diplomatie in Brest gegenüberstand, bei der Fülle einander widerstreitender territorialer und nationaler Forderungen der zur Selbständigkeit drängenden, von der Entente unaufhörlich propagandistisch bearbeiteten Ostvölker, wäre es notwendig gewesen, eine eng parteipolitische Betrachtung dieser Fragen in der deutschen Öffentlichkeit zu verhindern.[61])

Betrachtet man die Pressebesprechungen, die Anfang 1918 im Kriegspresseamt stattfanden und von denen die außenpolitische Führung der Presse im wesentlichen hätte ausgehen müssen, so ergibt sich folgendes Bild: von Beginn der Brester Verhandlungen an war die

[61]) Dies erschien umsomehr geboten, als die Vertreter des bolschewistischen Rußland die Brester Verhandlungen dazu benutzten, die marxistischen Parteien der Mittelmächte durch revolutionäre Reden und Funksprüche gegen ihre Regierungen aufzuhetzen.

Presse sich über die Ziele der Regierung nicht im klaren. Anfang Januar gingen Gerüchte durch die Presse, es sei bei den Verhandlungen zu Gegensätzen zwischen den Vertretern der deutschen Diplomatie und den Vertretern der Obersten Heeresleitung gekommen. In der Pressekonferenz vom 10. Januar 1918 bittet der Vertreter der „Vossischen Zeitung" den Chef des Kriegspresseamtes um Aufklärung über diese Gerüchte:

„Ich halte es für ausgeschlossen, die Erörterungen zu verhindern, schon deswegen nicht, weil Wilson in seiner in den heutigen Morgenblättern veröffentlichten Rede eine ganz bestimmte Version dieser Krise in die Welt gesetzt hat, die selbstverständlich auf Deutschland wirken und hier ihre Konsequenzen haben muß.[62]) Wilson sagt ausdrücklich, daß die Vertreter der deutschen Diplomatie (in Brest-Litowsk) gemäßigte Bedingungen gestellt hätten, aber durch maßlose Forderungen der Obersten Heeresleitung gezwungen worden seien, ihre Bedingungen zu revidiren. Diese Version entspricht einem . . . in Deutschland umlaufenden Gerücht. Wie unmöglich es ist, das Gerücht heimlich schleichen zu lassen, beweist der Streit in den Blättern, der heute bereits eine Vergiftung der öffentlichen Meinung gezeitigt hat, wie wir sie in den schlimmsten Tagen vor eineinhalb Jahren nicht gekannt haben."

Der Vertreter der „Vossischen Zeitung" richtet sodann an den Chef des Kriegspresseamtes folgende Fragen:

„1. Besteht ein Konflikt zwischen der O.H.L. und unseren diplomatischen Vertretern?
2. Worin besteht der Konflikt?
3. Was verlangen wir in Brest?
4. Wird dort jetzt verhandelt oder werden die Beratungen so in die Länge gezogen, bis sich allmählich alle Gegner zu der Friedensfrage geäußert haben, in einer Weise, die in Deutschland zersetzend wirken muß?"

Die Presse müsse über diese Fragen unterrichtet werden,

„1. damit nicht in den Blättern . . . sich ein Streit entspinnen kann, wer in der Beurteilung der Grundlagen Recht hat,"
„2. damit die Presse Angaben gegenüberzutreten in der Lage ist, wie wenn die O.H.L. annexionistische Forderungen hätte und dadurch das Zustandekommen des Friedens hinauszögere."[62])

Die Unklarheit, in der die Presse sich befand, wurde nicht geringer als in der Konferenz vom 14. Januar Major Deutelmoser (seit 1916 Pressechef beim Reichskanzler), sich über die Ziele der deutschen Politik in Brest-Litowsk äußerte:

„Unsere Ziele sind: völlige Sicherung unserer Grenzen und dauernder sicherer Friede."
„Kurland und Litauen und Polen wollen wir zwar nicht annektieren, aber auch den Russen nicht wieder ausliefern."

Er glaube, setzte Deutelmoser hinzu, daß alles, was wirklich notwendig sei, um die öffentliche Meinung mit Hilfe der Presse zu führen, aus seinen Mitteilungen hervorgehe.[63]) Die Presse-

[62]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 10. 1. 1918.
[63]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 14. 1. 1918.

vertreter gaben sich mit dieser Auskunft jedoch nicht zufrieden. „Über die Ziele, die man nicht kennt, gibt es keine Einigung und keine Unterstützung der Regierung", meinte am 15. Januar der Vertreter der „Vossischen Zeitung"[64]).

Diese Stimmung der Unzufriedenheit und der Ratlosigkeit in den Pressekonferenzen blieb nicht auf einzelne Pressevertreter beschränkt, sie findet sich gerade in den Monaten der Brester Verhandlungen als die beherrschende Stimmung bei Vertretern verschiedenster Richtungen. Bereits am 16. Januar ist Major Deutelmoser gezwungen, auf die Tatsache aufmerksam zu machen,

> „daß die Vertreter Rußlands in Brest-Litowsk aus den Berliner Blättern den Eindruck gewonnen hätten, es herrsche in Deutschland eine große politische Verwirrung."[65])

Die offenen oder versteckten Sympathien der marxistischen Parteien für das revolutionäre Rußland hatten bewirkt, daß auch deren Presse oft mehr hinter der russischen Politik als hinter der deutschen stand[66]). Deutelmoser meint dazu:

> „Es darf sich nicht wiederholen, daß der Sekretär der russischen Delegation — wie er es vor kurzem getan hat —, vertraulich erklärt, es sei ein wohl noch niemals dagewesener Fall, daß die Presse des eigenen Landes, (Deutschlands), der Gegenpartei erhebliche Dienste leiste."

Aber allein mit dem Hinweis, daß etwas „sich nicht wiederholen" dürfe, war eine Presse nicht zu führen, die durch einen drei Jahre langen, von der Regierung nicht verhinderten Kriegszielstreit zerrissen war. Als am 17. Januar Major Deutelmoser die Presse zu stärkerer Unterstützung der deutschen Unterhändler in Brest aufruft und meint, „die Presse sitzt mit am Verhandlungstisch", erwidert ihm der Vertreter der „Vossischen Zeitung":

> „Direktor Deutelmoser klagt über mangelnde Unterstützung unserer Unterhändler durch die Presse. Aber eine Verschiedenheit in der Politik der Zeitungen ist kaum zu vermeiden, solange nicht die Marschrichtung deutlicher zu erkennen ist."[67])

Einen Monat später lagen die Dinge nicht anders. In der Konferenz[67]) vom 14. 2. äußert sich wiederum der Vertreter der „Vossischen Zeitung":

> „Die jetzt geschaffene Lage ist so, daß wir vom Auswärtigen Amt eine ausführliche Darlegung der Verhältnisse erbitten müssen. Das Auswärtige Amt wird sicher ebenfalls wünschen, uns über die Absichten, die jetzt bestehen, aufzuklären; nicht über die militärischen Absichten, es kommt mir auf die politischen Absichten an. Wir sind jetzt wieder an dem Punkt angekommen, daß die Presse völlig ratlos dasteht,

[64]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 15. 1. 1918.
[65]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 16. 1. 1918.
[66]) Hierher gehört besonders die kritiklose Verwendung bestimmter bolschewistischer Propogandaformeln auf außenpolitischem Gebiet, vor allem des Schlagworts vom „Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker".
[67]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 17. 1. 1918.

weil sie nicht weiß, was die Regierung beabsichtigt. Es besteht die merkwürdige Lage: im Osten k e i n Friede; der dort geschlossene Teilfriede hat große Konsequenzen, nämlich den Auflösungszustand im Osten, einen tiefen Schnitt in der polnischen Lösung. Auf der anderen Seite stehen wir im Westen vor der Tatsache, daß die Staatsmänner der Entente die merkwürdigsten Reden halten. So befinden wir uns — vom Laienstandpunkt aus gesprochen — vor einem völligen Chaos. Ich sehe nicht ein, wie irgendein Zusammengehen mit der Presse möglich ist, wenn wir nicht erfahren, w i e m a n s i c h d e n G a n g d e r D i n g e v o r s t e l l t."[68])

Von diesen unleugbar unheilvollen Versäumnissen in der Presseführung ist auszugehen, wenn man sich die Stellungnahme der Presse zum Friedensschluß vom 3. März erklärlich machen will. Es sind bei dieser Stellungnahme im wesentlichen zwei große Richtungen festzustellen. Die hinter den sozialdemokratischen und demokratischen Mehrheitsparteien des Reichstages stehenden liberalen und marxistischen Blätter lehnen den Frieden von Brest ab, erklären sich mit der angeblichen „Zerschlagung des russischen Reichskörpers" nicht einverstanden und fordern für die nach Selbständigkeit strebenden östlichen Zwischenvölker die kompromißlose Anwendung des sogenannten „demokratischen Selbstbestimmungsrechtes". Sie sind sich dabei keineswegs über die Gefahren im klaren, die aus einer dogmatischen Anwendung dieser abstrakten und vieldeutigen Formel auf kleine und kleinste Volkssplitter für die deutsche Ostpolitik der Zukunft sich ergeben konnten, Gefahren, die erhöht wurden durch die Möglichkeit, daß der weltrevolutionäre Bolschewismus die sich selbst überlassenen östlichen Zwischenvölker nur als Brücke zur Revolutionierung der europäischen Mitte benutzte. Der andere Teil der Presse, nahezu die gesamte Rechtspresse, erklärt sich zwar mit den Festsetzungen des Friedens einverstanden, erkennt auch klar die Gefahren, die in der unfruchtbaren, mit humanitären Schlagworten arbeitenden Außenpolitik der linken Presse und der hinter ihnen stehenden Parteien liegt, ist sich aber über die realen außenpolitischen Folgen des Vertrages ebenso im unklaren wie jene. Von diesen F o l g e n beschäftigt die Presse in erster Linie die Frage, wie die Verlagerung der politischen Kräfteverhältnisse im Osten sich auswirken würde in den künftigen Friedensverhandlungen mit den westlichen Gegnern; sodann die Frage, in welcher Weise die Regierung die staatsrechtlichen Beziehungen des Reiches zu den von Rußland gelösten Völkern endgültig und auf die Dauer zu regeln gedachte. Gerade auch in dieser Frage ist die deutsche Presse und damit die öffentliche Meinung wiederum nur auf Kombinationen und Vermutungen angewiesen gewesen[69]).

[68]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 14. 2. 1918. Mit dem Teilfrieden im Osten ist der am 9. Februar 1918 zwischen den Mittelmächten und der neuen unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik geschlossene Friede gemeint. Vollständiger Wortlaut des Friedensvertrages s. N.A.Z. Nr. 76, 1918.

[69]) Volkmann weist z. B. darauf hin, wie schädlich für die Volksstimmung die Streitigkeiten waren, die sich zwischen einigen deutschen Dyna-

Die prorussische Einstellung der „Vossischen Zeitung" führt das Blatt zur Ablehnung des Brester Vertrages:

„Es hat keinen Zweck, sich darüber hinwegzutäuschen, daß kaum je ein Friede geschlossen wurde, der so wenig dem Fluß der Dinge ein festes Ziel setzte."

Wenn auch der weitere Kampf durch diesen Frieden vereinfacht sei, so sei nicht sicher, ob der weitere Friede es auch sei, und

„ob die gleiche Koalition, die vor dem Krieg Deutschland gegenüberstand, und die jetzt als Kampforganisation gesprengt ist, nach dem Krieg sich nicht wieder zusammenfinden wird."

Auch nach Brest-Litowsk sieht die „Vossische Zeitung" in England den Hauptfeind, der noch zu überwinden bleibt. Es sei eine gefährliche Illusion, zu glauben,

„England werde seine europäischen Vormachtsinteressen aufgeben und sich mit Deutschland landespolitisch und kolonialpolitisch einigen. Und das gerade in dem Augenblick, in dem direkt und indirekt über Frankreich und über Amerika die politische Offensive gegen die Mittelmächte und ihre Einigkeit so stark antobt wie nie zuvor."[70])

Zum Problem der Randstaaten hatte die „Vossische Zeitung" schon vor dem Friedensschluß geschrieben, es sei das Beste,

„die ganze Randvölkerfrage nur noch unter dem Gesichtswinkel der militärischen Notwendigkeiten zu betrachten, so daß alle Gebiete, die von diesen Notwendigkeiten nicht berührt werden, ohne weiteres der späteren Selbstbestimmung — wie auch immer sie ausfallen mag — überlassen bleiben könnten."

Nur eine solche Lösung könne die „Reinigung der deutsch-russischen Atmosphäre" bedeuten[71]).

Nach dem Friedensschluß meint die „Vossische Zeitung":

„Das Problem der Randstaaten wird immer schwieriger. Die ganze Randstaatenidee hat doch nur dann einen Sinn, wenn die Randstaaten in Zukunft einen Schutzwall für Deutschland bilden. Selbst die festeste vertragsmäßige Angliederung an das Reichsgebiet erwirkt aber solche Haltung nicht, wenn wir nicht die Seelen der Völker gewinnen. Doch schon jetzt, unter der deutschen Militärherrschaft, tobt der Balkanbrand in diesen Ostländern. Das Deutsche Reich ist nun mitten im Strudel der gleichen Probleme, die bisher nur der österreichische Bruderstaat vergebens zu bewältigen trachten mußte."[72])

---

stien über die Besetzung der Throne in den neuzuschaffenden Oststaaten wie Litauen, Kurland und Polen ergaben, und die bis in den Herbst hinein in Pressegerüchten über die verschiedensten Thronkandidatoren einen meist überflüssigen Ausdruck in der Öffentlichkeit fanden. S. Volkmann: „Die Annexionsfragen des Weltkriegs", S. 162.

[70]) V.Z. 4. 3. 1918.

[71]) V.Z. 11. 2. 1918. Derartige Äußerungen zeigen deutlich, wie dogmatisch und wirklichkeitsfern die unverändert russophile Politik der „Vossischen Zeitung" sich äußerte, eine Politik, die noch fortgeführt wurde in einem Augenblick, wo die weltrevolutionäre Aggressivität des bolschewistischen Rußland sich verband mit der pazifistischen Ideologie Wilsons zu dem gemeinsamen Ziel der moralischen Zersetzung Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Völker.

[72]) V.Z. 11. 3. 1918.

Die „Neue Preußische Zeitung" beschäftigt sich in ihrem Kommentar besonders mit den Folgen des Brester Vertrages auf das deutsch-englische Verhältnis. Der Friede habe gezeigt, daß die Absichten, die Bethmann-Hollweg mit seiner Ostpolitik verfolgt habe, nicht erreicht worden sind. Die deutsch-englische Verständigung, die von Bethmann als sicher angenommene Folge einer lediglich gegen Osten gerichteten Politik, sei ferner als je. Politisch verwertbar ist der Brester Friede nach Ansicht der „Neuen Preußischen Zeitung" nur dann, wenn es der deutschen Politik gelingt,

„das richtige Verhältnis zu den von Rußland losgelösten Randvölkern zu schaffen, die Verbindung von deutschem Protektorat über sie und einer von ihnen mit innerer Sympathie für uns erfaßten und festgehaltenen Interessengemeinschaft, ohne die die geplante Anlehnung dieser Randvölker an Deutschland unsere Interessen nicht sicherstellen wird."[73])

Die „Deutsche Tageszeitung" polemisiert[74]) besonders gegen die „Vossische Zeitung", wenn sie schreibt:

„Es kann u. E. höchstens schädlich wirken . . . . auch jetzt noch Theorien über die Herstellung einer idealen Rußlandfreundschaft öffentlich zu verfechten, welche immer der praktischen Grundlage entbehrten und jetzt durch die Wirklichkeit tatsächlich ad absurdum geführt worden sind."[74])

Der „Vorwärts" meint zunächst in bedauerndem Tone, die Zerteilung eines der gewaltigsten Reiche sei möglich geworden, weil seine Machthaber es vorher in völlige militärische Ohnmacht versetzt hätten. Im Übrigen erschöpft sich die Außenpolitik des „Vorwärts" in der Forderung nach „Selbstbestimmungsrecht" für die von Rußland gelösten Völker:

„Errichtet man abhängige Vasallenstaaten . . . —, hält man die abgetrennten Völker im Zustand der Unterworfenheit, dann ist die Entwicklung unterbunden, dann scheint die Gefahr späterer Revanchekriege unvermeidlich. Aber gibt man den von Rußland losgelösten wirkliche Freiheit, wirkliches Selbstbestimmungsrecht, so, daß diese Völker in jeder Situation frei entscheiden können nach ihrem Interesse, dann hat auch die Entwicklung genügend Spielraum, ihren Weg ohne blutigen Konflikt zu nehmen."

Die Sozialdemokratie habe den Kampf aufzunehmen dagegen,

„daß Deutschland die neuen Nachbarstaaten bevormundet oder in irgendeiner Form als Unterworfene betrachtet."[75])

Ganz in russischem Sinne schreibt auch die marxistische „Leipziger Volkszeitung":

„Das deutsche Streben geht nach der Aufrichtung einer Reihe von selbständigen Staaten, die Rußland von Europa lostrennen sollen. Diese Pläne finden Unterstützung nur bei den herrschenden Klassen dieser Gebiete. Die Verwirklichung der deutschen Absichten bedeutet die Unterstützung dieser herrschenden Klassen gegenüber der Masse des Volkes. Diese Völker werden in Deutschland und den mit Deutschland verbundenen neuen Regierungen nicht Befreier sehen, sondern Unterdrücker. Sie werden hinneigen zu Großrußland und die Freiheit suchen im

[73]) N.P.Z. 6. 3. 1918.
[74]) D.T.
[75]) V. 4. 3. 1918.

Anschluß an das Land, von dem der Friede im Osten sie abgetrennt hat. Die Schaffung dieser selbständigen Staaten in einem Gebiete, wo die Grenzen der Völker flüssig sind wie die Grenzen der Völker auf dem Balkan, birgt die Gefahren für den künftigen Frieden ebenso in sich wie der Balkan bisher die größte Gefahr für den Weltfrieden bedeutet hat."[76])

Auch die „Germania" gelangt über die problematische Formel vom „Selbstbestimmungsrecht" nicht hinaus. Graf Hertling habe das Selbstbestimmungsrecht der Randvölker als eine akzeptable Grundlage für die Friedensverhandlungen bezeichnet und sei davon auch nicht mehr zurückgewichen. Die loyale Durchführung dieses Selbstbestimmungsrechtes sei nun die Aufgabe, denn „allein die Schaffung zufriedener Volksstämme an unseren Grenzen verbürgt die Dauerhaftigkeit des Friedens nach Osten." Nicht die Angliederung Litauens und Kurlands an Deutschland wünscht „Germania", sondern eine Reihe von Konventionen, durch die die neuen Staatengebilde sich mit Deutschland verbinden könnten.[77])

Es bedarf keiner weiteren Kommentare, um zu zeigen, wie unsicher die Presse den neuen politischen Regelungen im Osten gegenüberstand. Diese Unsicherheit, entstanden aus dem Fehlen jeder klaren und gründlichen außenpolitischen Information, hat es bis zum Kriegsende der Presse unmöglich gemacht, das deutsche Volk über die wirklich entscheidenden Notwendigkeiten und Ziele einer deutschen Ostpolitik aufzuklären.

5. Die deutsche Presse während der Offensiven im Westen, März bis Juni 1918.

Am 21. März 1918 begann, monatelang bis in alle Einzelheiten vorbereitet, die große deutsche Frühjahrsoffensive im Westen, von der die Oberste Heeresleitung den kriegsentscheidenden Endsieg erwartete. Es interessiert in diesem Zusammenhang lediglich die psychologische, meinungspolitische Seite dieser Offensive, d. h. die Frage, wie weit Vorbereitung und Durchführung der militärischen Aktion ergänzt wurden durch eine publizistische und propagandistische Strategie. Es ist bekannt, daß General Ludendorff die Unterstützung der militärischen Offensive durch eine politische „Friedensoffensive" gefordert hat, die sich besonders gegen die englische Heimatfront richten sollte. Dabei hätte es sich praktisch darum gehandelt, unter Ausnutzung der psychologischen Wirkungen der deutschen Waffenerfolge gleichzeitig bei den Völkern des Feindverbandes die Verständigungsbereitschaft der deutschen Regierung durch konkrete Vorschläge für einen

[76]) L.V.Z. 3. 4. 1918.
[77]) G. 9. 3. 1918.

Frieden zu erweisen. Das aber hätte eine weit stärkere Präzisierung der deutschen Friedensziele durch die Regierung zur Voraussetzung gehabt; umsomehr als die Ententeregierungen das F e h l e n eines konkreten deutschen Kriegszielprogramms stets zur Verdächtigung der deutschen Absichten propagandistisch ausbeuteten. Wie gerade Wilson in dieser Weise arbeitete, zeigt mancher Passus seiner oben zitierten Reden. Da aber die deutsche Regierung sich auch während der großen Frühjahrsoffensiven zu einer Präzisierung ihrer Kriegs- und Friedensziele vor der Weltöffentlichkeit n i c h t entschloß, mußte auch die von Ludendorff geforderte Friedensoffensive fortfallen.

Bedeutsamer jedoch als die psychologische Wirkung der Offensiven bei den Gegnern war ihre Wirkung im deutschen Volke selbst. Brest-Litowsk hatte zwar den Frieden im Osten gebracht, dieser Friede hatte aber durch die Unübersichtlichkeit seiner territorialen Regelungen und durch den provisorischen Charakter der außenpolitischen Kräfteverteilung die in der öffentlichen Meinung und im Volksbewußtsein bestehende Unklarheit über die politische Liquidierung des Krieges noch verstärkt. Von umso größerer Wichtigkeit war es nun, dem Volke v o r und w ä h r e n d der Offensiven durch Presse und Propaganda die entscheidende p o l i t i s c h e Bedeutung dieser militärischen Aktion unaufhörlich vor Augen zu stellen. Es hätte einerseits immer wieder darauf hingewiesen werden müssen, daß allein der kompromißlose Vernichtungswille der Ententeregierungen die erneute Offensive notwendig machte[78]); und es hätte andererseits — sollte die Offensive trotz dreieinhalbjähriger Kriegsleiden, trotz der ständig sich verschlechternden Ernährungslage vom S i e g e s w i l l e n der Heimat getragen sein — endlich in letzter Stunde Klarheit darüber geschaffen werden müssen, wie die Regierung den erhofften Sieg, für den das Volk bis zur Grenze seiner Kraft kämpfte, in reale p o l i t i s c h e Werte umzusetzen gedachte. Entschloß man sich aber auf seiten der Führung auch jetzt noch nicht zur Beendigung des verderblichen Kriegszielstreites in der öffentlichen Meinung, so war folgende verhängnisvolle psychologische Entwicklung zu befürchten: Die große Masse des Volkes, durch Hunger, Entbehrung und Krankheit zermürbt, mußte mehr und mehr jedes Interesse an der politischen Seite des Krieges überhaupt verlieren, mußte den außenpolitischen Debatten in Presse und Parlament mit wachsender Gleichgültigkeit gegenüberstehen und mußte schließlich die neue militärische Offensive nur noch unter dem e i n e n Gesichtswinkel sehen: bringt sie den F r i e d e n oder bringt sie ihn n i c h t? Damit aber war die Aufrechterhaltung von Widerstandskraft und Siegeswillen abhängig gemacht von der steigenden und sinkenden Kurve des militärischen Erfolges; der Augenblick, der einen Umschwung der militärischen

[78]) Daß dies nicht in hinreichendem Maße geschehen sein kann, zeigt allein schon die Tatsache, daß es jüdisch-demokratischen Blättern wie dem „Berliner Tageblatt" und der „Frankfurter Zeitung" möglich war, die Notwendigkeit der Offensive vor aller Öffentlichkeit anzuzweifeln

Situation brachte, mußte auch die moralische Krise des Krieges herbeiführen. Eine derartige Entpolitisierung des Krieges aber erleichterte weiter die Wirkung der geschickten und raffinierten Kriegszielideologie der Gegner im deutschen Volksbewußtsein.

Zu Beginn der Offensive wurde die Presse zunächst vom Schwung der militärischen Ereignisse mitgerissen und noch einmal durch geschlossenen Siegeswillen nahezu geeint. Der Kriegszielstreit trat vorübergehend zurück hinter den Kriegsbericht. Aber bereits am 22. Mai bringt die „Neue Preußische Zeitung" einen Artikel, der die Frage nach dem politischen Sinn der Offensive aufrollt und eine intensive Pressediskussion zur Folge hat. In dem „Politische Offensive" betitelten Artikel heißt es u. a.:

„Es genügt die nicht anzuzweifelnde Feststellung, daß weder die Regierung noch die öffentliche Meinung ein klares Programm hat, daß also über die Zielfragen der deutschen Politik eine verhängnisvolle Unklarheit herrscht. Wie verderblich dieser Kampf der tausend Programme ist . . . wird der Reichsleitung noch in diesem Jahre klar werden, wenn sie nichts tut, diesen Zustand zu ändern."

Die öffentliche Meinung bedürfe der Formung und Führung:

„Diese öffentliche Meinung mit ihrer subtilen Reaktion auf alle Wechselfälle und Möglichkeiten dieses Krieges ist zu einer Art Weltforum geworden, dessen geistige Disposition zu formen auch dem Sieger Vorteile sichert, die nicht ungenutzt bleiben dürfen."

Die Hauptaufgabe deutscher auswärtiger Politik hat nach Ansicht der „Neuen Preußischen Zeitung" eine Friedensoffensive zu bilden,

„die die Mentalität der kämpfenden Völker in allen ihren Strömungen richtig trifft und den eigenen klar ausgesprochenen Zielen den Charakter selbstverständlicher Zwangsläufigkeiten zu geben versteht."

Öffentliche Kundgebungen für den Frieden könnten eben nur dann Erfolg haben, wenn die Bedingungen zur Diskussion gestellt würden und wenn

„die ganze Ideologie der diesem Krieg eigenen politischen Schlagworte wirkungsvoll verarbeitet wird."

Den Ansatzpunkt für eine politische Offensive sieht die „Neue Preußische Zeitung" in England. Es sei nötig,

„daß von der Regierung unsere Hauptkriegsziele gegen England öffentlich genannt und als Mindestforderungen eingehend begründet werden. Der Kampf geht gegen England, aber niemand weiß, wie die Regierung die Ziele gesteckt hat. Dieser Zustand hat die ganze Unsicherheit, den Streit der öffentlichen Meinung erzeugt und den einheitlichen Aufmarsch gegen England verhindert. Das Problem steckt nicht in der flandrischen Küste allein, denn ihr Wert ist relativ, sondern in der Freiheit der Meere für Krieg und Frieden, in den Fragen der Weltwirtschaft (Interessensphären, offene Tür, Rohstoffbezug) und in der Kolonialabrechnung. Es ist leicht und keine Preisgabe diplomatischer Verhandlungsfreiheit, die konkreten Einzelheiten in eingehender und auch im Ausland überzeugender Fassung zu formulieren."

Dies allein gebe die Möglichkeit, „auch die Geistesverfassung des Feindes zu beeinflussen".

„Es muß etwas geschehen, und die Zeit drängt. Die militärischen Erfolge werden die Wirkung verstärken. Wer nur das Schwert sprechen lassen will, sieht das Ausmaß dieses Krieges zu klein und hat kein Verständnis für seine politischen Forderungen."[79])

Dieser Forderung nach sofortiger Bekanntgabe konkreter offizieller Kriegsziele schließt sich sofort der „Vorwärts" an. Während die militärische Offensive die Hoffnung der Feinde auf einen inneren Zerfall Deutschlands zerstören würde, schreibt der „Vorwärts",

„soll die diplomatische Offensive sie gleichzeitig überzeugen, daß sie von einem siegreichen Deutschland keinerlei Bedrückung, Vergewaltigung oder Abtrennung nationalen Gebietes zu erwarten haben."[80])

Ebenfalls zustimmend äußert sich die „Kölnische Zeitung". Deutschland könne in außenpolitischen Fragen die Taktik der bewußten Unklarheiten und der zweideutigen Redensarten, in der sich die Staatskunst der Gegner erschöpfe, schon aus innerpolitischen Gründen nicht länger ertragen:

„Der Zwist über die Kriegsziele zerreißt und spaltet unser Volk, er muß unter allen Umständen ausgetragen werden, und dazu ist kein Zeitpunkt geeigneter als der jetzige."[81])

Auch die „Vossische Zeitung" begrüßt die Anregung der „Neuen Preußischen Zeitung" lebhaft. Schon während der Brester Verhandlungen hatte das Blatt geschrieben:

„Was nützen alle Siege auf den Schlachtfeldern, wenn jede Gelegenheit verpaßt wird, sie politisch auszunutzen? Aus solcher Erkenntnis muß doch schließlich die Frage gestellt werden, ob unsere Politik . . . einfach versagt, oder ob sich hinter den anscheinend planlosen Handlungen eine bewußte Absicht verbirgt. Solche Politik im Dunkeln kann unmöglich dazu dienen, die Wirrnis zu klären, die sich in den Köpfen der Massen festsetzt, die, weil sie ein Ende nicht sehen, immer mehr denjenigen zuzuneigen beginnen, die für die beste Lösung ein Eingehen auf das anscheinend so ehrlich gemeinte Liebeswerben der Westmächte ansehen."

Im Gegensatz zu der „Neuen Preußischen Zeitung" sieht die „Vossische Zeitung" jedoch in der Verkündung eines Kriegszielprogramms durch die Regierung keine Vorteile. Entscheidend sei allein eine Frage:

„Will man diesen Krieg ohne internationale Konferenz in der Weise beenden, daß mit jedem Gegner einzeln Frieden geschlossen wird, oder glaubt man, schließlich doch der Notwendigkeit einer internationalen Konferenz nicht zu entgehen?"

Die bisher geschlossenen Einzelfrieden mit Rußland, der Ukraine und Rumänien hätten dem Reich die erwarteten Vorteile und Entlastungen nicht gebracht. Man müsse sich vollkommen darüber klar sein, daß die Politik der Einzelfriedensschlüsse den Krieg nur sehr langsam beenden könne. Wenn die deutsche Politik aber eine Friedenskonferenz wolle, dann müsse sie eben „durch die Technik

---

[79]) N.P.Z. 22. 5. 1918.
[80]) V. 1. 6. 1918.
[81]) K.Z. 3. 6. 1918.

ihrer Friedensvorschläge dem Reiche Freunde mit gleichem Interesse schaffen".

„Es handelt sich einzig und allein um die . . . Frage: welche Völker werden mit Deutschland gemeinsam auf der Friedenskonferenz den Kampf gegen die bisherige Vorherrschaft Englands auf dem Kontinent führen?"

Nur unter diesem Gesichtspunkt sei auch im Osten deutsche Politik zu treiben[82]).

Ein Teil der Presse jedoch polemisiert scharf gegen eine politische Offensive im Sinne der „Neuen Preußischen Zeitung". Alle Versuche einer genauen Umschreibung der Kriegsziele, meint die „Deutsche Tageszeitung", könnten nur den Glauben der Gegner an innere deutsche Schwäche und Mangel an Kraft zum Durchhalten erhöhen[83]). Auch die „Deutsche Zeitung" äußert sich ablehnend. Wenn neben der militärischen Offensive noch eine Offensive notwendig sei, so könne es nur die innerpolitische gegen diejenigen Elemente sein, die der militärischen entgegenwirkten: eine Offensive gegen die inneren Feinde des Hindenburg-Ludendorff-Friedens, die nichts mehr fürchten, als daß unter dem Gebot „Deutschland über alles" Frieden geschlossen werden könnte.[84]) Die „Kölnische Volkszeitung" hält eine Friedensoffensive für verfrüht. Es sei nicht einzusehen, warum der gewiß verderbliche Kriegszielstreit „gerade jetzt etwa durch eine Besprechung im Reichstag" ausgetragen werden solle:

„Wir meinen, daß das deutsche Volk viel leichter und rascher über das Kriegsziel im Einzelnen einig werden wird, wenn jetzt zunächst ruhig abgewartet wird, bis wir Farbe und Gepräge des militärischen Ergebnisses vor Augen haben, welches doch dem Schoß der Zeit noch nicht ganz entbunden ist."[85])

Äußerungen wie diese letzte zeigen, wie stark sich die Außenpolitik der großen deutschen Presse lediglich an der militärischen Lage orientierte, ohne daß man sich über die meinungspolitischen Gefahren einer solchen Haltung im klaren war.

Bezeichnend ist die Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung", die die Anregung der „Neuen Preußischen Zeitung" ablehnt, da der Artikel des konservativen Blattes keine Sicherheit dafür schaffe,

„ob mit dieser ‚Friedensoffensive' wirklich eine möglichst rasche Herbeiführung des Friedens erstrebt wird, oder ob sie nur dazu dienen soll, die militärische Kriegführung agitatorisch zu unterstützen."[86])

Für eine Unterstützung der militärischen Kriegführung aber glaubt die „Frankfurter Zeitung" sich keinesfalls einsetzen zu dürfen.

[82]) V.Z. 18. 2. 1918.
[83]) D.T. 6. 6. 1918.
[84]) D.Z.
[85]) K.V. 7. 6. 1918.
[86]) F.Z. 3. 6. 1918. Schon im Februar, anläßlich der Reichstagsrede des Grafen Hertling, hatte das Blatt sich in dieser Richtung geäußert. Es hieß damals (F.Z. 25. 2. 1918), es sei — sofern die Regierung an einem Frieden der „Verständigung" festhalte — eine Fortsetzung des Krieges nicht zu verantworten, die nur etwaigen militärischen Erfolgen diene.

Zu dieser lebhaften Pressediskussion über die Möglichkeiten einer politischen Offensive haben auch amtliche Stellen in den Konferenzen des Kriegspresseamtes sich geäußert. So wandte sich am 14. 6. der Vertreter des Auswärtigen Amtes an die Pressevertreter und sprach sich g e g e n die Anregung der „Neuen Preußischen Zeitung" aus:

„In der Sache der ‚Friedensoffensive', die jetzt in unseren Blättern spukt und auch in denen unserer Feinde, habe ich schon wiederholt betont, daß die kaiserliche Regierung die Zeit nicht für geeignet hält, augenblicklich über diese Dinge zu reden. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß sie Avancen der anderen Seite ablehnend gegenüberstehen würde. Eher im Gegenteil. Die Aufnahme aber, die diese Zeitungsstimmen, nicht nur in der Art des bekannten „Kreuzzeitungs"artikels im Auslande gefunden haben, hat uns gezeigt, daß bei unseren stärksten Gegnern, England und Amerika, eine ziemlich einmütige unerfreuliche Ablehnung zu verzeichnen war . . . . . Alles was wir . . . sagen, wird immer mißdeutet, und die Erfahrung zeigte bisher, daß A n g e b o t e uns von unseren Gegnern immer als S c h w ä c h e ausgelegt worden sind Als Antwort auf die aus dem Ausland zu uns dringenden Pressestimmen wäre es am praktischsten, darauf hinzuweisen, daß wir über unsere prinzipielle Friedensgeneigtheit niemals Zweifel gelassen haben, daß aber die Haltung unserer Gegner nicht geeignet ist, die Regierung zu neuen Friedensvorschlägen zu ermutigen, und daß es Sache unserer Gegner ist, ihrerseits nun uns zu kommen."[87])

Wenn auch derartige Argumentationen amtlicher Vertreter einleuchtend und unwiderlegbar waren, so bedeuteten sie praktisch jedoch nicht mehr, als daß die Unklarheit über die außenpolitischen Ziele der Regierung die öffentliche Meinung weiterhin zerklüftete, die Volksstimmung lähmte und den ‚Kampf der tausend Programme' verewigte.

In die Zeit der Frühjahrsoffensive fielen noch zwei rednerische Kundgebungen Wilsons, zunächst die Anleihewerberede, die der Präsident am 6. April in Baltimore hielt, sodann die Rede der ‚V i e r P u n k t e' am Grabe Washingtons, gehalten am 4. Juli 1918. Obgleich beide Reden, besonders die erste, in der deutschen Öffentlichkeit eine weit geringere Beachtung fanden als frühere Reden des Präsidenten, muß die Stellungnahme der Presse doch betrachtet werden, da sich gerade in der Rede vom 6. April eine völlige Änderung des rhetorischen Tones bemerkbar macht: Wilson nimmt den Friedensschluß von Brest-Litowsk zum Vorwand, um nun unter dem Eindruck der gewaltigen Anfangserfolge der deutschen Offensive die Entente zur äußersten militärischen Kraftentfaltung aufzurufen, wobei zum ersten Mal die humanitäre Ideologie zurücktritt hinter das Bekenntnis zur Gewalt als der ultima ratio. Wilson sagte u. a.:

„Die deutschen Staatsmänner haben erklärt, daß sie den Frieden wünschten . . . Der jetzige Reichskanzler sagte, allerdings in unbestimmten und zweideutigen Sätzen, . . . aber immerhin mit soviel Klarheit, als er vorsichtigerweise für zulässig hielt, daß er glaube, der Friede werde auf den Grundsätzen begründet werden, die wir als die unserigen bei der Endregelung erklärten. In Brest-Litowsk brauchten die deutschen Zivildelegierten ähnliche Worte. Sie äußerten den Wunsch nach einem gerechten Frieden und versprachen den Völkern, deren Schicksal sie in

[87]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 14. 6. 1918.

Händen hatten, das Recht der Selbstbestimmung. Aber ihre militärischen Führer, die Männer, die für Deutschland handeln und seine Ziele aufstellen, sind zu einer ganz anderen Entscheidung gekommen. Wir können, was in Rußland, in der Urkaine und in Finnland tatsächlich erfolgte, nicht mißverstehen. Die wirkliche Probe auf ihren Gerechtigkeitssinn und ihre Aufrichtigkeit ist geliefert worden, und daraus können wir alles andere schließen. . . . Ein großes Volk, das durch eigene Schuld hilflos geworden ist, wurde ihrer Gnade vorübergehend ausgeliefert. Ihre schönen Versprechungen sind vergessen. Nirgends haben sie Gerechtigkeit an den Tag gelegt, sondern überall lassen sie nur ihre Macht gelten. Sie beuten alles zum eigenen Nutzen aus, zur Vergrößerung des Landes. und die Völker in den eroberten Provinzen werden aufgefordert, frei zu sein, aber unter deutscher Herrschaft . . . .

Ihr Ziel ist es zweifellos, alle slawischen Völker, alle auf ihre Ehre bedachten Nationen der Balkanhalbinsel, alle Länder, die von der Türkei beherrscht werden, ihrem eigenen Willen und ihrer Herrschsucht zu unterwerfen und daraus ein Reich zu gründen, ein Reich der Gewinnsucht und der Handelsherrschaft, ein Reich, das ebenso feindlich Nord- und Südamerika gegenüberstünde wie Europa und ihm Furcht einflößte, ein Reich, das schließlich Persien, Indien und die Völker des fernen Ostens beherrschte. In einem derartigen Programm finden unsere Ideale der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die von der ganzen Welt gefordert werden, keinen Platz. Sie würden verdrängt durch das Machtideal, durch den Grundsatz, daß der Starke den Schwachen regiert . . . Die Völker der Welt würden dem Schutz und der Herrschaft jener unterworfen werden, die die Macht haben. Wenn ein derartiges Programm einmal ausgeführt ist, dann müßten Amerika und alle, die sich an seine Seite stellen, sich bewaffnen und vorbereiten, um zu kämpfen für die Freiheit der Welt und gegen die Herrschaft, unter der die Rechte der Bürger, die Rechte der Frauen und die Rechte aller, die schwach sind, mit Füßen getreten werden. . . .
Selbst in diesem Augenblick wünsche ich kein hartes und kein ungerechtes Urteil auszusprechen. Ich beurteile allein das, was die deutschen Waffen in ihrer unbarmherzigen Gründlichkeit vernichtet haben. Was haben wir nun zu tun? Was mich betrifft, so war ich bereit und bin selbst jetzt noch bereit, über einen redlichen, gerechten und ehrenvollen Frieden zu sprechen, wenn dieser aufrichtig gemeint ist, ein Friede, bei dem die Starken und die Schwachen gleich behandelt werden. Als ich jedoch einen derartigen Frieden gefordert hatte, kam die Antwort der deutschen Heerführer aus Rußland, und ich kann diese Antwort nicht mißverstehen. Ich nehme die Herausforderung an, und ich weiß, daß auch Sie sie annehmen. Die ganze Welt soll wissen, daß Sie diese Herausforderung angenommen haben. Deutschland hat wiederum gezeigt, daß allein die Gewalt zu entscheiden hat. Es fragt sich, ob Recht und Friede in den Beziehungen der Menschen herrschen soll, ob das Recht, wie Amerika will, oder der Zwang, wie ihn Deutschland anstrebt, das Los der Menschheit bestimmen soll. Von unserer Seite ist daher nur eine Antwort möglich: GEWALT, äußerste Gewalt, Gewalt ohne Grenzen, eine gerechte und triumphierende Gewalt, die ein gerechtes Gesetz in die Welt bringt und jede selbstsüchtige Herrschaft niederwirft!"[88])

Auch für die publizistische Abwehr dieser Rede sind von den amtlichen Pressestellen keinerlei Richtlinien gegeben worden. Ein Teil der Presse begnügt sich mit dem Abdruck des vom Wolff'schen Tele-

[88]) Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 571—573.

grafenbüro stammenden Kommentars, ohne die Rede nochmals selbständig zu kommentieren. W.T.B. schrieb zu der Rede:

„Diese Rede stellt die geschichtlichen Vorgänge auf den Kopf. Alle Welt weiß, daß der gewaltige Kampf, der jetzt im Westen durchgefochten wird, die Folge des Kriegswillens der Entente ist. Deutschland hatte seine Bereitschaft zu Verhandlungen unmißverständlich erklärt. Die Entente hat es anders gewollt. Wäre es Wilson ehrlich um Frieden und Vermeidung weiteren Blutvergießens zu tun gewesen, so hätte er seine Bundesgenossen entsprechend beeinflussen sollen. Statt dessen hat er nichts getan, um die Versailler Beschlüsse zu verhindern. Seine alten Tiraden über Recht und Gerechtigkeit sind durch das Vorgehen gegen Holland erneut widerlegt worden[89]). Zwischen seinen Worten und Taten klafft der Zwiespalt immer weiter. Jetzt ruft er unverhüllt die äußerste Gewalt auf. Damit spricht er endlich klar aus, was die amerikanische Politik und die seiner Bundesgenossen bedeutet: Gewalt gegen alles was sich ihnen in den Weg stellt. Deutschland wird sich das Joch der Gewalt nicht auflegen lassen. Dafür kämpft es seinen heroischen Krieg. Wilsons Rede war eine Anleiherede. Sie ist die beste Propaganda für unsere Kriegsanleihe. Denn sie zeigt was ein verlorener Krieg für Deutschland bedeuten würde."

Ein großer Teil der Presse versäumt es jedoch nicht, die neue Wilson-Rede mit selbständigen Kommentaren zu versehen, die sämtlich auf den unverhüllten Vernichtungswillen Wilsons hinweisen und die Unmöglichkeit betonen, nach dieser Rede noch zu einer Verhandlungsbasis mit dem Präsidenten zu kommen. Selbst die marxistischen und liberalen Blätter geben bei diesem schroffen Wechsel der Wilsonschen Tonart ihren Glauben an die Friedenswilligkeit des Präsidenten auf. So schreibt der „Vorwärts":

„Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltwirren zu sehen, als der erhoffte volle deutsche Sieg im Westen. Wilson, der unbestrittene Führer der Entente, will den Frieden von Brest-Litowsk nicht anerkennen und stellt Deutschland vor die Wahl, entweder vor seinen Gewaltdrohungen zurückzuweichen oder den Gewaltkampf aufzunehmen. So ist die Entwicklung des Weltkriegs auf eine zwangsläufige Bahn gedrängt, auf der nur noch die Entscheidung der materiellen Machtmittel gilt."[90])

Die nackte Wahrheit sei, schreibt das „Hamburger Echo", daß die Feinde Deutschlands, mit Wilson an der Spitze, keine Friedenskonferenz wünschten, auf der Deutschland als militärischer Sieger auftreten könne; „erst soll es sich für besiegt erklären, ehe sie mit ihm verhandeln wollen". Je mehr gerade Amerika den Krieg nicht nur mit Geld und Granaten, sondern auch mit Menschen führe, desto mehr werde vor aller Welt enthüllt werden, „wie sehr es nur eine Gewaltpolitik treibt und vom Recht lieber ganz schweigen sollte." Wilsons Rede lege außerdem den Gedanken nahe, ob nicht mit einzelnen Staaten wie Belgien, Frankreich und Italien eine Verständigung

[89]) Durch einen Erlaß vom 20. März 1918 hatte Präsident Wilson das Marinedepartement ermächtigt, die Beschlagnahme der in den amerikanischen Territorialgewässern befindlichen niederländischen Handelsschiffe zu veranlassen, ein Schritt, mit dem Wilson dem immer größer werdenden Mangel an Schiffsraum zu begegnen suchte. s. Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 570. —

[90]) V. 8. 4. 1918.

erzielt werden könnte, die zwar nicht den frommen Wünschen der englisch-amerikanischen Weltbeherrscher, wohl aber dem Wunsche der Völker Europas entsprechen würde.[91])

Zu einer energischeren Sprache entschließt sich nun sogar die „Frankfurter Zeitung". Obwohl Graf Hertling Wilson am 25. Februar zu Verhandlungen aufgefordert habe und direkte Vorschläge für die Anknüpfung von Gesprächen gemacht habe, obwohl Czernin ihn am 2. April nochmals zu Verhandlungen aufgefordert habe[92]), sei Wilson weder auf diese Vorschläge eingegangen, noch habe er seinerseits weiterführende formuliert.

„Vielleicht will er tatsächlich nicht mit einem unbesiegten Deutschland zum Frieden kommen. Vielleicht kann er nicht weitergehen, gebunden durch die noch immer aggressive Politik seiner Ententegenossen."

Jedenfalls diene die neue Rede nicht dem Frieden, sie zeige nur, daß Deutschlands Aufgabe und seine Friedenshoffnung auf den Schlachtfeldern im Westen liege.[93])

Die „Vossische Zeitung" fühlt sich durch die Wilson-Rede zu ihren gewohnten Angriffen auf die deutsche ‚Ostpolitik' veranlaßt. Die deutsche Politik habe sich zunächst — als Amerika noch neutral war — durch Wilson dupieren lassen. Denn Wilson sei es vor allem gewesen, der zur Zeit Bethmann-Hollwegs Deutschland mit allen Mitteln zu seiner bisherigen Ostpolitik gedrängt habe. Durch seinen früheren Botschafter Gerard habe er Deutschland dahin beeinflußt, gegen Osten Gebietserweiterungen anzustreben und sich dort für alles schadlos zu halten, was ihm die Westmächte versagen würden. Nachdem nun in Brest-Litowsk unter deutscher Führung ein deutsch-russischer Friede geschlossen worden sei, der im Osten einen chaotischen Zustand der Unsicherheit geschaffen und dem Deutschen Reich keinerlei realen politischen Gewinn gebracht habe, nehme jetzt Wilson den Ostfrieden zum Ausgangspunkt eines diplomatischen Feldzuges, „dessen Resultat die Aufpeitschung der Alliierten, insbesondere Frankreichs, gegen Deutschland und die Revision der Brester Abmachungen sein soll." All dies sei zu erwarten gewesen und zeige eine konsequente Linie amerikanischer Politik. Über eines aber müsse man sich nun klar sein: angesichts der großen Unsicherheit der deutschen Stellung im Osten würde es die größte Gefahr für das Deutsche Reich bedeuten, „sich nach Westen hin unter allen Umständen verständigen zu müssen". Der Zustand innerer Friedlosigkeit, den Brest-Litowsk im Osten geschaffen habe, fordere im Westen einen Frieden des deutschen Sieges.[94])

In einem „Wilson der Gewaltpolitiker" überschriebenen Artikel meint die „Kölnische Volkszeitung":

---

[91]) H.E. 9. 4. 1918.
[92]) Zur Rede Czernins vom 2. 4. 1918 s. Fester, a.a.O. S. 237 ff.
[93]) F.Z. 8. 4. 1918.
[94]) V.Z. 8. 4. 1918.

„Noch selten dürfte ein Staatsmann in verantwortlicher Stellung so sehr alle Selbstbeherrschung verloren haben, daß er sich zu so brutaler Redeweise hinreißen ließ. Man darf diese Tonart ruhig als ein Erzeugnis der Verlegenheit bezeichnen, zu dem Wilson greifen muß, weil er sonst nicht mehr weiterkommt."

Wilson sei nun einmal der Geschäftsprokurist des großen amerikanischen Weltkriegsgeschäftes, der Beauftragte von Wallstreet, der große Exponent des amerikanischen Kriegsgewinntrustes.

„Was Wilson Deutschland vorwirft, die Errichtung eines ‚Weltreiches der Gewalt und Gewinnsucht', ist gerade das was er und seine Hintermänner mit einer Beharrlichkeit anstreben, an welcher nur die Folgerichtigkeit bewunderswert ist. Aber dieses nordamerikanische ‚Weltreich der Gewalt und Gewinnsucht' wird für England und Frankreich gefährlicher sein als für Deutschland."[95])

Abschließend sei der Kommentar der „Deutschen Tageszeitung" zitiert:

„Wilsons Rede bildet eine einzige Kette von Lügen. Das einzig Wahre ist sein Appell an die ‚Gewalt ohne Maß und Grenzen'. Der weltfremde Professor, wie man ihn selbst heute noch hier und da in Deutschland bezeichnet, . . . ist ein geriebener Geschäftspolitiker, ein Meister der demagogischen und pseudoidealistischen Phrase."

Wilsons Reden, von der ersten bis zu dieser letzten, hätten in Wirklichkeit aber nie etwas Neues gebracht, sondern nur unter wechselnden Formen das Leitmotiv seiner Politik zu verschleiern getrachtet:

„daß das Deutsche Reich als Festlandsmacht, als Seemacht und als Wettbewerber auf dem Weltmarkte ausgeschaltet werden solle. Wenn möglich mit geringen Kosten, wenn nötig um jeden Preis."[96])

Der brutale Vernichtungswille Wilsons, wie er in der Rede vom 6. April zum Ausdruck kam, hat also ohne Zweifel in der deutschen Öffentlichkeit aufklärend gewirkt und hat für einige Zeit die Illusionen zerstört, die ein Teil der deutschen Presse in Bezug auf den Friedenswillen des Mannes aus dem Weißen Hause hegte.

In gleicher Weise aufklärend wirkte auf die öffentliche Meinung eine neue Ansprache, die Wilson am 4. 7. 1918 gehalten hat. Aus der Kriegszielrede des Präsidenten am Grabe Washingtons seien nur die vier neuen Programmpunkte zitiert. Sie zeigen die gleiche Ungenauigkeit und absichtliche Verschwommenheit des Stils, die schon die fünf Prinzipien vom 11. Februar aufgewiesen hatten:

„Die Endzwecke, für welche die vereinigten Völker der Welt kämpfen und welche ihnen zugestanden werden müssen, ehe es Frieden geben kann, sind folgende: 1. Vernichtung jeder willkürlichen Macht, wo immer sie sei, die für sich allein, im geheimen und nach eigenem Entschluß, den Frieden der Welt stören kann; oder wenn sie z. Zt. noch nicht vernichtet werden kann, zum wenigsten ihre Herabdrückung zur tatsächlichen Machtlosigkeit. 2. Die Regelung jeder Frage, sowohl in bezug auf Gebiet oder Oberhoheit, auf wirtschaftliche Abmachungen oder auf politische Beziehungen muß erfolgen auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das unmittelbar davon betroffene interessierte Volk; nicht auf der Grundlage des materiellen Nutzens oder Vorteils irgend-

[95]) K.V. 8. 4. 1918.
[96]) D.T. 8. 4. 1918.

einer anderen Nation oder eines anderen Volkes, die eine andere Regelung zur Ausbreitung ihres Einflusses und ihrer Herrschaft wünschen mögen. 3. Die Zustimmung aller Nationen, in ihrem gegenseitigen Verhalten von denselben Grundsätzen der Ehre und der Achtung für das gemeinsame Gesetz der zivilisierten Gesellschaft geleitet zu werden, welche die einzelnen Bürger aller modernen Staaten in ihren Beziehungen zueinander leiten, dergestalt, daß alle Versprechen und Übereinkommen gewissenhaft beobachtet, keine Geheimanschläge oder Verschwörungen ausgeheckt, keine selbstsüchtigen Verletzungen straflos begangen werden können und gegenseitiges Vertrauen auf der festen Grundlage der allgemeinen Achtung des Rechtes geschaffen wird. 4. Begründung einer Friedensorganisation, welche die Gewißheit verschafft, daß die vereinigte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhindern wird und helfen wird, den Frieden und die Gerechtigkeit durch ein höchstes Gericht der öffentlichen Meinung zu sichern, dem sich alle unterwerfen müssen und durch das alle internationalen Berichtigungen, die von den unmittelbar betroffenen Völkern nicht auf freundschaftlichem Wege erledigt werden können, verbürgt werden sollen."[97])

Diese Rede Wilsons stößt noch einmal auf die geschlossene Ablehnung der deutschen Presse. Am 8. Juli schreibt die „Neue Preußische Zeitung":

„Wir hegen nur den Wunsch, daß diese Rede dazu beitragen möge, daß Wilson endlich überall, vor allem aber auch von den Leitern unserer Politik als das eingeschätzt werde, was er wirklich ist, als ein verschlagener Heuchler und nicht als ein, wenn auch doktrinärer, so doch aufrichtiger und ernstzunehmender Mann."

Die durch die Beschlagnahme der norwegischen Schiffsbauten begangenen Rechtsbrüche zeigten, daß Wilson auch durch die Tat die von ihm aufgestellten Grundsätze . . . verletzt habe und verletze[98]).

Wilson habe, schreibt die „Deutsche Tageszeitung", klar ausgedrückt, daß alle seine Ziele, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker in bezug auf alle Fragen territorialer Natur, der Souveränität, des wirtschaftlichen und politischen Gebietes, wie die Einrichtung eines Völkerbundes und die Schaffung einer Friedensorganisation als Voraussetzung die Vernichtung der deutschen Macht hätten.

„Dies möchten wir besonders den Anhängern der sogenannten Verständigung in Deutschland nahelegen, welche sich jedesmal freudig berührt fühlen, wenn feindliche Minister von einem Völkerbunde nach dem Kriege und von ähnlichen schönen Dingen sprechen."[99])

Außerordentlich scharf äußert sich die „Deutsche Zeitung". Wenn Wilson in Deutschland „als ein etwas verbohrter, aber ehrlicher Professor" gegolten habe, so offenbare seine neueste Kriegszielrede

---

[97]) Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 579—582.

[98]) N.P.Z. 8. 7. 1918. Am 23. April 1918 hatte Reuter aus Washington gemeldet, das Schiffahrtsamt habe 400 000 To. norwegischen Schiffsraumes zur Verwendung auf ungefährlichen Linien „gechartert"; „vornehmlich für den Handel mit den südamerikanischen Häfen, wodurch amerikanische Schiffe für Fahrten in das gefährliche Gebiet frei werden." s. Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 575.

[99]) D.T. 7. 7. 1918.

„die Verlogenheit und Gemeingefährlichkeit dieses Angestellten des amerikanischen Großkapitals"[100]).

Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt:

„Irgendwelche neuen Gesichtspunkte bringt das Kampfgeschrei des längst entlarvten Friedensapostels nicht bei. Widerlich und abstoßend wirkt nur die Art, mit der dieser Erzheuchler die machtpolitischen Ziele der Vereinigten Staaten immer wieder mit den verlogenen Redensarten von Freiheit der Völker und Fortschritt der Menschheit versieht. Als typischer Neu-Engländer trieft der Mann von Moral und Gerechtigkeit genau so wie Cromwell die blutigsten Greuel seines Jahrhunderts mit frommen Bibelsprüchen rechtfertigte."

Die „Kölnische Volkszeitung" schließt mit dem Ausruf: „Heuchelei und Brutalität, dein Name ist Wilson."[101])

„Germania" fragt, was das Friedensgerede Wilsons für einen Zweck habe, wenn er die Losung auf Leben und Tod ausgebe.[102])

Die „Vossische Zeitung" hält eine Einigung über die „idealen Bedingungen" des Präsidenten für leicht zu erzielen. Deutschland werde sich hinsichtlich der Abrüstungsfrage genau so verhalten wie England hinsichtlich seiner Flotte und Japan hinsichtlich seiner Landarmee. Der vom Präsidenten vertretene Grundsatz der Freiheit der Meere würde es, meint das Blatt, wohl kaum vertragen, daß die Flotte eines einzigen Staates im Bunde mit auch nur einer zweiten Nation, die er dem Völkerbund abtrünnig machen könnte, die ganze Welt aus dem Gleichgewicht zu reißen vermöchte. Zur Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten meint die „Vossische Zeitung", daß das Deutsche Reich daran am wenigsten interessiert sei. Präsident Wilson könne aber, heißt es ironisch, die internationalen Friedensgespräche sehr abkürzen, wenn er mitteile, wie sein Verbündeter England die irische und die indische Frage zu lösen gedenke. Die Errichtung des Völkerbundes schließlich würde eng mit der Abrüstungsfrage zu verbinden sein.

Wichtiger aber, als diese idealen Forderungen, seien die realen Kriegsziele, über die Wilson schweige. Es sei praktisch nur dann möglich, zum Frieden zu kommen, wenn Frankreich und Italien sich jeder mit seinem Grenznachbarn — Deutschland und Österreich-Ungarn — ohne Hinzuziehung irgendwelcher anderen Mächte über ihre zukünftige Grenzziehung einigten.

„Jede Einmischung Dritter beschleunigt hier nicht den Frieden, sondern verlangsamt seine Herbeiführung. Ebenso muß Deutschland mit Belgien und Österreich-Ungarn mit Serbien verhandeln. Ferner wird das Deutsche Reich sich wegen der Revision des Brester Friedens mit dem zukünftigen russischen Machtfaktor auseinandersetzen."

Dann blieben nach Meinung der „Vossischen Zeitung" folgende Friedensbedingungen übrig:

„Sämtliche deutschen Kolonien werden zurückgegeben, Belgien wird völlig als unabhängiger, selbständiger Staat wieder hergestellt, alle Kauf-

[100]) D.Z. 7. 7. 1918.
[101]) K.V. 5. 7. 1918.
[102]) G. 7. 7. 1918.

leute der Mittelmächte, die in Übersee aus ihrem Eigentum verdrängt wurden, werden ungeschmälert in ihren früheren Besitz wieder eingesetzt. England räumt bedingungslos die von ihm besetzten türkischen Gebiete und auch Persien wird von englischen Truppen geräumt. Diese Friedensbedingungen sind in keinem Betracht amtlich approbiert. Aber es wäre trotzdem von allergrößtem Wert für die Klärung dessen, was Deutschlands Feinde eigentlich wollen, wenn die feindliche Presse sich einmal klar darüber äußerte, ob derartige Bedingungen — die das deutsche Volk . . . als in gar keinem Verhältnis zu seinen Waffenerfolgen stehend empfinden müßte — wenigstens auf glatte Annahme bei den Gegnern rechnen könnten."

Sollte das nicht der Fall sein, schließt die „Vossische Zeitung", so wäre jede Kraft verschwendet, die noch an irgendwelche Friedensrederei gesetzt würde.[103])

Das „Berliner Tageblatt" nennt die vier Bedingungen Wilsons so verschwommen, „daß man nur durch Nebelschleier zu erraten vermag, was der Redner eigentlich meint". Im Prinzip seien alle vier Forderungen anzuerkennen. Es liegt in ihnen nichts, was die Welt hindern könnte, Frieden zu schließen.[104])

Selbst die „Frankfurter Zeitung" gibt diesmal die Schwäche der Wilsonschen Argumente zu. Seine Bedingungen seien derart allgemein gehalten, daß damit für eine wirkliche Beendigung des Krieges, die doch an bestehende Verhältnisse anknüpfen müßte, nicht viel anzufangen sei:

„Hinter diesen Sätzen verbirgt sich . . . natürlich ein Sinn, dessen Richtung gegen Deutschland und seine Verbündeten geht. Wenn aber diese schönen Grundsätze wirklich aufrichtig gemeint sind, dann muß man wohl annehmen, daß Wilson nicht bloß die Vormachtstellungen der Mittelmächte, sondern auch die der Entente, also Amerikas Stellung in Kuba, Portorico und den Philippinen, Frankreichs Stellung in Marokko, Englands Verhältnis zu Indien, Ägypten, Mesopotanien und der Türkei beseitigen will. Will er aber diese Vormachtstellungen weiter bestehen lassen . . ., dann wird man ihm doch sagen müssen, daß diese idealen Forderungen lediglich den Zweck haben, die dauernde . . . Niederhaltung Deutschlands äußerlich den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Freiheit . . . anzupassen, welche die Machthaber der Entente, vor allem Herr Wilson, dauernd im Munde führen."[105])

---

[103]) V.Z. 8. 7. 1918. In bezug auf diesen Artikel der V.Z. ist folgende Nachricht erwähnenswert, die das Blatt bald darauf gebracht hat. Es heißt dort, es sei von dem zur Zeit in Paris erscheinenden belgischen Regierungsblatt mitgeteilt worden, daß der Artikel der Vossischen Zeitung vom 8. 7., in dem die Anregung zu internationaler Pressediskussion über die Friedensfrage gemacht worden war, in Frankreich überhaupt nicht abgedruckt werden durfte. Da die französischen Grenzen für fremde Zeitungserzeugnisse vollkommen gesperrt seien, meint die V.Z., und auch in England und Amerika nur wenige Auserwählte den Inhalt des deutschen Nachrichtenmaterials erführen, müsse das Urteil der deutschen öffentlichen Meinung über die Stimmung der Massen in den Entente-Ländern vollkommen schief sein. Dinge, von denen man hier annimmt, daß sie in das Bewußtsein der fremden Massen eingedrungen seien, seien der Mehrzahl jener Völker gänzlich unbekannt (V.Z. 22. 7. 1918).

[104]) B.T. 6. 7. 1918.

[105]) F.Z. 6. 7. 1918.

Auch die marxistische Presse beider Richtungen lehnt Wilsons Rhetorik ab. Wilson nehme das Richteramt über andere Nationen in Anspruch, schreibt das „Hamburger Echo", und tue es mit all den wohlklingenden Phrasen, die schon die Väter der Union in ihrer Erklärung der Menschenrechte zu drechseln verstanden hätten. Aber auch die jetzt von Wilson proklamierten Völkerrechte würden nichts daran ändern, daß nur die von den Siegern im Weltkrieg aufgestellten Grundsätze respektiert werden würden, auch wenn sie auf nichts weiter als auf Macht und Willkür beruhten. „Darum verschmäht ja Wilson jeden Vergleich, jede Vereinbarung, die nur auf halben Entscheidungen, also auf Verständigung beruht."[106])

Sogar die „Leipziger Volkszeitung" ist dieses Mal skeptisch:

„Die Rede Wilsons . . . ist ein effektvolles Schaustück demokratischer Rhetorik. Sie enthält sehr schöne menschenfreundliche Grundsätze, die sich nur seltsam ausnehmen im Rahmen einer wilden Kriegsrede. Wir können die Frage unerörtert lassen, ob Herr Wilson der himmelblaue Idealist ist, als der er sich in diesen Reden gibt; aber sicherlich müßte der ein sehr naiver Mensch sein, der da glauben wollte, daß die Kräfte, die die Vereinigten Staaten in den Krieg getrieben haben und darin festhalten, nichts weiter als Äußerungen dieses Idealismus, dieses Gerechtigkeitsfanatismus seien. Wir Sozialdemokraten sind vor solcher Überschätzung der Regierung eines bürgerlichen Staates . . . geschützt. Wir stehen deshalb auch den Versicherungen der verschiedenen Staatsmänner, die als das Ideal des Krieges ein Zeitalter der Gerechtigkeit und des dauernden Friedens hinstellen, sehr zweifelhaft gegenüber. Die Interessen der herrschenden Gruppen . . . werden über diese schönen Gedanken . . . wie eine große Dampfwalze . . . hinweggehen."[107])

6. Die Außenpolitik der deutschen Presse während der militärischen Krise.

Mit dem „dies ater" der deutschen Armeen, dem 8. August 1918, wo zum ersten Mal alliierte Truppen in die deutschen Linien eindrangen, begann der Umschwung der militärischen Lage zu ungunsten der Mittelmächte, der Anfang September die Oberste Heeresleitung zwang, die gesamte deutsche Westfront in die Siegfried-Stellung zurückzunehmen.[108])

Es interessieren in diesem Zusammenhang lediglich die Wirkungen, die diese Veränderung der militärischen Lage auf das Verhältnis von Außenpolitik und Öffentlichkeit, oder enger gefaßt von Außenpolitik und Presse, ausgeübt hat. Um diese Wirkungen in ihren erschreckenden Ausmaßen verständlich zu machen, sollen noch einmal kurz die wesentlichen Probleme der deutschen Außenpolitik, wie sie

[106]) H.E. 6. 7. 1918.
[107]) L.V.Z. 8. 7. 1918.
[108]) v. Hindenburg: „Aus meinem Leben", Berlin 1919, S. 358—365.

sich im Jahre 1918 zeigten, im einzelnen behandelt werden. Die entscheidenden Fragen, die dabei gestellt werden müssen, sind: wie sah die deutsche öffentliche Meinung (in diesem Fall die Presse) die einzelnen Probleme?, sah sie sie überhaupt?, konnte sie sie sehen?, d. h. besaß sie die erste Voraussetzung jeder außenpolitischen Urteilsfähigkeit, besaß sie die Kenntnis der Fakten und der inneren Zusammenhänge? Die zentralen Probleme der deutschen Außenpolitik hießen: Elsaß-Lothringen, Belgien, Brest-Litowsk und die Ostfragen, das deutsch-österreichische Bundesverhältnis, die deutschen Kolonien.

Was Elsaß-Lothringen anlangt, so hat die deutsche Presse während des ganzen Krieges geschlossen sich geweigert, in dieser Frage überhaupt ein außenpolitisches Problem zu sehen. Elsaß-Lothringen ist bis zum Ende des Krieges für die Presse wie für die Regierung eine innenpolitische Frage gewesen. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur insofern, als besonders die liberale und marxistische Presse (z. B. Vorwärts und Berliner Tageblatt)[109]) für die Verleihung bundesstaatlicher Rechte an Elsaß-Lothringen eintrat, während die konservativen Teile der Presse sich gegen eine solche Regelung wandten und in ihr Gefahren für die innere Einheit des Reiches erblickten.

Die belgische Frage ist besonders im letzten Jahre des Krieges die außenpolitische Frage gewesen, die in der Presse am erbittertsten umstritten worden ist, und hinter der Fragen von ungleich größerer Bedeutung — wie es zweifellos die Ostfragen waren — an Interesse oft weit zurücktraten. Zu erklären ist diese Tatsache zu einem großen Teil durch die Propaganda der Entente, insbesondere Englands, dessen Staatsmänner es in keiner ihrer Reden versäumten, die Wiederherstellung der belgischen Souveränität als angeblich wichtigstes Kriegsziel Englands zu bezeichnen. In Deutschland ist es besonders die marxistische und liberale Presse gewesen, die die wirkliche politische Bedeutung der belgischen Frage stets überschätzt hat, und deren Blätter sich von einer „eindeutigen Erklärung" der deutschen Regierung über Belgien (die die uneingeschränkte Zusicherung der Wiederherstellung der belgischen Souveränität hätte enthalten müssen) eine entscheidende Schwächung der moralischen Kampfkraft beim englischen Gegner versprachen. Es waren dies jene bereits erwähnten anglophilen Teile der Presse, die an den Vernichtungswillen der englischen Politik auch im vierten Kriegsjahr noch nicht glauben wollten, insbesondere die „Frankfurter Zeitung" und das „Berliner Tageblatt". Auf der anderen Seite wandte die konservative Presse sich gegen jede Erklärung der deutschen Regierung über Belgien, die auch nur den Anschein einer Konzession an die englischen Forderungen machen konnte.[110])

Die ganze Schärfe des Gegensatzes trat noch einmal im Juli 1918 hervor, als Graf Hertling vor dem Hauptausschuß des Reichstages

[109]) B.T. 28. 2. 1918.

[110]) s. o. Stellungnahme der Rechtspresse zu den Hertling-Reden v. 24. 1. u. 25. 2. 1918.

nochmals eine kurze Erklärung über Belgien abgab[111]). Völlig unvereinbar stehen sich angesichts dieser Äußerungen des Kanzlers die Ansichten der Presse gegenüber. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

„Gerade wir, die wir seit Jahr und Tag in der belgischen Frage Klarheit verlangt haben, begrüßen die programmatische Kundgebung der Reichsregierung aufrichtig."

Sie werde friedensfördernd wirken und den feindlichen Machthabern ihre Arbeit erschweren, Deutschland dauernd weit ausgreifende Eroberungspläne unterzuschieben.[112])

Die belgische Frage sei die Hauptfrage im Westen, meint das „Berliner Tageblatt", sie sei jedoch für niemanden außerhalb Deutschlands ein Problem, sondern lediglich eine Rechtsfrage.[113])

Die „Deutsche Tageszeitung" aber sagt:

„Unter dem Drängen der Linken, sich festzulegen, um die Stellung des Deutschen Reiches nach außen zu schwächen und zu kompromittieren, hat der Reichskanzler die Erklärung über die deutsche Politik und die Ziele hinsichtlich Belgiens abgegeben. Wir bedauern diese Erklärung."[114])

Aus dem gleichen Grunde bedauert die „Deutsche Zeitung" die Erklärung und meint, die Bedeutung der belgischen Frage sei so groß,

„daß sie in keinem Verhältnis zu den übrigen Fragen steht, die beim Abschluß des Friedens zu lösen sind."[115])

Die kurzen Kommentare zeigen deutlich, in welchem Maße die Bedeutung der belgischen Frage als Friedensproblem von Blättern entgegengesetzter Richtung in gleicher Weise überschätzt worden ist. Sie zeigen weiter, welche Unklarheit in der Presse über die tatsächlichen Absichten der Regierung in bezug auf Belgien bestanden haben muß. Wäre die Presse in dieser Frage von den Behörden im Sinne der Regierungsabsichten klar instruiert worden, so hätten derartige einander ausschließende Ansichten nicht den Weg in die Öffentlichkeit finden können und hätten nicht dazu beigetragen, das außenpolitische Denken des Volkes unaufhörlich zu verwirren.

Die Stellung der Presse zum Frieden von Brest-Litowsk und den Ostfragen war von Anfang an außerordentlich widerspruchsvoll ge-

---

[111]) Graf Hertling sagte u. a.: „Was die Zukunft Belgiens betrifft, so bedeutet . . . die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, daß wir ein Faustpfand für die zukünftigen Verhandlungen haben. Im Begriff des Faustpfandes liegt es, daß man das, was man als Faustpfand in der Hand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt haben. Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu behalten. Wir wünschen . . ., daß das nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, mit uns in guten freundschaftlichen Verhältnissen lebe." Europäischer Geschichtskalender, 1918, 1. Teil, S. 241.

[112]) F.Z. 14. 7. 1918.

[113]) B.T. 12. 7. 1918.

[114]) D.T. 13. 7. 1918.

[115]) D.Z. 13. 7. 1918.

wesen. Auch hier waren die Widersprüche — wie oben gezeigt worden ist — im wesentlichen die Folgen unzureichender Information. Diese Unklarheit ist auch nach Abschluß des Vertrages nicht geringer geworden. Streitigkeiten über die Verfassungsform der neu zu schaffenden Randstaaten, über ihr zukünftiges staatsrechtliches Verhältnis zum Deutschen Reich, über Thronkandidaturen rivalisierender deutscher Dynastien füllen während des ganzen Sommers 1918 die außenpolitischen Leitartikel der Presse[116]) und tragen dazu bei, auch die innerpolitischen Gegensätze zu vertiefen. Eine Klärung der Situation durch die Pressebehörden, die allein den Zwist hätte beseitigen können, ist auch hier nicht erfolgt. In den Pressebesprechungen des Kriegspresseamtes ist während des ganzen Sommers die alte Forderung nach Klarheit über die außenpolitischen Ziele — besonders über die nach Osten sich richtenden — von den Pressevertretern immer dringender erhoben worden; und dies immer wieder mit dem Hinweis, daß die Presse ohne Kenntnis der faktischen Grundlagen publizistisch einfach nicht führend sein k a n n. „Deshalb sollte uns mitgeteilt werden, was mit den Randstaaten geschehen soll", bemerkt am 23. 6. der Vertreter der „Vossischen Zeitung"[117]). Ein paar Tage später heißt es:

„Das vermissen wir leider, daß wir in die Ziele und Zwecke der Gesamtpolitik und einzelner Regierungshandlungen nicht so eingeführt werden, wie wir es nach unserer Auffassung verlangen können, und dies nicht in u n s e r e m Interesse, sondern im Interesse des gedeihlichen Zusammenarbeitens."[118])

Die anhaltende außenpolitische Unsicherheit in der Presse kommt besonders in der Behandlung der polnischen Frage in der ersten Hälfte des Jahres 1918 zum Ausdruck. Ein Teil der Linkspresse tritt ein für möglichst weitgehende Gewährung des „Selbstbestimmungsrechtes" an die von Rußland gelösten polnischen Gebiete[119]) und glaubt, mit Schlagworten die ganze Problemfülle des östlichen Raumes lösen zu können. Blätter wie die „R h e i n i s c h - W e s t f ä l i s c h e Z e i t u n g" und die „D e u t s c h e T a g e s z e i t u n g" lehnen jede Konzession an die nationalen Bestrebungen der Polen ab[120]), ohne sich darüber zu äußern, wie sie sich die verfassungsrechtliche Stellung der Polen im deutschen Reichsverband vorstellen. Erbitterte Diskussionen erheben sich um die sogenannte „austropolnische Lösung", die besonders vom Grafen Burian[121]) erstrebt worden ist, und verursachen

[116]) F.Z. 13. 3. 1918, 24. 4. 1918, 1. 5. 1918; V.Z. 14. 5. 1918.

[117]) Akten des Kriegspresseamtes, Pressebespr. v. 23. 6. 1918.

[118]) Akten des Kriegspresseamtes, Pressebespr. v. 25. 6. 1918.

[119]) F.Z. 15. 6. 1918.

[120]) Rh.-W.Z. 18. 6. 1918; D.T. 15. 6. 1918.

[121]) Graf B u r i a n, seit April 1918 österreichisch-ungarischer Außenminister, vertrat bis in den Herbst hinein den austropolnischen Gedanken, d. h. die Vereinigung Kongreßpolens mit den polnischen Gebieten Österreichs zu einem geschlossenen polnischen Block innerhalb des österreichisch-ungarischen Reichsverbandes.

in einer Anzahl von Blättern eine mißtrauische und gereizte Stimmung gegenüber dem österreichischen Bundesgenossen.

Die andauernde Labilität der östlichen Verhältnisse, die Unübersichtlichkeit der deutsch-russischen Beziehungen und die Unkenntnis über die offiziellen politischen Absichten hat nun im Laufe des Sommers 1918 dazu geführt, daß ein wachsender Teil der deutschen Presse im Frieden von Brest-Litowsk und seinen Regelungen immer mehr lediglich ein Provisorium sah und endgültige Entscheidungen über das politische Kräfteverhältnis im Osten erst in einem allgemeinen Friedensschluß erwartete. Darüber hinaus erstreben einzelne Blätter nichts Geringeres als die Revision des Brester Friedens. Neben zahlreichen Blättern der marxistischen Presse sind es besonders die „Neue Preußische Zeitung" und die „Vossische Zeitung" gewesen, die in den Brester Festsetzungen nur eine vorläufige Regelung zu sehen wünschten. So schreibt die „Neue Preußische Zeitung" am 5. 6. 1918, aus der Unübersichtlichkeit und Problemfülle der östlichen Verhältnisse folge die Notwendigkeit einer deutschen Politik, die davon absieht, „irgendwo Entscheidungen zu treffen, die uns endgültig binden." Oberstes Kriegsziel bleibe, die erneute Bildung einer gegnerischen Koalition zu verhindern, die erst eben durch die Ostfriedensschlüsse gesprengt sei und auf deren Wiederbelebung die Entente hinarbeite.

> „Darum darf der Krieg bei seinem Ausgange nicht vitale Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland hinterlassen. Denn er ist für uns politisch verloren, wenn er nicht die Voraussetzungen für eine Konstellation schafft, die England und Amerika matt setzt, Japan im fernen Osten von ihnen löst und uns die Landbrücke über Asien hin nach dem Fernen Osten öffnet."

Dies sei Aufgabe der Ostpolitik und Grundlage deutscher Weltpolitik[122]).

Am 10. 7. heißt es in der „Neuen Preußischen Zeitung": England, das wisse, was ein gutes Verhältnis Deutschlands zu Rußland weltpolitisch bedeuten würde, arbeite auf weite Sicht. Es suche die gegenrevolutionären Kräfte in Rußland an sich zu fesseln und gleichzeitig die Bolschewiki zu stürzen. Deutschland könne aber seine Ostpolitik nicht gegen Rußland und England zugleich durchführen. Darum dürfe die deutsche Politik sich nicht mit endgültigen Entscheidungen im Osten, auch nicht in den Erörterungen über den Frieden von Brest festlegen, von denen sie nicht wieder herunterkönnte und die ihr Waffen raubten, mit denen sie den Bestrebungen Englands in Rußland entgegentreten könnte:

> „Es ist nicht möglich, unsere Randstaatenpolitik zu treiben, und die Beziehungen zur Ukraine . . . zu pflegen, ohne daß wir uns Rechenschaft geben, wie wir zu Großrußland stehen; wie wir dessen Druck in der Flanke begegnen wollen, der von dort aus unter allen Umständen . . . auf uns lasten wird."[123])

[122]) N.P.Z. 5. 6. 1918.
[123]) N.P.Z. 10. 7. 1918.

Am 24. 7. weist die „Neue Preußische Zeitung" auf die Politik Wilsons gegenüber Rußland hin, die Rußland unter Nichtanerkennung des Brester Friedens unterstütze, mit der Absicht,

„durch Wiederherstellung des alten Rußland — wenn auch in neuer Staatsform — seinem Völkerbunde ein neues Mitglied und für Amerika ein neues Feld materieller Ausnutzung zu gewinnen."

Zu diesem Zweck müsse der Krieg im Osten politisch liquidiert werden und zwar durch eine gemeinsame Ost- und Südostpolitik Österreich-Ungarns und Deutschlands mit der Spitze gegen England; die Grundlage dafür wiederum sei eine positive Slawenpolitik Österreichs. Der Weg müsse nicht — wie Czernin ihn sich vorstelle — über den Westen, sondern über den Osten genommen werden.[124])

Man solle sich glücklich preisen, schreibt die „Vossische Zeitung",

„daß noch für keines unserer russischen Okkupationsgebiete eine endgültige Entscheidung getroffen ist. Man lasse nun auch freundlichst die baltischen und die litauischen Fragen in der Schwebe. Was treibt uns denn eigentlich dazu, jetzt schon und womöglich gar auch noch für Livland und Estland unsere nationale Ehre zu binden?

Die erste Aufgabe der deutschen Politik muß es sein, . . . den Glauben in den russischen Völkern zu zerstören, daß nur von England die Revision des Brester Friedens zu erwarten ist. Nur so ist die englische Politik zu durchkreuzen, die jetzt dauernd derjenigen Partei, die sich ihr verkauft, die Wiederherstellung des russischen Reiches verspricht. Schon jetzt zeigt sich doch die verhängnisvolle und kriegsverlängernde Wirkung des Brester Friedens. England schafft für Deutschland allerorts im Osten neue Kriegsschauplätze."

In den Randstaaten schaffe man nichts als ein neues Balkangemisch. Pflicht der deutschen Politik sei nicht,

„sich in . . . einer neuen Balkanpolitik zu erproben, sondern die Bildung eines solchen Balkans von vornherein zu verhindern."[125])

Auch der „Vorwärts" hat sich während des ganzen Sommers 1918 an der publizistischen Opposition gegen den Brester Frieden beteiligt. Man kann jedoch von einer einheitlichen Stellungnahme gerade der marxistischen Presse zum Brester Frieden nicht sprechen. So hat sich z. B. das „Hamburger Echo" wiederholt gegen die revisionistischen Bestrebungen in der deutschen Presse gewandt und derartige Tendenzen als töricht bezeichnet. Man dürfe die Vorteile nicht leichtsinnig wieder aufgeben, die der Ostfrieden Deutschland gebracht habe, schreibt das Blatt, und müsse endlich „jene unwürdige Winselei" über den „Gewaltfrieden" vermeiden, die leider bei einem nicht geringen Teil der Parteipresse Mode geworden sei.[126])

Die Diskussion über den Brester Frieden ist dann im August, besonders unter dem Eindruck der ungünstigen militärischen Ereignisse, derart heftig geworden, daß das Kriegspresseamt ein Einschreiten für notwendig gehalten hat. Am 13. August hat sich der Vertreter des Auswärtigen Amtes an die Pressevertreter gewandt:

---

[124]) N.P.Z. 24. 7. 1918.
[125]) V.Z. 15. 7. 1918.
[126]) H.E.

„Der mit den Bolschewiki abgeschlossene Friede von Brest-Litowsk ist in letzter Zeit wiederholt von der Presse in einer Weise besprochen worden, die wir nicht als im Interesse unserer Politik gelegen betrachten. Wir sehen in ihm eine Tatsache, und die Politik hat mit dieser Tatsache zu rechnen. Für die deutsche Politik besteht der Frieden zu Recht. Es hat daher gar keinen Zweck, wenn in der deutschen Presse auf die Notwendigkeit einer Revision . . . hingewiesen wird. Das sollte man der Ententepresse überlassen, ihr aber nicht selber Argumente für diesen Angriff in die Hand geben. Selbst wenn uns an einer Revision gelegen wäre, würde der augenblickliche Moment sich als recht ungünstig für derartige Revisionsanregungen darstellen, da die Feinde unser Revisionsbedürfnis ohne Frage in Zusammenhang bringen würden mit den Ereignissen im Westen und es als eine Bestätigung der von ihnen behaupteten Erfolge propagandistisch verwerten würden."[127])

Auch dieser Aufruf hat nichts an der Stellungnahme der Presse geändert. Da die Unklarheit über die offiziellen politischen Absichten im Osten weiterbestand, gelangte die Presse angesichts der sich verschlechternden militärischen Lage immer mehr zu der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung der Brester Regelungen für die deutsche Politik keine unbedingte Notwendigkeit bildete. Es gebe nur eine Möglichkeit, schreibt der „Vorwärts",

„den Brester Frieden zu behaupten, seine Korrektur von außen zu verhindern: den alles überwältigenden deutschen Sieg im Westen . . . Wir leugnen die Möglichkeit dieses triumphalen Sieges nicht. Aber wir fragen die Reichsleitung, ob sie mit gutem Gewissen Deutschlands Gedeih und Verderb auf diese eine Möglichkeit setzen kann?"[128])

Andererseits wendet sich die Rechtspresse, z. B. die „Deutsche Tageszeitung", scharf gegen derartige revisionistische Bestrebungen. Die Außenpolitik jener Blätter, meint die Tageszeitung, die die Revision im Interesse guter deutsch-russischer Beziehungen anstrebe, seit weltfremd. Hätte man die baltischen Provinzen bei Rußland gelassen und auch sonst Rußlands alte Grenzen bestehen lassen,

„so würden keine vertrauensvollen Beziehungen eingetreten sein, wohl aber hätte man keinen Frieden, keine Frontentlastung; dagegen hätte man den Bolschewismus vor den Toren."[129])

Um die Wirkungen zu erklären, die der militärische Umschwung im Westen auf das außenpolitische Denken der deutschen Presse ausgeübt hat, muß weiter der Faktor Österreich-Ungarn betrachtet werden. Es ist in den Anfangskapiteln der Arbeit gezeigt worden, wie bereits die Außenpolitik des Grafen Czernin mit ihrer ausgesprochen wilsonfreundlichen Tendenz in Teilen der deutschen Presse auf Widerstand stieß und vor der Öffentlichkeit einen ersten Schatten auf das deutsch-österreichische Bundesverhältnis warf. Die Sixtusbrief-Affäre, die im April 1918 durch Clemenceau an die Öffentlichkeit gebracht wurde[130]), hatte weiter dazu beigetragen, besonders in der deutschen Rechtspresse Mißtrauen gegenüber der österreich-ungarischen Bündnistreue zu erwecken. Hinzugekommen waren die

[127]) Akten des Kriegspresseamts, Pressebesprechung vom 13. 8. 1918.
[128]) V. 15. 8. 1918.
[129]) D.T. 8. 8. 1918.
[130]) s. Fester: Die Politik Kaiser Karls. S. 240 ff.

Gegensätze zwischen der deutschen und der österreichischen Politik in bezug auf die polnische Frage, die in Form einer Pressediskussion über die oben erwähnte austropolnische Lösung Ausdruck in der Öffentlichkeit fand. Das Entscheidende aber für die Behandlung des deutsch-österreichischen Verhältnisses durch die Presse scheint mir die Tatsache zu sein, daß die Presse von der inneren Lage Österreich-Ungarns kein klares Bild besaß und infolgedessen auch die Gefahren unterschätzte, die der militärischen Kampfkraft des Bundesgenossen durch die nach Selbständigkeit strebenden Nationalitäten drohte. Auch von den Ausmaßen der Ententepropaganda innerhalb Österreich-Ungarns hatte die deutsche Presse keine Vorstellung. Bereits Ende Juni 1918 hat in einer Besprechung des Kriegspresseamtes der Vertreter der „Vossischen Zeitung" zu diesem Problem Stellung genommen:

„Was machen wir, wenn eines Tages in Österreich ‚was passiert'? In allen Zeitungen wird eine Außenpolitik getrieben, die man billigen oder ablehnen muß. Aber zu billigen ist sie nur unter dem Gesichtspunkt, daß in Österreich nichts passiert. Ob man über Kurland, Estland, Finnland, Livland verhandeln kann, wenn die Österreicher nach Hause gehen, darüber gibt es nur eine Stimme. Ich möchte vom Auswärtigen Amt wissen, ob es den Faktor Österreich in Betracht gezogen hat. Wollen Sie der Presse die Verantwortung aufladen, daß sie über die Dinge nichts schreiben darf, aber eines Tages das deutsche Volk beruhigen soll. Jedes Blatt schreibt nach seiner politischen Überzeugung und betrachtet Österreich als einen Faktor, mit dem wir auch bei einem noch so langen Kriege rechnen können. Das ist das wichtigste politische Problem."[131])

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die militärischen Ereignisse des August 1918 auf eine Presse trafen, deren außenpolitische Konzeptionslosigkeit ohnegleichen war. Von hier aus in erster Linie ist die Haltung der Presse in den Wochen nach dem 8. August zu verstehen, von hier aus ist auch der Wechsel zu verstehen, der sich in der Stellungnahme der Presse zu Wilson in den Monaten August und September vollzieht, wobei insbesondere der Völkerbundsgedanke in den Mittelpunkt der außenpolitischen Diskussion tritt. Das Fehlen konkreter außenpolitischer Instruierung hat wesentlich dazu beigetragen, daß nun immer weitere Teile der Presse sich von den außenpolitischen Einzelfragen abwandten und eine allgemeine, politische Liquidierung des Krieges durch einen Völkerbund für möglich und erstrebenswert hielten. Man kann sagen, daß die außenpolitische Diskussion der Publizistik in diesen entscheidenden Herbstmonaten gewissermaßen erstarrte, da das elementare Friedensbedürfnis der kampfmüden und hungernden Massen nach dem Scheitern der Offensive derartig machtvoll durchbrach, daß ihm gegenüber jeder publizistische Kriegszielstreit gegenstandslos wurde und sich sozusagen im luftleeren Raum bewegt hätte.

Die jüdisch-demokratische und die marxistische Presse hat bereits im Juli 1918 durch ausführliche, meist allerdings noch theoretische

[131]) Akten des Kriegspresseamtes, Pressebesprechung vom 26. 6. 1918.

Artikel über Völkerbund und internationale Schiedsgerichtsbarkeit die Diskussion eröffnet.[132]) In einem Artikel vom 2. August glaubt die „Frankfurter Zeitung" auf Wilson große Hoffnungen setzen zu können. Wenn Lloyd George in seinen Reden den Völkerbund nur als ein Instrument des künftigen Wirtschaftskampfes der Alliierten gegen die Zentralmächte betrachte, so habe Wilson seine Bereitwilligkeit zum Beitritt zu einer solchen Völkervereinigung, die aus wirtschaftlichem Egoismus geboren wäre, noch nicht zu erkennen gegeben, und wenn er seine Völkerbundsidee aufrichtig gemeint habe, wenn er wirklich nach einem Mittel zum Weltfrieden strebe, so müsse er auch weiterhin den Vorschlägen des englischen Diktators entgegen treten.[133])

Am 8. August schreibt der „Vorwärts" anläßlich eines Friedensbriefes des Lord Lansdowne[134]):

„Lansdowne knüpft an die berühmte Rede Wilsons vom 4. Juli d. J. an. Er verlangt von Deutschland, daß es die in dieser Rede enthaltenen Bedingungen annehme, faßt sie aber so auf, daß Deutschland sich nur für den Völkerbund und für die Einrichtung obligatorischer Schiedsgerichte erklären müsse. In dieser von Lansdowne gegebenen Interpretation sind die Grundsätze Wilsons für breite Massen des deutschen Volkes nicht nur annehmbar, sondern wert der aufrichtigsten Anerkennung."[135])

Vorbehaltlos steht die „Leipziger Volkszeitung" von vornherein hinter dem Völkerbundsgedanken. Widerstand gegen diesen Gedanken sei politisch unklug, meint das Blatt. Man könne nicht darüber im Zweifel sein, daß

„bei der Entente die Überzeugung an Kraft gewinnt, gegen ein Volk, das nicht aus sich heraus das Prinzip der Gewalt . . . überwinden kann, seien harte Friedensbedingungen notwendig, um es zu den Gedanken der Verständigung ohne Schwertentscheidung, zu dem Gedanken der Lösung von Streitfragen durch Schiedsgerichte, als Einrichtungen des Völkerbundes, zu erziehen. Welchen unmittelbar praktischen Wert man daher auch dem Völkerbundsgedanken beilegen mag, — daß er geeignet ist, den Kriegs- und Friedenswillen ganz gewaltig zu beeinflussen und daß er den Kriegszielen der Gegner die Richtung gibt, daran kann kein verständiger Mensch mehr zweifeln."[136])

Nicht geringe Teile der Rechtspresse stehen jedoch von vornherein in scharfer Opposition gegen den Völkerbundsgedanken. So schreibt die „Kölnische Zeitung", der Völkerbund habe nur dann Zweck für die Feindmächte,

„wenn er ein Zuchtmittel für Deutschland ist und im übrigen die politischen Geschäfte des Verbandes besorgt. Er ist ihnen nur das Endziel der politischen Offensive, die mit der Einkreisung Deutschlands begann und im Kriege ihre Fortsetzung fand."

---

[132]) B.T. 30. 6. 1918.
[133]) F.Z. 2. 8. 1918.
[134]) Öffentlicher Brief Lansdownes vom 31. Juli 1918, s. Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 204—205. Über Lansdowne und seine Politik, s. Max von Baden: „Erinnerungen und Dokumente", S. 155 ff., S. 211 ff.
[135]) V. 8. 8. 1918.
[136]) L.V.Z. 12. 9. 1918.

Der Völkerbund sei für die Feinde ein Geschäft, das nichts koste und auf jeden Fall etwas einbringe:

„Entweder sind wir die Gimpel und lassen uns fangen, dann fügen wir uns ein für allemal dem Willen des Bundes der 24 Nationen, die gegen uns im Felde stehen; oder aber wir gehen nicht auf den Leim; dann kann man uns aufs neue mit Erfolg als die Barbaren verketzern, die nach der Weltherrschaft streben."[137])

Am 13. 8. schreibt die „Deutsche Tageszeitung" in scharfer Polemik gegen die völkerbundsfreundliche Haltung des „Berliner Tageblatt":

„Der Völkerbund bedeutet die angelsächsische Weltbeherrschung. Ordnet das Deutsche Reich sich dieser unter, so wird es in den Völkerbund aufgenommen; sonst betrachtet der Völkerbund nach wie vor — denn er wird durch die Koalition unserer Feinde gebildet — als seinen Hauptzweck, die Kraft des Deutschen Reiches militärisch und wirtschaftlich zu vernichten. Um in den Völkerbund zugelassen zu werden, würde das Deutsche Reich sich nicht nur zur Abrüstung verpflichten müssen, sondern es würde auch der demokratischen Umwälzung unter keinen Umständen entgehen. Erwähnt sei nur, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten zwei große Militärmächte geworden sind, bezw. werden und ihr vereintes Übergewicht um so drückender würde, als sie ihre Armeekontingente durch koloniale Bedürfnisse oder . . . die Größe ihres Gebietes rechtfertigen würden."

Ein Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund sei nur durch einen Verzicht auf die Kräfte und Mittel zu erreichen, durch die das Reich geworden sei. Phrasen von „unleugbaren Zeiterscheinungen, denen man nicht widerstehen kann", änderten daran nichts. Solange das Deutsche Reich sich nicht militärisch durchgesetzt habe, sei jede Propaganda für den Völkerbund in Deutschland Propaganda für Ablösung des Deutschen Reiches durch Verwirklichung des Internationalismus am deutschen Volke. Das deutsche Volk würde das corpus vile für die Internationalisten in Deutschland und für unsere Feinde sein.[138])

In weiteren Artikeln über den Völkerbund äußert die „Deutsche Tageszeitung" lebhafte Besorgnis in bezug auf die psychologischen Folgen, die die lebhafte publizistische Diskussion über den Völkerbund auf das deutsche Volk haben könnte.[139])

Daß die Diskussion jedoch nicht einfach durch Machtmittel der Zensur zu verhindern war, haben die Pressebehörden klar erkannt. Die amtlichen Stellen haben immerhin versucht, die Auseinandersetzungen in eine Richtung zu lenken, die den Interessen des Reiches so weit wie möglich entsprach. Ende August hat der Vertreter des Auswärtigen Amtes folgende Aufforderung an den Pressevertreter gerichtet:

„Ich bitte Sie, die Völkerbundsidee in Ihren Blättern weiter zu be-

[137]) K.Z. 2. 7. 1918.
[138]) D.T. 13. 8. 1918.
[139]) D.T. 17. 8. 1918; 23. 8. 1918.

sprechen, dabei vor allen Dingen darauf hinzuweisen, daß das, was sich der Feind unter dem Völkerbund denkt, etwas ganz anderes ist als . . . ein reeller Völkerbund . . . Der Feind will mit dem Völkerbund weiter nichts als eine angelsächsische Verbrüderung zur Ausbeutung der Menschheit zugunsten Amerikas und Englands. Das ist der tiefere Sinn der englischen Propaganda. Alles was daran hängt, an philosophischen und moralischen Begründungen usw., sind Maßnahmen, die der Engländer braucht, um sein eigenes Gewissen zu beruhigen, und um die neutralen und andere Völker, die ihm als Vasallen zur Verfügung stehen, zu blenden."[140])

In der klaren Erkenntnis der imperialistischen Ziele, die die Entente mit der Völkerbundspropaganda verfolgte, hat auch ein Teil der deutschen Presse sich bemüht, den Völkerbundsgedanken im Sinne der deutschen Interessen vor der Öffentlichkeit zu modifizieren. So meint die „Vossische Zeitung", indem sie von den Ostfragen ausgeht, man müsse sich zunächst darüber klar sein, daß der Friede von Brest nicht mehr existiere. Die Ostpolitik aber, deren Zusammenbruch nun offensichtlich sei, sei ein anglo-amerikanisches Geschenk gewesen. Derselbe Grundgedanke, den Wilsons Botschafter Gerard verfolgt habe, als er Bethmann-Hollweg zu seiner verderblichen Ostpolitik ermutigte, der Gedanke der deutschen Kapitulation vor England und Amerika, tauche auch jetzt wieder hinter den aus gleicher Quelle stammenden Völkerbundsgedanken auf.

„Wir sehen keine Möglichkeit, einen Bund freier Völker zu begründen, solange den geschlossenen Weltreichen Englands und Amerikas ein zerrissenes Europa gegenübersteht. Wir halten die Bedingung für verdächtig, daß die Staaten des Kontinents sich erst bis aufs Blut zerfleischen müssen, ehe sie in völliger Erschöpfung dem Bunde des Friedens und des Rechtes beitreten dürfen."

Gegen den anglo-amerikanischen Völkerbund fordert die „Vossische Zeitung" die „schöpferische Idee einer neuen deutschen Politik", die dahin gerichtet sein müsse, Mächtegruppierungen zu schaffen, die entweder zur Fortführung des Krieges oder für den Tisch der Friedensverhandlungen „den englischen Bestrebungen ein Paroli bieten können". Das Haupthindernis für eine solche Gruppierung sei der Friede von Brest. Die Grundlage, auf der man diesen Frieden geschlossen habe, sei die Annahme gewesen, daß England friedenswillig sei — falls Deutschland sich lediglich auf Kosten Rußlands territorial stabilisiert. Diese Annahme habe sich als falsch erwiesen.

„Die heutigen Umstände lassen die ursprünglich erstrebte Gemeinsamkeit der Randstaaten mit Deutschland vollkommen nebensächlich erscheinen gegenüber dem Schicksal des Deutschen Reiches. Statt in ernstester Zeit neue Königreiche zu schaffen, sollte man dafür sorgen, den Grundstock zum europäischen Völkerbund zu legen, ohne den der von vielen erstrebte Völkerbund der gesamten Welt nichts anderes als ein irreführendes Etikett für das angelsächsische Weltimperium sein wird."[141])

Ähnliche Gedankengänge, die auf eine Art kontinentalen

[140]) Akten des Kriegspresseamts, Pressebesprechung vom 27. 8. 1918.
[141]) V.Z. 26. 8. 1918.

Völkerbund hinzielen, finden sich in der „Neuen Preußischen Zeitung":

„Nachdem es England vier Jahre lang nicht gelungen ist, uns auszuhungern und zu besiegen, ist der Krieg immer mehr zur Kraftprobe zwischen uns und den Vereinigten Staaten geworden . . ., die heute die von der Entente übernommenen Kriegsziele als die eigenen verfechten. Der gesamtangelsächsischen Kriegszielpolitik haben wir die unsere entgegenzustellen."

Mitteleuropa und der mit der Formel Berlin—Bagdad bezeichnete politische Einflußraum stelle gegenüber den geschlossenen anderen Weltreichen eine zu schmale Grundlage dar. Es komme darauf an, besonders Japan aus der unter Englands Führung stehenden Koalition herauszusprengen und von der Gemeinsamkeit der deutschen und der japanischen Interessen auszugehen.

„Sollen aber Erwägungen über deutsch-japanische Gemeinsamkeiten nicht den Boden verlieren, so muß man eben Stellung nehmen zu dem, was auf der Landkarte zwischen uns und Japan liegt. Der kontinentale Zusammenschluß in Mittel- und Südosteuropa und die Verständigung mit Japan ist nur durch die Verständigung mit dem Slawentum, und zwar sowohl dem in Österreich-Ungarn wie dem auf dem Gebiet des früheren russischen Kaiserreiches siedelnden Slawentum, möglich. Und diese ganze Idee ist das, was wir der heutigen angelsächsischen Völkerbundsidee allein mit politischem Erfolg entgegenzustellen vermögen."[142])

Derartige Äußerungen zeigen, wie ein Teil der deutschen Presse bis in die letzten Kriegsmonate hinein versucht hat, durch eigene Initiative eine kritiklose Übernahme gegnerischer Propagandaparolen in der deutschen Öffentlichkeit zu verhindern. Daß dies nicht gelang, ist zu einem nicht geringen Teil der intensiven Meinungsarbeit zuzuschreiben, die die jüdisch-demokratische Presse, an der Spitze das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung", während der militärischen Krise im Sinne des anglo-amerikanischen Völkerbundsgedankens geleistet hat.

Überhaupt ist festzustellen, daß noch bis in den September hinein die jüdisch-demokratische Presse Wilson weitaus positiver beurteilt hat, als die marxistische. Noch am 3. 9. schreibt der „Vorwärts" anläßlich einer Botschaft Wilsons an die amerikanischen Arbeiter[143]):

„Wo war denn Wilson in der Zeit des Friedens, in der wir, unbehindert durch die Notwendigkeiten der Verteidigung, den Kampf gegen alles führten, was er jetzt für bekämpfenswert erklärt? Er war auf der anderen Seite der Barrikade, als Haupt einer jener bürgerlichen Regierungen, die im Kampf gegen die Befreiung der Arbeiterklasse solidarisch sind . . . Wir sind daher berechtigt und verpflichtet, einen ‚Bundesgenossen' abzulehnen, der mit Kanonen und Granaten übers Meer gezogen kommt, um deutsche Arbeiter in feldgrauer Uniform zu zerschmettern."[144])

Derartige Äußerungen wurden aber von Woche zu Woche immer

---

[142]) N.P.Z.

[143]) Veröffentlicht am 1. September 1918, s. Europäischer Geschichtskalender. 1918, 2. Teil, S. 585—586.

[144]) V. 3. 9. 1918.

seltener. Wenn auch ein Teil der Linkspresse Wilson als Staatsmann und Persönlichkeit noch ablehnen zu müssen glaubte, so stand er dennoch indirekt im Banne der Wilsonschen Ideologie, indem er den Völkerbundsgedanken als ultima ratio für die deutsche Außenpolitik übernahm.

Im Verlauf des September hat sich der Meinungskampf um die Völkerbundsidee in den gefährlichsten Formen verschärft und der Außenpolitik der deutschen Presse in einem Augenblick höchster Gefahr die letzten Möglichkeiten einheitlicher politischer Aktivität genommen. Er ist ergänzt worden durch eine höchst unfruchtbare Diskussion über zurückliegende außenpolitische Fragen des Weltkriegs, wie die Frage nach den Ursachen der amerikanischen Kriegsbeteiligung, wobei es besonders zu einem heftigen Streit über die Folgen des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf die Politik Wilsons gekommen ist. Es wäre Aufgabe der Pressebehörden gewesen, derartige Streitigkeiten über tatsächliche oder angebliche Fehler der deutschen Politik mit allen Mitteln zu verhindern — in einem Augenblick, wo es um die Existenz des Reiches ging.

Die den Rechtsparteien des Reichstags nahestehende Presse hat bis zum letzten Augenblick auf die Gefahren hingewiesen, die die Wilsonsche Völkerbundsideologie für den Verteidigungswillen des deutschen Volkes bildete. Die „Deutsche Zeitung" schreibt am 9. September, der Völkerbundsgedanke, wie ihn die Feinde mit allen Mitteln nach Deutschland hineinzutragen versuchten, sei nur ein Mittel zur Vernichtung Deutschlands. Würde dieser Gedanke sich durchsetzen,

> „dann wären die Feinde, die uns mit der Waffe nicht niederringen konnten, in den Stand gesetzt, uns auf dem Wege über den Völkerbund und den Weltgerichtshof zu besiegen. Erst würden sie uns im Rahmen einer allgemeinen Abrüstung entwaffnen, und dann würden sie uns kraft ihrer Mehrheit, die sie im Völkerbund haben, in allen auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen majorisieren . . . einengen, bis wir das Lohnsklavenvolk der Erde geworden sind oder in einem Verzweiflungskampf untergingen."[145])

Das Blatt fragt sich weiter, wie es möglich werden konnte, daß die Wilsonsche Phraseologie auf das deutsche Volk derartige Wirkungen auszuüben vermochte, und meint dazu:

> „Denn gerade darin liegt die geradezu vernichtende Wirkung der jahrelangen systematischen Arbeit unserer demokratischen Presse, daß sie den Deutschen ein Zauberbild amerikanischer, englischer und französischer Freiheit entworfen hat, das aus den Köpfen unserer demokratisch gerichteten Landsleute nicht mehr herauszubringen ist."[146])

Und noch wenige Tage vor jenem Zeitpunkt, wo Prinz Max von Baden als Nachfolger des Grafen Hertling das Schicksal des Deutschen Reiches in die Hände des Präsidenten Wilson legte, hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" geschrieben, alles

---

[145]) D.Z. 9. 9. 1918.
[146]) D.Z. 8. 9. 1918.

Gerede vom Völkerbund könne nicht darüber hinweg täuschen, daß noch keiner der Weltfriedensapostel, wie z. B. Wilson, einen wirklich gangbaren Weg gewiesen hätte,

„wie nach den furchtbaren Wut- und Haßausbrüchen dieses ungeheuren Krieges . . . eine Möglichkeit geschaffen werden soll, die Völker in friedlicher Gesinnung zu vereinen. Alles spricht vielmehr dafür, . . . daß die aufgepeitschten Leidenschaften der Völker noch lange Zeit nach dem Kriege in Unruhe, Haß und Erbitterung verharren würden.

Es fehlt zunächst einmal die friedliche Gesinnung, ohne die ein rechtliches Zusammenleben der Völker überhaupt nicht denkbar ist, und es fehlt . . . der gute Wille, die Lebensinteressen des feindlichen Volkes zu achten."

Die Anerkennung und Gewährung der Lebensnotwendigkeiten jedes Staates aber sei doch wohl die wichtigste Voraussetzung für die berühmte Liga der Nationen. Solange die Entente sich zu dieser Anerkennung nicht entschlösse, solange territorialer Annexionismus und brutalster wirtschaftlicher Vernichtungswille ihre Politik bestimme, sei alles Gerede über den Völkerbund zwecklos,

„solange muß Deutschland der Völkerbundsidee mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen, solange könnte die Rolle der Mittelmächte in der Liga der Nationen, um mit Lloyd George zu sprechen, nur die der Gänse gegenüber dem Fuchse sein."[147])

7. Die Friedensnote des Grafen Burian vom 14. 9. 1918.

Am 14. September 1918 richtete der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren, Graf Burian, eine Note an die Regierungen aller kriegführenden Staaten, in der er zu einer „vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses" aufforderte. Auf die politischen Motive, die die österreichische Regierung zu diesem Schritt veranlaßt haben, kann hier nicht eingegangen werden. Gegensätze zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung, insbesondere der unveränderlich bestehende Gegensatz in der polnischen Frage, haben zweifellos mitgespielt. Entscheidend für den österreichischen Schritt war das ständig wachsende Friedensbedürfnis der innerlich auseinanderfallenden Donaumonarchie. Burian führte u. a. aus:

„Präsident Wilson hat . . . in seinen Reden vom 11. Februar und vom 4. Juli d. J. Grundsätze formuliert, die bei seinen Alliierten nicht auf Widerspruch gestoßen sind und deren weitgehende Anwendung auch auf Seiten der Vierbundmächte keinem Einwande begegnen dürfte, vorausgesetzt, daß diese Anwendung allgemein und mit den Lebensinteressen der betreffenden Staaten vereinbar sei. Allerdings ist zu bedenken, daß eine Übereinstimmung in den allgemeinen Grundsätzen nicht genügt, sondern daß es sich weiter darum handelt, über ihre Auslegung und über ihre Anwendung auf die einzelnen Kriegs- und Friedensfragen einig zu

[147]) Rh.-W.Z. 30. 9. 1918.

werden . . . Auf welchem Wege . . . kann aber eine Verständigung angebahnt und . . . erzielt werden? Besteht irgend . . . eine . . . Aussicht, durch die Fortführung der Diskussion über das Friedensproblem in der bisherigen Art zu diesem Ziele zu gelangen? Letztere Frage haben wir nicht den Mut zu bejahen. Die Diskussion von einer öffentlichen Tribüne zur anderen, wie sie bisher zwischen den Staatsmännern . . . stattgefunden hat, war eigentlich nur eine Serie von Monologen. Es fehlte ihr vor allem die Unmittelbarkeit. Rede und Gegenrede griffen nicht ineinander ein, die Sprecher sprachen aneinander vorbei. Andrerseits war es die Öffentlichkeit und der Boden dieser Auseinandersetzungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbaren Fortschrittes raubten. Bei allen öffentlichen Kundgebungen dieser Art wird eine Form der Beredsamkeit gewählt, die mit der Wirkung auf große Distanz und auf die Massen rechnet. Damit vergrößert man aber — bewußt oder unbewußt — den Abstand von der gegnerischen Auffassung, erzeugt Mißverständnisse, die Wurzel fassen und nicht beseitigt werden und erschwert den freimütigen, einfachen Gedankenaustausch. Jede Kundgebung der führenden Staatsmänner wird, sowie sie stattgefunden hat und auch ehe die zuständigen Stellen der Gegenseite darauf erwidern können, zum Gegenstand einer leidenschaftlichen oder übertreibenden Besprechung unverantwortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner selbst veranlaßt die Besorgnis, die Interessen der Kriegführung durch ungünstige Beeinflussung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Absichten vorzeitig zu verraten, zum Anschlagen hoher Töne und zum starren Festhalten an extremen Standpunkten. Soll also der Versuch unternommen werden, zu prüfen, ob wir eine Verständigung, die die Katastrophe einer selbstmörderischen Fortsetzung des Kampfes von Europa abzuwenden geeignet ist, die Grundlagen gegeben sind, so wäre jedenfalls eine andere Methode zu wählen, die eine unmittelbare mündliche Erörterung zwischen Vertretern der Regierungen und nur zwischen ihnen ermöglicht. Den Gegenstand einer solchen Erörterung . . . hätten ebenso die gegensätzlichen Auffassungen der einzelnen kriegführenden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem zukünftigen Verhältnis der Staaten . . . als Basis dienen sollen und über die zunächst eine Einigung mit Erfolg versucht werden kann. Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlauf der Besprechungen versuchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden . . .

Nach unserer Überzeugung sind alle Kriegführenden es der Menschheit schuldig, gemeinsam zu untersuchen, ob es nicht jetzt nach so viel Jahren eines opfervollen jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weist, möglich ist, dem schrecklichen Ringen ein Ende zu machen. Die k. u. k. Regierung möchte daher den Regierungen aller kriegführenden Staaten vorschlagen, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkte . . . Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassungen ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekannt zu geben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen, sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürfen, zu erbitten und zu erteilen."[148])

Diese Note ist in verschiedener Hinsicht aufschlußreich. Sie kennzeichnet in klaren Worten das entscheidende psychologische Problem der modernen Kriegführung: das Verhältnis zwischen Außenpolitik

[148]) s. Europäischer Geschichtskalender, 1918, Bd. 2, S. 54—57.

und Öffentlichkeit. Sie zeigt, obgleich sie noch einmal einen „Frieden der Verständigung" anstrebt, doch zugleich auch die Gründe, die einen solchen Frieden unmöglich machten: indem die Regierungen der Entente, getragen von der Erkenntnis, daß der Krieg ein Krieg der Massen war, ihre erste Aufgabe immer darin gesehen haben, ihre Kriegsziele so eng wie möglich mit den Gefühlsimpulsen der kämpfenden Massen zu verbinden; indem sie zu diesem Zweck alle ihre Kriegszielmanifeste, alle außenpolitischen Reden ihrer Staatsmänner den massenpsychologischen Forderungen der Kriegführung anpaßten, indem sie jedes Friedensangebot, das von den Mittelmächten kam, durch den Apparat von Presse und Propaganda vor den Massen diskreditierten, und indem sie schließlich vom ersten Tag des Krieges an das deutsche Volk durch skrupellose Verleumdung als vernichtenswert hatten hinstellen lassen, haben diese Regierungen ihre Entschlußfreiheit in außenpolitischer Hinsicht derart eingeengt, daß ein „Frieden der Verständigung", wie ihn Burian noch im September 1918 anstrebte, bei den Völkern der Entente einfach massenpsychologisch unmöglich war — auch wenn die Regierungen ihn gewünscht hätten. Von hier aus gesehen zeigt sich auch jene Gefahr erst in ihrer ganzen Größe, die für das deutsche Volk in der Bejahung des Wilsonschen Völkerbundgedankens lag. Die Burian-Note ist weiter ein Beweis dafür, wie sehr die Staatsmänner der Mittelmächte bis zum Schluß des Krieges die Bedeutung der Presse für die Kriegführung unterschätzt haben. Wenn Burian sagt, jede Äußerung der führenden Staatsmänner werde, sobald sie getan sei, . . . „zum Gegenstand einer leidenschaftlichen . . . Besprechung durch unverantwortliche Elemente", so meint er damit in der Hauptsache die Presse der Entente. Nur war eben diese Presse alles andere als „unverantwortlich", sondern war ein entscheidender Faktor der Meinungsbildung im Sinne der Regierungspolitik, war „offiziös" im Sinne höchster Verantwortlichkeit.

Die deutsche Öffentlichkeit ist durch die Burian-Note überrascht worden. Das Kriegspresseamt hat zwar in den Pressekonferenzen Anfang September darauf hingewiesen, daß auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung starke Neigung zu einer diplomatischen Sonderaktion bestünde und hat gleichzeitig die Presse über die Bemühungen der Deutschen Regierung unterrichtet, die auf die Verhinderung eines selbständigen österreichischen Friedensschrittes hinzielten[149]). Da die Deutsche Regierung jedoch bis zum letzten Augenblick glaubte, die Einheitlichkeit der deutschen und der österreich-ungarischen Außenpolitik tatsächlich bewahren zu können, hat auch die Presse nicht mit dem Friedensschritt Burians gerechnet.

Die Kommentare zeigen, daß der überwiegende Teil der Presse die friedensfördernde Wirkung der Note lebhaft angezweifelt hat. Die

[149]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechungen 1.—12. September 1918.

„Deutsche Tageszeitung" schreibt, die Note werde bei den Feinden als neuer Beweis dafür gelten, daß die Mittelmächte recht nahe an Canossa herangekommen seien.

„Wir werden . . . uns in . . . unserer Überzeugung nicht beirren lassen, daß selbstverständlich der Friede angestrebt werden muß, daß aber ein Verzichtfrieden den Ruin bedeutet. Der Standpunkt der deutschen Verzichtler scheint zu sein ‚après la paix le déluge'."[150])

Die „Deutsche Zeitung" meint, man dürfe bei Erörterung der Friedensmöglichkeiten in der Öffentlichkeit nicht übersehen, daß trotz einer gewissen Kriegsmüdigkeit, besonders der Arbeiterschaft, in den Feindländern, diese Stimmung die Regierenden der Entente in keiner Weise beeinflusse. Auch halte z. B. die französische Sozialdemokratie in ihrer großen Mehrheit an den Eroberungszielen fest, um deretwillen Frankreich in den Krieg gezogen sei. Der englische Gewerkschaftskongreß verlange als Vorbedingung für die Eröffnung von Friedensverhandlungen die Räumung Frankreichs und Belgiens durch Deutschland. Diese wichtigen Faustpfänder aber könne Deutschland unmöglich vor Beginn der Friedensverhandlungen freiwillig aus der Hand geben; zumal die Räumung der von der Entente besetzten deutschen Gebiete bisher nicht zugesichert worden sei. Die Reden Wilsons, heißt es weiter, in denen Graf Burian eine Verhandlungsgrundlage sehe,

„forderten u. a. für Polen den Zugang zum freien Meere und die Vereinigung aller Polen, auch der preußischen, in einem unabhängigen Polenreiche. Sie forderten Rückgabe Elsaß-Lothringens und die Entschädigung Belgiens. Wie man von dieser Grundlage aus zu einer Verständigung kommen will, bleibt . . . unklar."[151])

Ablehnend äußert sich auch die „Vossische Zeitung":

„Nach unserer Ansicht kann man eine solche Aktion nur einleiten, wenn man ihres Erfolges sicher und wenn man der Bedingungen gewiß ist, die für den Frieden gestellt werden."

Im Übrigen erweise die Note erneut die unumgängliche Notwendigkeit einer klaren programmatischen Erklärung über die Kriegsziele[152]).

Die „Kölnische Zeitung" erhofft von der Note zum Mindesten eine Klarstellung der Kriegsziele der Entente, die in der deutschen öffentlichen Meinung heilsam wirken werde:

„Es handelt sich für unsere Feinde bei der Annahme oder Ablehnung der Wiener Vorschläge um . . . die offene und amtliche Absage an, oder um das offene und amtliche Bekenntnis zu jener Raub- und Eroberungspolitik, die man uns seit vier Jahren vorwirft, die man für sich selber immer in Abrede stellt und doch bisher immer befolgt hat, allerdings unter dem Deckmantel menschheitlicher Grundsätze. Bisher hat der Verband immer betont, er könne nicht vom Frieden reden, bevor er bewiesen habe, daß er nicht zu besiegen sei; jetzt hat er mit seinen Erfolgen im Westen einen Schein, auf dem er stehen kann; jetzt kann er auch zeigen, ob ihm wirklich am Frieden der Welt liegt oder nicht.

[150]) D.T.
[151]) D.Z. 10. 9. 1918; 16. 9. 1918.
[152]) V.Z. 16. 9. 1918.

Über die Regierungen hinweg an die Völker richtet sich der Aufruf des Grafen Burian zur Verständigung."[153])

Teile der Linkspresse sehen in der österreichischen Note Gefahren. Das „Berliner Tageblatt" fürchtet, daß die Sonderaktion Wiens die Entente nicht zur Verständigung, sondern eher noch zu weiteren Kriegsanstrengungen veranlassen könnte[154]).

Die „Frankfurter Zeitung" hält den Zeitpunkt für die Veröffentlichung der Note für schlecht gewählt. Die Note treffe bei der Entente in eine lichterloh brennende Siegesstimmung. Der Friedensschritt könne in seinen Motiven leicht mißdeutet werden und auf der gegnerischen Seite die ohnehin vorhandenen Illusionen von einem vollen Siegfrieden in einer Weise steigern, „daß der Weg zu einem Verständigungsfrieden erst recht verbaut wird".[155])

Der „Vorwärts" glaubt, daß das einzige Mittel, schädliche Wirkungen der Note bei der Entente zu verhindern, ein möglichst rascher Anschluß der deutschen Regierung an die Linie der österreichischen Politik sei.

Die „Leipziger Volkszeitung" nimmt die Unklarheit über die deutschen Kriegsziele zum Anlaß ihrer Kritik:

„Die österreichisch-ungarische Note ergeht von einer Regierung, die belastet ist mit den Taten ihrer Vergangenheit. Es fehlen ihr alle bestimmten Angaben darüber, wie die österreichisch-ungarische Regierung sich den endgültigen Frieden denkt. Solange aber von den Zentralmächten zurückgehalten wird mit einer eindeutigen und ganz klaren Erklärung über ihre Absichten, solange können die Regierungen der Entente bei ihren Bevölkerungen Mißtrauen gegen die Absichten der Zentralmächte aufrechterhalten, das zum Vorteil der imperialistischen Bestrebungen ausgenutzt werden kann."[156])

Besonders charakteristisch für einen großen Teil der marxistischen Presse ist der Kommentar des „Hamburger Echo". Es gäbe in Deutschland immer noch Halbnarren, schreibt das Blatt, die auch den neuen Friedensschritt Burians ablehnten.

„weil sie meinen, es dürfte auf unserer Seite nicht vom Frieden geredet werden, da die Machthaber in den feindlichen Ländern nichts von Frieden hören wollten; genau so wie drüben dürfte auch bei uns immer nur der Kriegswille aufs Neue angestachelt werden. Das ist die Auffassung einer politischen Kinderstube, die nicht begreift, daß mit solchem Retourkutschenspiel die grausame Tragödie erst recht endlos verlängert würde. Denn dieses ewige Herumhetzen der nationalistischen Leidenschaften ist es, was die Kriegstreiber in den feindlichen Ländern brauchen."

Solle aber Deutschlands politisch-moralische Kriegführung der militärischen ebenbürtig werden, so dürfe sie nicht nach dem Schema der Gegner arbeiten. Deshalb sei auch Burians Note begrüßenswert. Sie empfehle den Weg der direkten Verhandlung mit gleichzeitiger Zurückstellung des gegenseitigen Mißtrauens. Es werde, so meint das Blatt, den Staatsmännern der Entente sehr schwer fallen,

---

[153]) K.Z. 16. 9. 1918.
[154]) B.T. 15. 9. 1918.
[155]) F.Z. 16. 9. 1918.
[156]) L.V.Z.

diese Einladung ablehnend zu beantworten. Lehnten sie jedoch ab, so werde die innere Opposition gegen sie gewaltig erstarken. Selbst wenn der Versuch Burians scheitern sollte, so dürfte der einmal betretene Weg nicht wieder verlassen werden.

„Die Mittelmächte können eine erfolgreiche politische Offensive gegen die Entente nur führen, wenn sie immer und immer wieder vom Frieden und nur vom Frieden reden. Gerade weil die Anderen nichts davon hören, muß ihnen das verpönte Wort dauernd zugerufen werden, damit es allen Hindernissen zum Trotz ans Ohr der Völker dringt, die dafür heute schon in allen Ländern empfänglicher sind als die Regierungen."

Hier zeigt sich wieder der gänzlich unbegründete Optimismus der marxistischen Presse, die die Völker der Entente gegen die Regierungen ausspielen zu können glaubte, ohne sich auch nur entfernt darüber klar zu sein, welche Wirkung die vierjährige systematische Verhetzung in der Psyche der feindlichen Völker hinterlassen hatte. Diese Presse hat an den „Verständigungsfrieden" noch in dem Augenblick geglaubt, als die Erfolge der feindlichen Heerführer auch die Stimmung der aufgepeitschten Völker in einen Taumel des Vernichtungswillens hineinrissen.

Die Antwort auf die Note Burians, die Wilson am 19. September dem österreich-ungarischen Ministerium des Äußeren durch diplomatische Vermittlung Schwedens zukommen ließ, war ebenso kurz wie ausweichend und nichtssagend. Hinter ihrem Wortlaut ist deutlich die Absicht Wilsons spürbar, einer ernsthaften und sachlichen Friedensbesprechung im Sinne Burians zu entgehen und statt dessen die zermürbende Wirkung der eigenen militärischen Erfolge auf die innere Front Deutschlands unvermindert andauern zu lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten, so heißt es in der Antwortnote, glaube auf die Anregung der österreich-ungarischen Regierung nur eine Antwort erteilen zu können:

„Sie hat wiederholt und mit vollstem Freimut die Bedingungen festgestellt, unter welchen die Vereinigten Staaten einen Friedensschluß in Erwägung ziehen würden; sie kann und will sich mit keinem Konferenzvorschlag über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dargelegt hat."[157])

Zu dieser Antwort meint die „Kölnische Zeitung"[157]), es sei nun erwiesen,

„daß noch unbedingt die Notwendigkeit besteht, der von den Feinden nicht aufgegebenen Gewalttheorie gegenüber nach dem amerikanischen Spruch von der ‚Gewalt bis zum Äußersten' zu verfahren, um so entschiedener, je öfter wir unsere Bereitschaft zum Frieden erklärt haben."[158])

In gleichem Sinne schreibt die „Germania", es gebe anscheinend zur Zeit überhaupt keine Friedensbedingungen mehr, über die der Feind mit Deutschland und seinen Verbündeten verhandeln wolle. Wenn Wilson tatsächlich den Vierbund niederringen und „an die

---

[157]) Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 59—60.
[158]) K.Z. 19. 9. 1918.

Kette legen" wolle, so bleibe für das Reich und seine Verbündeten keine andere Wahl, als mit eiserner Entschlossenheit sich durchzukämpfen, bis Wilson zu der Erkenntnis komme, daß er Unmögliches erstrebe[159]).

Sogar aus dem Kommentar der demokratischen „Frankfurter Zeitung" klingt die lebhafte Enttäuschung und der Zweifel an der Aufrichtigkeit der demokratischen Grundsätze Wilsons:

„So erleben wir, daß die führenden Staaten der Entente, nachdem sie kaum den Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note zur Kenntnis genommen haben können, sich abwehrend vor den Weg stellen, der zu Friedensverhandlungen führen könnte. Und das sind die Regierungen der Staaten, die der Welt demokratisches Regiment, den Völkern Freiheit . . . bringen wollen und zu diesem Zwecke zunächst die Niederwerfung und Zerstückelung Deutschlands für das geeignete Mittel halten. So schnell entscheiden über Ströme von Blut und Hunderttausende von Menschenleibern eigentlich nur Tyrannen in Größenwahn, nicht aber Regierungen, die zum mindesten den Schein wahren müßten, daß sie auf die Stimmen ihrer Völker hören."[160])

Überraschend scharf sind die Äußerungen des „Vorwärts". Die amerikanische Antwort, die die Ablehnung des österreich-ungarischen Vorschlages bedeute, sei ein „Akt der Dummheit und der Brutalität".

„Möge die Entente verlangen, daß an Stelle der von Österreich-Ungarn vorgeschlagenen vertraulichen Besprechung die öffentliche tritt, möge sie die Differenzpunkte dieser Besprechung aufzeigen und ihre Völker fragen, ob sie ihretwillen den Krieg weiter fortzusetzen gewillt sind, das wäre ein demokratisches Verfahren! Die Ablehnung einer diplomatischen Aussprache ist aber ebenso wie die Verhinderung einer Sozialistenkonferenz . . . verdammenswert, und die auf militärische Niederwerfung und Siegerdiktat gerichteten imperialistischen Ziele lassen sich hinter dem fadenscheinigen Mantel demokratischer Reden nicht verbergen."[161])

Derartige Erwägungen haben jedoch die jüdisch-demokratischen und die marxistischen Blätter nicht davon abgehalten, den Wilsonschen Völkerbundsgedanken auch weiterhin zu propagieren. Im Gegenteil — angesichts des unwandelbaren feindlichen Vernichtungswillens, wie er aus der dilatorischen Behandlung des Burianschen Vorschlages durch Wilson erkenntlich geworden war, konzentrierte sich nun die außenpolitische Diskussion mit verhängnisvoller Ausschließlichkeit um den Völkerbundsgedanken. Immer weitere Teile der bürgerlichen und der sozialistischen Presse entzogen sich einfach dem chaotischen Meinungsstreit über die Ziele der deutschen Politik und malten dem kriegsmüden Volke das Völkerparadies eines den Frieden sichernden Bundes der Nationen. Die Tatsache, daß für Deutschland der Weg zum „Völkerbund" über den Verlust Elsaß-Lothringens, Westpreußens und Posens, der kolonialen Weltstellung und über das Eingeständnis alleiniger Kriegsschuld führte, wurde von

[159]) G. 24. 9. 1918.
[160]) F.Z. 20. 9. 1918.
[161]) V. 18. 9. 1918.

dieser Presse mit gefährlichem Schweigen übergangen. Wie die verantwortungsbewußten Teile der Rechtspresse gerade gegen diese publizistische Verschleierung außenpolitischer Gefahren vergeblich Stellung nahmen, soll noch einmal im Schlußkapitel gezeigt werden.

8. Der Friedensschritt des Prinzen Max von Baden vom 3. Oktober 1918.

Ende September 1918 richtete Bulgarien an die Entente die Bitte um sofortigen Waffenstillstand. Der Höhepunkt der militärischen Krise bei den Mittelmächten war erreicht, die Verteidigungsfront entscheidend durchbrochen, die Türkei isoliert, das innerlich zerfallene Österreich-Ungarn der militärischen Umklammerung von Süden her preisgegeben. In Deutschland erfolgte wenige Tage später der Durchbruch des Parlamentarismus. Prinz Max von Baden bildete als Nachfolger des Grafen Hertling ein Kabinett aus Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags. Die gewaltige Aufgabe des neuen Kabinetts, hinter der alle anderen Aufgaben an Bedeutung weit zurücktraten, mußte in Anbetracht der militärischen Lage die Beendigung des Krieges auf diplomatisch-politischem Wege sein. Im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung beschloß Prinz Max, die Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson anzurufen, ein Schritt, der das Schicksal des Deutschen Reiches, das Schicksal der kämpfenden Welt in die Hände des Präsidenten legte. Die an Wilson gerichtete deutsche Note lautete:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen."

gez. Max, Prinz von Baden
Reichskanzler.[162])

In seiner Regierungserklärung vom 5. Oktober hat Max von Baden vor dem Reichstag seinen Schritt des näheren motiviert und auch auf seine außenpolitischen Konsequenzen klar hingewiesen. In dieser Rede heißt es u. a.:

„Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung

[162]) Europäischer Geschichtskalender, 1918, 2. Teil, S. 608.

auf die Note des Papstes vom 1. August 1917[163]) und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli desselben Jahres. Es bekundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen. Die Lösung der vielumstrittenen belgischen Frage sieht es in der völligen Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden. Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt im besonderen an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen, alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. — Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln."

Die Elsaß-Lothringische Frage hat auch Prinz Max noch als eine rein innerpolitische Frage behandelt. Er hat — wie aus seiner Rede hervorgeht — an die Möglichkeit geglaubt, das Problem durch Gewährung der bundesstaatlichen Rechte an Elsaß-Lothringen in letzter Stunde lösen zu können. Zur näheren Motivierung seines Friedensschrittes führt Prinz Max dann aus, die Note richte sich deshalb an den Präsidenten der Vereinigten Staaten,

„weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 27. September[164]), ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube,

---

[163]) In dieser Antwortnote hatte es u. a. geheißen: „Mit besonderer Sympathie begrüßt die Kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, worin sich S. Heiligkeit . . . zu der Überzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechts gesunden kann. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, sowie für die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte." s. Europäischer Geschichtskalender, 1917, 1. Teil, S. 801—802.

[164]) In dieser Rede hatte Wilson sich prinzipiell gegen ‚künstliche Vereinigungen', ‚Kompromisse', oder ‚Interessenausgleiche' ausgesprochen. Er faßt seine Gedanken in 5 neuen „Punkten" zusammen. „Der erste formuliert den Grundsatz der Gerechtigkeit, das gleiche Recht für alle beteiligten Völker nochmals scharf. Der zweite lehnt Sonderabkommen zwischen Nationen und Nationalgruppen ab, die sich nicht mit den Gesamtinteressen vertragen. Der dritte steigert diese Ideen dahin, daß innerhalb des Völkerbundes überhaupt keine Sondervereine, Sonderbündnisse, Sonderverträge stattfinden sollen. Der vierte schließt noch einmal besondere wirtschaftliche Kombinationen zu eigensüchtigen Zwecken, also Boykott oder Ausschließung, aus. Der fünfte sieht vor, daß alle internationalen Abmachungen und Verträge vollinhaltlich der übrigen Welt mitgeteilt werden sollen." (s. Veit Valentin: „Deutschlands Außenpolitik 1890—1918", S. 390.)

daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen in Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt."

Es kommt im Zusammenhang dieser Arbeit lediglich auf die Frage an, wie der Friedensschritt der neuen Regierung in der deutschen Presse aufgenommen worden ist — und wie weit die Presse auf ihn vorbereitet worden ist.

Noch in der Pressebesprechung des Kriegspresseamtes vom 20. September hat sich der Vertreter des K.P.A. in scharfer Form gegen die Propagandamethoden Wilsons gewandt und die Presse ersucht, energisch gegen Wilson Stellung zu nehmen:

„In Amerika beginnt eine neue Propaganda mit dem Stichwort ‚Kreuzzug'. Wilson hat es für nötig gehalten, in seinen Worten an die Arbeiter die amerikanischen Soldaten als Kreuzfahrer zu bezeichnen. Es ist zu befürchten, daß dieser Ausdruck mehr und mehr in die ausländische Presse übergeht. Deshalb wird die deutsche Presse gebeten, energisch gegen diese Propaganda einzutreten und die Methoden Wilsons zu kennzeichnen, der mit Lynchern einen Kreuzzug führen will."[165])

Erst in der Besprechung vom 1. Oktober zeigt sich in einer Bemerkung des Vertreters des Admiralstabes das Bemühen der amtlichen Stellen, die Presse im Interesse der bevorstehenden Friedensnote auch zu einer vorsichtigeren und zurückhaltenderen Behandlung der Persönlichkeit Wilsons zu veranlassen:

„Wilson will Europa seinen Frieden aufzwingen, den Frieden, den er für gerecht hält. Selbstverständlich ist Herr Wilson über die europäischen Verhältnisse nur einseitig orientiert. Unsere Presse, die im neutralen Auslande sehr eifrig von den amerikanischen Diplomaten verfolgt wird, müßte ihn auch unsererseits über die europäischen Zustände aufklären. Es empfiehlt sich daher bei der Besprechung der Persönlichkeit Wilsons, ihn nicht als wilden Kriegshetzer, sondern eher als von der Entente belogenen Mann darzustellen. Wilson, der unser mächtigster und gefährlichster Gegner ist, will hören, daß bei uns der ‚Militarismus' unterliegt und die ‚Demokratie' siegt."[166])

Die Aufforderung, Wilson nicht als „wilden Kriegshetzer" darzustellen, kann natürlich nur an die Blätter der Rechtspresse gerichtet gewesen sein, die in Wilson nach wie vor den unerbittlichen Knock-out-Politiker sahen.

Die Pressevertreter ihrerseits haben in jenen letzten, der Friedensnote vorangehenden Tagen vor allem restlose Klarheit über die militärische Lage gefordert, weil sie nur durch diese Klarheit ein genaues Bild der außenpolitischen Möglichkeiten gewinnen konnten. So meinte am 4. Oktober, also einen Tag vor Bekanntgabe der Friedensnote, der Vertreter der „Vossischen Zeitung":

„Alles was politisch passiert, ist nur zu beurteilen unter dem Gesichtspunkt: wie stehen wir militärisch? Ich richte daher die Batte an die militärischen Kreise und die Oberste Heeresleitung: Wollen Sie uns nicht

[165]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 20. 9. 1918.
[166]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 1. 10. 1918.

in letzter Stunde mitteilen, wie es wirklich steht? Vielleicht ist es nicht so schlimm wie es gemacht wird; vielleicht ist es doch so schlimm — wir müssen es ertragen. Wir wollen ja die Dinge nicht in die Welt hinausposaunen. Aber wir müssen wissen, was zur Vorbereitung der Dinge, die — wie wir sicher wissen — geschehen werden, getan werden muß, damit die Bevölkerung morgen nicht aus den Wolken fällt. Die Auffassung im Deutschen Reich ist in zwei Lager geteilt: die einen sehen, wie ich hoffe, über Gebühr schwarz; die anderen dagegen — und das sind nicht ganz nebensächliche Kreise — so rosig, daß sie noch heute am Behalten von Belgien festhalten. Nun stellen Sie sich einmal vor, was geschieht, wenn . . . ein Friedensangebot im Reichstag erfolgt! Dann gibt es im Volk eine Katastrophe. Die einen werden darin die Bestätigung ihrer schwarzen Ansicht sehen, die andern Verrat dahinter wittern. Sie werden dann den alten Zwist in womöglich noch verschärfter Form aufleben sehen. Damit das nicht geschieht, muß die Presse wirklich unterrichtet sein. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, das Volk auf alles, was kommen kann und muß, wirklich vorzubereiten."[167])

Obgleich die Presse von dem Friedensschritt der Regierung überrascht worden ist, zeigt die Art, in der sie zu ihm Stellung nahm, doch deutlich, wie grundlegend sich in den kritischen Septemberwochen das Urteil über Wilson und seine Absichten bei immer weiteren Teilen der Presse gewandelt haben muß.

So schreibt die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

„Die immer deutlicher werdende Erkenntnis, daß ein Frieden, der sich auf der gewaltsamen Niederwerfung der einen Partei aufbaute, nur einen neuen Krieg vorbereiten würde, hat mit wachsender Kraft in dem politischen Bewußtsein aller kriegführenden Völker Wurzel geschlagen und die Forderung vorbereitet, den Krieg zu beenden nicht mit den Mitteln . . . einer nach rückwärts gerichteten Staatskunst, sondern durch Mittel, die sich aus dem Glauben an . . . eine neue Ära der Menschengeschichte ergeben."

Wenn auch der Verdacht nicht unberechtigt sei, daß die Politik der Entente „die Realität ihrer Gegenwartswünsche hinter der Idealität der Zukunft" nur geschickt verbirgt, so sei dennoch festzustellen, daß die Gedanken, die am Anfang des Krieges nur „gewissermaßen im Hinterhalt" gelebt hätten, nun im Vordergrund stünden und sich nicht mehr zu der ihnen ursprünglich zugedachten Rolle entwürdigen ließen,

„auch unsere unehrlichen Gegner werden die Geister, die sie gerufen, nicht mehr los, und die Zukunftsbegriffe der Demokratie, des dauernden gerechten Friedens, des Völkerbundes und der Abrüstung, mit denen sie gegen uns zu Feld gezogen sind, um uns moralisch zu ächten, fangen an, ihnen die Waffen zur politischen und wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands aus der Hand zu schlagen."[168])

Eine größere Verkennung der tatsächlichen psychologischen Situation bei den Ententevölkern — wie sie in diesen Bemerkungen des amtlichen Blattes zum Ausdruck kommt — ist nicht denkbar. Insbesondere aus der Rede Wilsons über die künftige Liga der Nationen (vom 27. September) glaubt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung"

[167]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 4. 10. 1918.
[168]) N.A.Z. 6. 10. 1918.

auf die Aufrichtigkeit der Wilsonschen Gesinnung schließen zu können. In dieser Rede habe der Präsident zum Ausdruck gebracht, daß ‚unparteiische Gerechtigkeit, gleichgültig wessen Interesse dadurch gekreuzt wird', das Fundament seiner Politik sei, daß der neue Bund der Staaten ‚die Befriedigung aller Völker' bringen müsse und daß endlich ‚nationale Ziele' immer mehr in den Hintergrund, und das gemeinsame Ziel der aufgeklärten Menschheit an ihre Stelle getreten seien. Solche Bekenntnisse, meint das Blatt,

> „die die Durchführung der Wilsonschen Programmpunkte auch unter Opfern der Gegner garantieren, ändern die Lage insofern, als sie auf eine einseitige Durchführung allgemeiner Prinzipien zuungunsten Deutschlands verzichten und eine wirkliche neue und allgemeine Systematisierung des internationalen Völkerlebens anbahnen."

Mit einem solchen Versuch müsse und könne auch Deutschland sich abfinden. Kein Volk habe das Recht,

> „seine Mithilfe bei einem allgemein und mächtig gewordenen Streben zu versagen, dem man eine hohe Idealität zubilligen muß."[169])

Ein weiterer Artikel fährt in diesem zuversichtlichen Ton fort[169]). Amerikas Beteiligung am Kriege habe nicht daran geändert, daß im Grunde zwischen den Vereinigten Staaten und den Mittelmächten weder territoriale Streitfragen, noch historische Machtrivalitäten, noch schwere wirtschaftliche Konkurrenz stünden. Welche ideellen oder materiellen Gründe Wilson für seine Kriegserklärung auch gehabt haben möge, sie seien sämtlich nicht ausschlaggebend, wenn man zu beurteilen habe,

> „welcher von den Gegnern Deutschlands am meisten zu einer objektiven Beurteilung der Gesamtlage berufen . . . ist. Daß die . . . Herren Lloyd George und Clemenceau weniger als Wilson geeignet sind, die große Weltfrage sozusagen sub specie aeternitatis, also nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des nationalen Tagesinteresses zu betrachten, ist wohl nicht zweifelhaft."

Die Tatsache, daß auch Wilson „den bei der Entente üblichen Schmähungen Deutschlands" nicht ferngeblieben sei, dürfe nicht vergessen lassen,

> „daß er in den ersten Jahren des Krieges bemüht war, das zu erreichen, um was ihn nun die deutsche Note ersucht: den Frieden durch Vermittlung der Nordamerikanischen Union."

Dieses Streben habe Wilson, so schließt das Blatt, unzweifelhaft vom ersten Tag des Krieges an beherrscht.[170])

Wenn Präsident Wilson, schreibt die „Kölnische Zeitung", sage, daß er ‚weit ausschauende Gerechtigkeit und Gnade und Frieden und Genugtuung dem tiefwurzelnden Sehnen unterdrückter und zermürbter Männer und Frauen geknechteter Völker' bringen möchte, so habe man das in Deutschland bis jetzt mit Mißtrauen gehört.

> „Wir haben uns die Ohren mit Wachs verstopft vor solchen Sirenenklängen, weil wir fürchteten, es werde unser Verderben sein, wenn wir

[169]) N.A.Z. 6. 10. 1918.
[170]) N.A.Z. 9. 10. 1918.

ihnen folgten. Jetzt folgen wir ihnen, deutscher Idealismus steht gegen amerikanischen Idealismus, und Herr Wilson wird zu zeigen haben, ob er die Probe besteht, ob das, was zu sagen er nicht müde wird, nur gleißende, verlockende Worte waren, oder ob er ihnen die ideale Tat folgen läßt."

Erweise aber Wilsons Idealismus sich als eine hohle Wand,

„hinter der nur List, Tücke, Machtsucht und der Wille, uns zu vernichten, steckt, so würden wir uns nach der Demütigung, die diese neue Friedensbitte unserem Nationalstolz auferlegt, wieder auf unseren Militarismus zu besinnen und zu stützen haben."[171])

Entscheidend für das Schicksal der Welt sei nun die Frage, ob es Wilson gelingen werde,

„seinen Idealismus gegen die Sonderinteressen der am Kriege reichlich verdienenden New Yorker, Londoner und Pariser Finanzkreise durchzusetzen."[172])

Auch „Germania" setzt jetzt in Wilson volles Vertrauen. Die Anschauungen des Präsidenten zeigten eine so weitgehende Übereinstimmung mit denen der „neuen deutschen Volksregierung",

„daß es Pflicht vor Gott und der Geschichte ist, den Versuch zu machen, sie in eine . . . Beendigung des grausamen Völkermordens ausklingen zu lassen."[173])

In einem „Warum Wilson?" betitelten Artikel meint „Germania" weiter, wenn auch dem Empfinden des deutschen Volkes die amerikanische Kriegspolitik ein Widerspruch zu den Dogmen Wilsons zu sein scheine, so sei trotz dieses Gegensatzes dem Präsidenten auch in Deutschland von allen, die ihn wirklich kennen, die Ehrlichkeit nicht abgesprochen worden.

„Durch seine letzte Rede scheint diese Ehrlichkeit erneut bewiesen und auch weiteren Kreisen glaubhaft. Die Rede beweist, daß Wilson sein Programm der Mäßigung mit der Forderung nach einem auf unparteiischer Gerechtigkeit und nicht auf Macht basierten Weltfrieden konsequent vertritt, unbeeinflußt von dem Höhepunkt der momentanen feindlichen Kriegserfolge und im Gegensatz zu den Maßlosigkeiten, in der die Mehrheit seiner Landsleute schwelgt. Es ist nicht anzunehmen . . . daß Wilson mit verlogenen Methoden die Welt zu düpieren sucht."

Auch der Gegner müsse anerkennen, daß aus Wilsons Äußerungen ein Gerechtigkeitssinn spreche, der „im Interesse eines hohen Zieles die Rechtsansprüche des Freundes und des Feindes gleichzusetzen sucht".[174])

In einem „Die große Stunde" betitelten Artikel äußert sich die „Frankfurter Zeitung", ebenso wie der neue deutsche Kanzler wolle Wilson den „Rechtsfrieden", den ehrlichen dauernden Frieden für die gesamte Menschheit.

„Wird er nun trotzdem sagen können, ‚Gewalt bis zum Äußersten' sei der einzige Weg zum Frieden? Er könnte es nur tun, wenn er sagen könnte, diese Regierung sei nicht berechtigt, für das deutsche Volk zu

[171]) K.Z. 7. 10. 1918.
[172]) K.Z. 8. 10. 1918.
[173]) G. 6. 10. 1918.
[174]) G. 8. 10. 1918.

sprechen, und sie verdiene kein Vertrauen. Das wäre eine Ausflucht, deren Unhaltbarkeit selbst in den Ländern der Entente erkannt würde. Die Fortsetzung des Kampfes wird uns und auch der Entente furchtbare Opfer kosten. Wilson hat es heute in der Hand, dieses Schicksal über die Welt heraufzubeschwören oder abzuwenden."[175])

Das „Berliner Tageblatt" meint zuversichtlich, Wilson müßte — wenn überhaupt ein redliches Wort die Raserei bannen könne — von der klaren Menschenliebe gewonnen werden, die den Prinzen Max erfülle.

„Er müßte sich sagen, daß ein Vernichtungsfrieden nur den Chauvinismus in den Ententeländern auf den Triumphstuhl erheben würde, und daß darum eine Fortsetzung des Krieges keineswegs seinen Idealen dient."[176])

Kennzeichnend für die Meinungsarbeit des „Berliner Tageblatt" ist besonders der Leitartikel vom 7. Oktober. Irgendein „intimer Freund" Wilsons, heißt es, sollte jetzt etwa folgendermaßen zum Präsidenten sprechen:

„Alles was Du in Deinem menschenfreundlichen Sinn von der Zukunft erhoffst, kann nur verwirklicht werden, wenn Du jetzt die Hand zum Frieden, zu einem Verständigungsfrieden reichst. Versäumst Du diesen Augenblick, willst Du den scheußlichen Krieg bis zur völligen Niederlage der einen oder der anderen Partei fortsetzen lassen und soll der Sieger dann dem Besiegten den Frieden diktieren, so werden vielleicht die äußeren Mauern Deines Völkerbundes aufgerichtet werden, aber hinter ihnen wird stärker als je zuvor der alte Geist lebendig sein . . . Du würdest den Triumph Deiner Waffen erleben, aber niemals den Triumph Deiner Ideen."

Und sei denn nicht auch ein neues Deutschland im Entstehen, fragt der Leitartikler in Gestalt des „intimen Freundes" weiter,

„das keinem Geheimkabinett sein Schicksal mehr anvertrauen, und das ganz in Deinem Sinne die Zukunft der Menschheit durch feste Bundesregeln und unantastbare Rechtsgrundsätze gegen neuen Kriegsjammer schützen will!? Wir wissen doch, daß in Deutschland, nur niedergehalten durch den Zwang der Verhältnisse, zahllose Männer und Frauen leben, denen seit langem die Sehnsucht nach einer besseren Welt das Herz zersprengt."

In derartigen rednerischen Lyrismen, aus denen das verzweifelte Bemühen spricht, unter Preisgabe jeder nationalen Würde Wilson zu umschmeicheln, ist der ganze Artikel gehalten. Trotz aller Hoffnung auf Wilson stellt aber schließlich auch das „Berliner Tageblatt" die sorgenvolle Frage, ob nicht auch der Präsident durch die „Sonne des Erfolges" geblendet sein könnte, „die heute über den nahen und fernen Wegen der Alliierten scheint".[177]) Von einem Willen zur nationalen Verteidigung im Falle der Ablehnung des deutschen Friedensangebotes durch Wilson ist beim „Berliner Tageblatt" wenig zu bemerken. „Die Rolle Gambettas", heißt es leichthin, „wird man spielen, die Verteidigung wird man organisieren können, wenn die Zeit dazu gekommen sein wird."[178])

[175]) F.Z. 6. 10. 1918.
[176]) B.T. 6. 10. 1918.
[177]) B.T. 6. 10. 1918.
[178]) B.T. 7. 10. 1918.

Das „Berliner Tageblatt" hat dann in den folgenden Tagen dauernd auf die wenigen spärlichen Presseäußerungen in den Ententestaaten hingewiesen, die in einem gemäßigten Tone gegenüber Deutschland gehalten waren, und hat geglaubt, sie als ein Zeichen dafür nehmen zu dürfen, daß durch das Auftreten des Prinzen Max und der neuen ‚demokratischen' Regierung die Stellung der ‚Verständigungsfreunde' in den Ententeländern eine wesentliche Stärkung erfahren habe. Weiter heißt es in optimistischem Ton:

„Wir haben nie daran gezweifelt, daß eine innere Umwandlung Deutschlands manche Kluft überbrücken werde. Umso notwendiger ist es, diese Umwandlung . . . ohne Zögern so durchzuführen, daß sie auch dem hartnäckigsten Zweifler als eine vollständige und für alle Zeiten gesicherte Abwendung von veralteten Institutionen und von einem nicht mehr in die Welt passenden Geiste erscheint."[179])

Scharf ablehnend hat das „Berliner Tageblatt" allen Gedanken gegenübergestanden, die im Sinne der „Kölnischen Zeitung"[180]) die Notwendigkeit betonten, im Falle einer Zurückweisung des deutschen Friedensangebotes sich „wieder auf seinen Militarismus zu besinnen und zu stützen". Durch nichts könne die eingeleitete Friedensaktion mehr gestört werden, meint das jüdisch-demokratische Blatt, als durch derartige Verkündigungen. Man erwecke damit den Eindruck, als gelte es, die „jetzige ‚schlappe' demokratische Regierung und das parlamentarische System bald wieder zu beseitigen und die militaristischen Machtprinzipien wieder auf ihren Platz zu stellen".

„Unter solchen Umständen könnte Wilson der Meinung sein, daß die ‚Garantien', die er wünscht, verdoppelt werden müssen, oder daß er gut tue, abzuwarten, wie sich die innere Lage in Deutschland entwickeln wird."

Am 9. Oktober bringt das Blatt eine Unterredung mit Maximilian Harden, dem Herausgeber der „Zukunft", dessen Ansichten man sich ohne Einschränkungen zu eigen macht. Das rückhaltlose Vertrauen zu dem amerikanischen Präsidenten, der Glaube an den ‚gerechten Verständigungsfrieden' von Wilsons Gnaden, hat in den Worten Hardens einen Ausdruck gefunden, wie er auch in der jüdisch-demokratischen Presse bisher nicht üblich gewesen war. Es heißt dort:

„Heute vermag kein Sterblicher so wie der Mann, der einst seiner Überzeugung wegen aus der Universität Princeton schied, keiner so wie der Redner von Mount Vernon und New York, wie Washingtons echter Erbe, alle sittlichen Kräfte der Menschheit für die Vertretung seines Glaubens zu mobilisieren."

„Waffenstillstand und Frieden sind sofort möglich und deshalb notwendig. Nirgends ist noch ein Punkt, über den gerechte Verständigung nicht leicht erreichbar wäre."

Jetzt, da Deutschland auf die Frage Wilsons, ob es seine Weltordnung wolle, bejahend geantwortet habe,

„jetzt würde Woodrow Wilson den Vorschlag, grausame Gewalt mit gleicher zu vergelten, aus empörtem Herzen abwehren. Er und

[179]) B.T. 8. 10. 1918.
[180]) s. o. S. 91.

seine Sozien wissen, daß auf Trümmern und neuen Leichenfeldern ihr Ideal nicht Wirklichkeit würde. Sie werden nicht so blind, nicht vom Rausch des Waffenerfolges so dicht umnebelt sein, daß sie das einzige Mittel zur Wiederbelebung der überwundenen militaristischen Kräfte wählen: den Versuch irgendwelcher Demütigung, die das deutsche Volk erst in völliger Ohnmacht hinnehmen könnte. Ich bin gewiß, daß Präsident Wilson nicht kleiner sein wird als sein Schicksal."[181])

Der gleiche Optimismus findet sich in der marxistischen Presse. Bereits am 4. Oktober hat der „Vorwärts" von der neuen Regierung ein rückhaltloses Bekenntnis zum Wilsonschen Völkerbundsgedanken verlangt:

„Die neue Regierung soll der Welt sagen, daß Deutschland die ungeheuren Vorteile eines Friedensbundes freier gleichberechtigter Völker voll erkannt hat und daß es bereit ist, zur Erreichung dieses Zieles Opfer zu bringen."

Eine loyale, von wahrhaft demokratischem Geist erfüllte Durchführung des amerikanischen Weltfriedensprogramms „würde für das deutsche Volk . . . ein Vorteil sein".[182]) Im deutschen Volke, versichert der „Vorwärts", habe die „demokratische Friedenspolitik Wilsons" keine Gegner mehr. Doch dürfe, heißt es einschränkend, die Gegnerschaft, die sie im Ententelager selbst habe, in dieser kritischen Stunde nicht übersehen werden.

„Der Widerstand, den unsere Armee im Felde leistet, gilt in keiner Weise mehr der Weltdemokratie, er gilt nur noch ihren Gegnern, den Imperialisten des Auslandes."[183])

Durch diese Unterscheidung zwischen „Weltdemokratie" und gegnerischem Imperialismus hat die marxistische Presse gerade in diesen schicksalsentscheidenden Oktoberwochen dazu beigetragen, im deutschen Volke die Illusion zu verstärken, als seien die annexionistischen Ziele der Entente lediglich Forderungen einiger chauvinistischer Regierungshäupter, als bedürfe es nur des deutschen Bekenntnisses zu den „demokratischen" Friedenszielen Wilsons, um die Stimmung der feindlichen Völker sofort zu einem „Verständigungsfrieden" geneigt zu machen, ja, sie zur Stellungnahme gegen die eigenen Imperialisten zu veranlassen; und dies in einem Augenblick, wo die Kriegsziele dieser „Imperialisten des Auslandes" infolge der gewaltigen psychischen Wirkungen des militärischen Erfolges immer mehr auch zu Forderungen der feindlichen Völker und ihrer Öffentlichkeit wurden.

Zu Wilsons 14 Punkten meint der „Vorwärts" in einem anderen Artikel, das Programm enthalte zwar gewisse Einzelheiten, „die unserem gewohnten Denken widerstreben". (Ob der „Vorwärts" bei diesen „Einzelheiten" auch an die Wilsonsche Forderung nach der „Wiedergutmachung des von Preußen 1871 begangenen Unrechts" hinsichtlich Elsaß-Lothringens denkt, wird nicht klar.) Auf der anderen Seite biete aber das Programm durch den „gesicherten Frieden", „die

[181]) B.T. 9. 10. 1918.
[182]) V. 4. 10. 1918; 6. 10. 1918.
[183]) V. 6. 10. 1918.

Abrüstung", „die Wirtschaftsfreiheit" gewaltige Vorteile, die zu gewinnen man auch Opfer nicht scheuen dürfe[184]).

Hoch sind auch die Erwartungen, die das sozialdemokratische „Hamburger Echo" an Wilson stellt. Wenn Wilsons Kriegsziel wirklich die Schaffung einer Friedensorganisation sei, „die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen", dann müsse Wilson in dem Augenblick, wo die Mittelmächte sich bereit erklärten, sich in diese Friedensorganisation einzuordnen, alles tun, um dem unnützen Blutvergießen sofort, und nicht erst nach Aufrichtung der Friedensorganisation, ein Ende zu machen:

„Die Friedensorganisation muß mit der Verwirklichung ihres Grundgedankens beginnen. Möge die Entscheidung Wilsons zum Wohle der Menschheit sein."[185])

Auffallend ist an allen diesen Äußerungen der marxistischen Presse ebenso wie der demokratischen, daß in ihnen die konkreten Punkte des Wilson-Programms — also alle territorialen Forderungen der Entente, die die Integrität des Reichsgebietes verletzten — fast gänzlich mit Stillschweigen übergangen worden sind. Allein die allgemeinen und abstrakten Programmpunkte wie die über den Völkerbund, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit, die Freiheit der Meere u. a. wurden besprochen. Eine derartige publizistische Verschleierung der machtpolitischen Hintergründe des Wilson-Programmes mußte aber — je fester sich die deutsche Regierung auf dieses Programm verpflichtete — zu gefährlichen Illusionen in der Öffentlichkeit führen; Illusionen, die nur den innerpolitischen Zielen der nach Macht strebenden marxistischen Parteien förderlich sein konnten, da ja diese Parteien — bei der Kriegsmüdigkeit der resignierenden Massen — die Bewahrung und Festigung ihrer Macht allein durch unaufhörliche Propaganda für einen schnellen Frieden durchsetzen konnten. Zu einer solchen Propaganda gehörte es natürlich, daß die marxistische Presse unaufhörlich die Möglichkeit und die Erreichbarkeit dieses schnellen Friedensschlusses betonten.

Die Pressebehörden haben gegen jene Einseitigkeit in der Besprechung der Wilsonschen Programmpunkte kaum etwas unternommen. In der Pressebesprechung vom 7. Oktober hat der Vertreter des Auswärtigen Amtes sogar diese Entwicklung noch unterstützt, indem er folgende Aufforderungen an die Pressevertreter richtete:

„Betonen Sie immer wieder, daß die deutsche Regierung nicht von sich aus allein dieses Angebot gemacht hat, sondern daß es eine Rückendeckung gefunden hat in den Erklärungen des Reichstags, der aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist, daß also in diesem Falle das ganze deutsche Volk hinter der Regierung steht — und daß die Neuorientierung der Ausdruck der innersten Überzeugung des deutschen Volkes ist. Weiter wollen Sie einzelne Punkte nicht besprechen.

---

[184]) V. 7. 10. 1918.
[185]) H.E. 8. 10. 1918.

Solche Punkte, die ganz besonders ein noli me tangere bilden müssen, sind Elsaß-Lothringen, Polen und das Baltikum sowie Belgien. Diese Punkte lassen Sie bitte, bis Wilson geantwortet hat, noch einmal aus der Diskussion heraus."[186])

Ein Teil der Rechtspresse hat gegen diese Taktik des „noli me tangere" scharf Stellung genommen. Deutlich kommt dies in ihren Kommentaren zum Friedensschritt der Regierung zum Ausdruck. So sieht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" in dem Friedensangebot an Wilson nichts als schwerste Gefahren. Der folgenschwerste Entschluß aber werde die Preisgabe aller jener Errungenschaften sein, die die Ostfriedensschlüsse dem Reiche gebracht hätten. Denn sie bedeute die Öffnung der deutschen Grenzen für den Bolschewismus. Eine gänzlich überflüssige außenpolitische Geste sei die feierliche Anerkennung des Völkerbundsgedankens durch die „Neue Ära" in Deutschland, „eines Gedankens, der in seiner Blässe und Unbestimmtheit für den Fortgang der praktischen Politik .... ohnehin nicht entscheidend werden wird". Das westdeutsche Blatt fragt weiter die Regierung, ob sie meine, daß sie mit ihren Zugeständnissen, „die doch trotz allem nur einen geringen Teil der Ententeforderungen erfüllen", einen Lloyd George und Clemenceau zu gütlicher Vereinbarung bringen könnte; ob sie es in der Tat wage, dem deutschen Volk weis zu machen,

„daß Wilson, wenn er überhaupt die deutsche Bitte, auf Grund seiner Leitsätze eine Friedensaussprache zustande zu bringen, gnädig berücksichtigt, dies anders tun wird als mit dem festen Willen, auf solcher Friedenskonferenz das Deutsche Reich bis aufs Blut zu pressen?"

Besonders befremdend findet es das Blatt schließlich, daß der Kanzler mit keinem Wort die Frage der Kolonien berührt habe.[187])

Eine von allen übrigen Blättern abweichende Stellung nimmt wiederum die „Vossische Zeitung" ein. Ein Friedensangebot, so heißt es, sei an sich keine politische Handlung. „Erst die Art der Politik, die es einleitet und stützt, macht es dazu." Diese Politik aber fehle. Indem der Kanzler z. B. Elsaß-Lothringen immer noch als eine innerpolitische Frage behandele, habe er die Gelegenheit versäumt, zu erklären, daß Deutschland zu direkter Aussprache mit Frankreich über diesen Punkt bereit sei. Diese Aussprache sei notwendig, wenn man den Zündstoff aus der Welt schaffen wolle, den Elsaß-Lothringen für die deutsch-französische Stimmung bedeute. Wenn diese Frage erst am internationalen Konferenztisch entschieden würde, so werde niemals das politische Resultat erzielt werden, das sich aus direkten Verhandlungen ergeben könne. Dieser Vorschlag, eine direkte deutsch-französische Aussprache in dem Augenblick einzuleiten, wo die gemeinsamen militärischen Erfolge der Alliierten auch ihre politische Front fester denn je schlossen, ist ein Zeugnis dafür, welche Ausmaße die außenpolitische Ratlosigkeit führender Blätter angenommen hatte. — Was ferner der Kanzler über die Ostfragen gesagt habe, so fährt das Blatt fort, zeige, daß man anscheinend nach

[186]) Akten des Kriegspresseamtes. Pressebesprechung vom 7. 10. 1918.
[187]) Rh.-W.Z. 6. 10. 1918.

wie vor die Herstellung selbständiger Randländer wolle, „selbst auf die Gefahr hin, daß diese Randländer garnicht daran denken, sich an Deutschland anzuschließen". Man wolle noch immer die „Befreiung der Randstaaten" auf Grund eines ganz falsch ausgelegten Selbstbestimmungsrechtes. So zeige die Politik der Mehrheitsparteien keinerlei Fortschritte gegenüber der alten, sondern vertraue nur auf Wilson und auf ein gütiges Geschick[188]). Zu Wilson sich wendend, meint das Blatt, ein dauernder Völkerbund, wie dieser ihn erstrebe, könne nur aus Mitgliedern bestehen, die insgesamt in der Lage sind, jedes für sich für seine Lebensnotwendigkeiten aufzukommen und ein organisches, arbeits- und entwicklungsfähiges Ganzes zu bilden.

„Das wird aber nicht geschehen, solange man dem kleinsten Erdteil Europa die Möglichkeit nimmt, aus seiner bisherigen Zerrissenheit zu jener Einheit zusammenzuwachsen, die es durch die natürlichen Lebensbedingungen seiner Teile zu bilden berufen ist."[189])

Die politische Zersplitterung des Kontinents liege nach wie vor besonders im englischen Interesse, weiter gefaßt im angelsächsischen Interesse. Die gesamte Politik des Angelsachsentums laufe auf dieses Ziel hinaus. In Deutschlands Macht liege es, durch Fühlungnahme mit den russischen Völkern und mit Frankreich diese Pläne zu durchkreuzen. Das Blatt schweigt jedoch darüber, wie es sich diese „Fühlungnahme mit den russischen Völkern" praktisch vorgestellt hat, mit Völkern also, deren nationale Forderungen durch die Propaganda der Entente während des Krieges unaufhörlich gesteigert worden waren und die zudem zum Teil bereits durch die bolschewistische Propaganda für jede deutsche Politik unbrauchbar gemacht worden waren.[190])

Gänzlich ablehnend stehen die „Deutsche Zeitung" und die „Deutsche Tageszeitung" jeder Politik gegenüber, die auf Wilsons Verständigungsbereitschaft baut. In einem „Ein Olmütz des Reiches" überschriebenen Artikel meint die „Deutsche Zeitung":

„Die Saat unserer Politik seit Kriegsbeginn, die mit dem Friedensangebot von 1916 in den Abschnitt ihrer Blüte getreten war, ist gereift. Nicht um ein Friedensangebot handelt es sich heute mehr. Viel Traurigeres hat sich ereignet."

Das Reich Bismarcks und Moltkes habe um Waffenstillstand und Frieden denselben Wilson gebeten,

„der im Kriege mit uns steht, der uns Vernichtung angedroht hat, der uns alle und den Träger der deutschen Kaiserkrone . . . auf das Empörendste beschimpft hat! Um soweit zu kommen, ist unser bestes Blut in Strömen geflossen, unsere Jugend . . . in Hekatomben dahingesunken."[191])

In einem anderen Artikel macht sich die „Deutsche Zeitung" eine Äußerung der konservativen „Post" zu eigen:

„Die deutschen Demokraten haben die Wange hingehalten, damit Wilson

[188]) V.Z. 6. 10. 1918.
[189]) V.Z. 5. 10. 1918.
[190]) V.Z. 2. 10. 1918.
[191]) D.Z. 6. 10. 1918.

sie streichele. Sie werden — alles spricht dafür — einen Schlag erhalten, der in der ganzen Welt zu hören ist und den deutschen Verständigungswahn tödlich trifft, den Wahn . . ., daß die Feinde zu einer Verständigung zu bewegen seien."

Die Haltung der demokratischen Presse findet in der „Deutschen Zeitung" schärfste Ablehnung:

„Wer die Artikel der demokratischen Presse . . . liest, den ergreift tiefe Scham, daß diese furchtbare Stunde noch F r e u d e auslösen kann in diesen Blättern."[192])

Durch ausführliche Zitate aus der Ententepresse und den ausländischen Kommentaren zum deutschen Friedensschritt sucht die „Deutsche Zeitung" in letzter Stunde dem Volke den unversöhnlichen Vernichtungswillen zu zeigen, der nicht nur die feindlichen Regierungen, sondern auch die Völker beherrsche . . . — Zur Beurteilung Wilsons durch die „Germania"[193]) schreibt die „Deutsche Zeitung":

„Ist wohl jemals einem Feinde von so abgrundtiefer Gehässigkeit, wie sie Wilson bislang gegen das deutsche Volk geäußert und betätigt hat, eine derartige Verhimmelung zuteil geworden?!"[194])

Die „D e u t s c h e T a g e s z e i t u n g" schreibt, das Friedensangebot klinge so, als ob der Präsident der Vereinigten Staaten das Haupt einer neutralen Macht sei.

„In Wirklichkeit ist er der Diktator derjenigen Macht, welche jetzt die Führung der gegen uns kämpfenden Koalition inne hat."

Diesen Diktator nun bitte der Kanzler des unbesiegten Deutschen Reiches um Frieden. Denn dieses Reich sei nicht besiegt. Dies sei es, was die Friedensbitte als so unglaublich erscheinen lasse.

„Wir sehen nur eine Niederlagen s t i m m u n g. Diese kann und wird, wenn sie bleibt, . . . Niederlage und Verlust des Krieges und einer deutschen Zukunft herbeiführen. Wir werden das nicht hindern können, denn das Deutsche Reich wird durch die Vertreter . . . des Niederlagengeistes regiert, aber wir halten es für unsere Pflicht . . ., von vornherein festzustellen, daß wir es für ein Verbrechen am Reiche und am deutschen Volke halten, den Niederlagen g e i s t zu identifizieren mit der N i e d e r l a g e."

Zum Programm der 14 Punkte selbst meint die „Deutsche Tageszeitung", Wilsons Forderung nach Räumung der russischen Randgebiete und nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für die von Rußland losgelösten Völker bedeute nichts weiter, als daß die Entente diese Fragen lediglich in i h r e m Sinne lösen werde. Die Lösung der elsaß-lothringischen Frage, wie Wilson sie erstrebe, setze voraus das Eingeständnis eines von Preußen 1871 begangenen „Unrechts". Die Wiederherstellung Polens in seinen historischen Grenzen könne nur auf Kosten Preußens geschehen und werde zudem durch internationalen Vertrag garantiert werden. Die Wilsonsche Redewendung von der „Freiheit der Meere" bedeute nichts weiter, „als angelsächsische Polizeigewalt auf dem Meere . . . hinsichtlich der Rohstoffversorgung der Staaten des europäischen Festlandes".[195])

[192]) D.Z. 7. 10. 1918.
[193]) s. o. S. 91.
[194]) D.Z. 9. 10. 1918.
[195]) D.T. 6. 10. 1918.

Immer wieder wendet sich in jenen Oktobertagen die „Deutsche Tageszeitung" gegen die Politik der neuen Regierung, die glaube, „mit ein paar moralischen Schlagworten dem Weltkriege eine neue Wendung zu geben."[196]) Immer wieder wird auch die demokratische Presse Gegenstand heftigster Angriffe in der Rechtspresse. Gerade diese Presse, so meint die „Deutsche Tageszeitung", habe in den Wochen, die dem Friedensangebot vorausgingen, dauernd die Parole ausgegeben, daß der Krieg nur als ein Krieg der nationalen Verteidigung weiterzuführen sei und daß es auf die Zusammenfassung aller Kräfte ankomme:

„Wie aber ist es mit der Zusammenfassung aller Kräfte für die nationale Verteidigung? Die Mehrheitspresse spricht davon überhaupt nicht, sondern erörtert in Hoffnung und Besorgnis . . . ausschließlich den Frieden und was Wilson wohl antworten werde und könne. Wir können uns nicht dem Glauben hingeben, daß auf diese Weise die moralischen Kräfte, die zur nationalen Verteidigung gehören, gesammelt und gestärkt werden. Im Gegenteil, sie gehen verloren, die Bevölkerung wird ganz in den Gedanken an den Frieden eingehüllt."

Man sehe es bereits, wie das Verhalten der Mehrheitspresse die Bevölkerung in die ausschweifendsten Illusionen versetze, sie glauben mache, der Friede könne garnicht mehr ausbleiben.

„Wie wird es möglich sein, bei einer solchen . . . Stimmung nachher die Kräfte wachzurufen, wenn die Bedingungen der Feinde zeigen, daß ihr Frieden nicht zu ertragen wäre?! Die Regierung mit ihrer Presse spielt kurzsichtig ein sehr gefährliches Spiel."

Derartige Warnrufe aber sind untergegangen in dem immer lauter werdenden Chor derer, die von den deutschen Waffen wenig, aber von Wilson umso mehr sprachen. Gerade jene ersten Oktobertage des Jahres 1918 zeigen unheimlich klar die vollkommene außenpolitische Ratlosigkeit und Ziellosigkeit, in der sich die Presse durch Verschulden der poltischen Führung befand. Man kann ohne Übertreibung sagen: die deutsche Tagespresse ist in jenen entscheidenden Tagen kaum mehr gewesen als ein Ausdruck von allmächtigen Gefühlsströmungen — wie sie elementar und unaufhaltsam aus dem Erleben der kriegsüberdrüssigen und hungernden Massen hervorbrachen. Die tiefe Friedenssehnsucht dieser Massen bedurfte eines einenden Glaubens, verlangte nach der Personifikation aller jener sittlichen Kräfte, die auf eine schnelle und erlösende Beendigung der Kriegsleiden und auf die Errichtung einer neuen, besseren und gerechteren Weltordnung hinwirkten. Im Erleben der Massen mußten diese Kräfte sich endgültig in Woodrow Wilson personifizieren, als die kaiserliche Regierung in aller Form den amerikanischen Präsidenten um seine Friedensvermittlung bat. Die Presse nun mochte sich diesen Gefühlsimpulsen der Massen anschließen oder sich ihnen widersetzen. Sie übersehen und ihr Vorhandensein leugnen konnte sie jedoch nicht, ohne sich selbst zu publizistischer Wirkungslosigkeit zu verurteilen. Auch in diesen Schwierigkeiten ist die Presse wiederum

[196]) D.T. 7. 10. 1918.

ohne irgendwelche Führung von Seiten der politischen Leitung geblieben.

Der Regierung selbst aber war das Gesetz des Handelns — nachdem die Friedensnote an Wilson einmal veröffentlicht worden war — unabänderlich vorgeschrieben. Der Monat Oktober sollte zeigen, daß jede Umkehr auf dem einmal begonnenen Wege einfach aus massenpsychologischen Gründen unmöglich war. Und die Forderungen des Präsidenten Wilson sind es schließlich gewesen, die in Deutschland den Triumph einer artfremden Demokratie entschieden und das deutsche Volk in den Abgrund des 9. November 1918 gerissen haben.

Zusammenfassung.

Aufgabe dieser Arbeit war es, den Prozeß eines einzigartigen Meinungswandels zu verfolgen, der sich innerhalb der deutschen Öffentlichkeit im letzten, kriegsentscheidenden Jahr des Weltkrieges vollzog. Die Mehrheit der deutschen Presse, die bis in den Sommer des Jahres 1918 hinein in dem amerikanischen Präsidenten Wilson einen „Erzheuchler", einen „kriegswütigen Demagogen", einen unerbittlichen Feind des deutschen Volkes gesehen hatte (den sie umso energischer bekämpfen zu müssen glaubte, als er „seinen Vernichtungswillen hinter ebenso pathetischen wie unaufrichtigen moralischen Redewendungen zu verbergen suchte"), änderte in wenigen Monaten unter dem Eindruck einer schweren militärischen Krise ihre Ansicht über die politischen Motive und Ziele desselben Mannes so vollkommen und grundlegend, daß sie nun in ihm den Repräsentanten und Verkünder eines neuen erlösenden Geistes sah, der aus dem Chaos des mehr als vierjährigen Völkerringens ein neues Zeitalter der Völkerversöhnung und des dauernden Friedens heraufführen würde, eines Geistes, der die Politik unter den Primat der Moral zu stellen entschlossen schien und der — nach den Versicherungen seines Verkünders Wilson — auch über den Friedensschlüssen des Weltkrieges walten sollte.

Um diesen Meinungswandel zu erklären, der für das deutsche Volk den ersten Abschnitt auf dem Wege nach Versailles bedeuten sollte, genügt es nicht, auf Einzelerscheinungen hinzuweisen. Gewiß hat die furchtbare Ernährungslage des letzten Kriegsjahres die psychologische Aufnahmefähigkeit des deutschen Volkes gegenüber politischen Utopien gewaltig gesteigert und hat auch die Presse — wollte sie nicht jede Fühlung mit dem Volke verlieren — zu intensiver Auseinandersetzung mit allen in der Welt auftauchenden Bestrebungen gezwungen, die auf eine schnelle Beendigung des Krieges gerichtet schienen. Gewiß hat die pazifistische Grundhaltung der marxistischen Massenparteien und ihrer Presse den Wilsonschen Gedanken vorgearbeitet und ihre Ausbreitung — besonders nach dem

Umschwung der militärischen Lage im August — begünstigt. Gewiß hat auch der erbitterte Meinungsstreit um das preußische Wahlrecht (und die unentschlossene Haltung der Regierung in dieser Frage) die Wirkung der Wilsonschen Propagandaparolen vom „autokratischen" und vom „demokratischen" Deutschland in weiten Teilen des Volkes erhöht. Alle diese Einzelerscheinungen vermögen jedoch letztlich die Ausbreitung der Wilsonschen Ideen in der deutschen Öffentlichkeit nicht zu erklären. Denn sie hätten sich sämtlich nicht derart gefährlich auswirken können, wenn die politische Führung imstande gewesen wäre, dem deutschen Volke nach außen hin ein Ziel zu weisen, das geeignet gewesen wäre, die inneren Gegensätze in den Hintergrund zu drängen und die zermürbenden Wirkungen der Ernährungslage zu vermindern — mochte dieses Ziel nun im Ideellen oder im Praktisch-Politischen liegen. Ein Teil der Presse hat — wie in dieser Arbeit gezeigt wurde — diese entscheidende Frage erkannt. Er hat immer wieder betont, daß für die moralische Kampfkraft des Volkes nichts schädlicher war, als das andauernde Fehlen fester, klarer und propagandistisch schlagkräftiger Kriegsziele. Thimme nennt in seinem Buch „Weltkrieg ohne Waffen" die Tatsache, daß die Regierung ihre Kriegsziele niemals öffentlich bekannt gab, den allergrößten Fehler vom Standpunkt der Propaganda[1]). Es war ein Fehler nicht so sehr gegenüber den Feinden Deutschlands, die ihn zur Verdächtigung der deutschen Absichten ausnutzten — es war ein Versäumnis vor dem deutschen Volke selbst. Die rein defensiv gehaltenen Parolen, die sich in amtlichen Äußerungen über das deutsche Kriegsziel fanden, wie „Wahrung der deutschen Interessen", „Kampf für das deutsche Lebensrecht", „Verteidigung der Integrität des deutschen Reichsgebietes", waren propagandistisch ohne Schlagkraft und besaßen keine mitreißende, den Kampfwillen stählende Wirkung in der Seele des Volkes. Sie mußten — je häufiger sie in Presse und Parlament gebraucht wurden — auf das Volk als nichtssagende Selbstverständlichkeiten wirken, hinter denen es umso leidenschaftlicher die Frage nach dem entscheidenden politischen Sinn dieses Krieges stellte. Und auf diese Frage ist die Führung dem Volke die Antwort schuldig geblieben.[2])

Dieser Krieg, ein Krieg der Massen und ein Krieg der gesamten Menschheit wie keiner zuvor, konnte nur von den Völkern politisch gewonnen werden, deren Führer es verstanden, den Massen einen Glauben zu geben, den Glauben an die eigene geschichtliche Sendung, die den Opfern und Entbehrungen des Krieges den Sinn und die Rechtfertigung gab. Die Propaganda für den Sieg allein tat es nicht, den

[1]) Hans Thimme: Weltkrieg ohne Waffen. S. 231.

[2]) Große außenpolitische Konzeptionen einzelner Politiker und Publizisten, wie es z. B. Friedrich Naumanns „Mitteleuropa"gedanke war, erregten zwar bei ihrem Auftauchen heftige publizistische Meinungskämpfe, vermochten aber — da die politische Führung es stets vermied, sich in irgend einer Form mit ihnen vor der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen — in die große Masse des Volkes nicht einzudringen.

Siegeswillen konnte der politische Führer nur dann in den Massen erhalten, wenn er ihnen gleichzeitig den unbeugsamen Glauben an die sittliche Notwendigkeit dieses Sieges zu geben wußte. Denn dieser Krieg war durch die ungeheuren geistigen und seelischen Energien, die er auslöste und auch wieder erforderte, zu groß, als daß er von den Führern irgendeines Volkes nur hätte aufgefaßt werden dürfen als ein gigantischer Machtkampf um das materielle Dasein dieses Volkes. Der Weg, den die Völker gingen, war zu schwer und zu hart, als daß sie vor sich nicht unaufhörlich die Fackel der Idee gebraucht hätten, die ihnen am Ende des Weges das große Ziel zeigte. Ob man nun das Fehlen einer mitreißenden ideellen Kampfparole in Deutschland der Schuld der Führung zuschreibt oder ob man es aus der geistigen und seelischen Gesamtlage heraus erklärt, in der das deutsche Volk sich befand, (wie Thimme es tut, wenn er meint, es habe nun einmal dem nationalen Willen „an Tradition, Einheitlichkeit und Selbstvertrauen gefehlt"), das ändert nichts an der Tatsache.

Da es aber nun diese moralisch aktivierende Idee nicht gab, die das Volk im Kampf nach außen hätte einen können, so hätte es zum mindesten das Bemühen der politischen Führung sein müssen, die unbedingt notwendige Klarheit über ihre konkreten politischen Ziele vor der Öffentlichkeit zu schaffen. Hier liegt ein Versäumnis vor, dessen Folgen nicht schwer genug eingeschätzt werden können. Denn indem die politische Führung auch im letzten Jahr des Krieges nichts tat, um das meinungspolitische Chaos des Kriegszielstreites zu beenden, das sie selbst heraufbeschworen hatte, ebnete sie auch selbst den gegnerischen Propagandaparolen den Weg in die Seele des deutschen Volkes. Denn dieses Volk stand ja, je länger die physischen Entbehrungen des Krieges dauerten, allen publizistischen und parlamentarischen Kriegszielstreitigkeiten mit wachsender Gleichgültigkeit gegenüber. Während die Presse sich über die „belgische Frage" oder die „austropolnische Frage" stritt, verband sich im Geiste des Volkes die physische Not des Krieges immer enger mit der Vorstellung seiner politischen Sinnlosigkeit. Und hier ist die tiefste Ursache für die propagandistischen Erfolge der Wilsonschen Kriegszielideologie zu suchen. Wilsons Ideen schienen alles zu enthalten, worum das deutsche Volk aus innerstem Herzen rang: den ersehnten Frieden auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der nationalen Lebensnotwendigkeiten, verbunden mit der Ächtung brutaler Machtprinzipien, schien zu enthalten die große moralische Sinngebung des Krieges als der welthistorischen Geburtsstunde eines neuen geläuterten Zeitalters menschheitlicher Gesittung.

Das deutsche Volk aber wußte nicht, daß das Ergebnis seines gewaltigen Vertrauens der Friede von Versailles sein sollte und der größte Ideenbankrott der Weltgeschichte.

Literaturverzeichnis.

A. Akten.

Akten des Kriegspresseamtes, Pressebesprechungen Januar bis Oktober 1918. Reichsarchiv Potsdam.

B. Zeitungen.

Berliner Tageblatt, (B.T.), Januar bis Oktober 1918.
Deutsche Tageszeitung, (D.T.), Januar bis Oktober 1918.
Deutsche Zeitung, (D.Z.), Januar bis Oktober 1918.
Frankfurter Zeitung, (F.Z.), Januar bis Oktober 1918.
Germania, (G.), Januar bis Oktober 1918.
Hamburger Echo, (H.E.), Januar bis Oktober 1918.
Kölnische Volkszeitung, (K.V.), Januar bis Oktober 1918.
Kölnische Zeitung, (K.Z.), Januar bis Oktober 1918.
Leipziger Volkszeitung, (L.V.Z.), Januar bis Oktober 1918.
Neue Preußische Zeitung, (N.P.Z.), Januar bis Oktober 1918.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung, (N.A.Z.), Januar bis Oktober 1918.
Rheinisch-Westfälische Zeitung, (Rh.-W.-Z.), Januar bis Oktober 1918.
Vorwärts, (V.), Januar bis Oktober 1918.
Vossische Zeitung, (V.Z.), Januar bis Oktober 1918.

C. Historische und zeitungskundliche Literatur.

Baker, Ray Stannard: Woodrow Wilson. Memoiren und Dokumente zum Vertrag von Versailles.
Bauer, Oberst: Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen? Flugschriften des „TAG" Nr. 2, Berlin 1919.
Ders.: Der Irrwahn des Verständigungsfriedens. Flugschriften des „TAG" Nr. 4, Berlin 1919.
Brüggemann, Felix: Woodrow Wilson und die Vereinigten Staaten von Amerika. Diss. Gießen 1933.
Chefredakteur, Pariser: Hinter den Kulissen des französischen Journalismus. Berlin 1925.
Collasius, Franz: Die Außenpolitik der Frankfurter Zeitung während des Weltkrieges. Diss. Frankf. 1923.
Dahlin, Ebba: French and German Public Opinion on Declared War Aims, 1914—1918. Stanford University, 1933.
Everth, Erich: Die Außenpolitik in der Öffentlichkeit, Jena 1931.
Fester, Richard: Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges. München 1925.
Hadamowsky, Eugen: Propaganda und nationale Macht. Oldenburg 1933.
Hart, Liddell: A history of the world war 1914—1918. London 1930.
Huber, Georg: Die französische Propaganda im Weltkrieg gegen Deutschland 1914—1918. München 1928.
Knesebeck, Ludolf Gottschalk von dem: Die Wahrheit über den Propagandafeldzug und Deutschlands Zusammenbruch. 1927.
Koch, Hartwig: Die Hamburger sozialistische Presse im Weltkrieg. Diss. Greifswald 1929.
Leupolt, Erich: Die Stellung der bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands zum neuen Kurs der deutschen Außenpolitik bis zum Rücktritt Bülows. Diss. Leipzig 1932.
Lippmann, Walter: Public Opinion. London 1922.
Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. Berlin 1919.
— Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916—1918. Berlin 1920.
Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Berlin und Leipzig 1927.

Nicolai, W.: Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg. Berlin 1920.
Rathert, Helmut: Die deutsche Kriegsberichterstattung und Presse als Kampfmittel im Weltkrieg. Diss. Heidelberg 1934.
Schnetzler, Hedwig: Das Problem Wilson, untersucht an der amerikanischen Außenpolitik im besonderen während des Weltkrieges. Diss. Berlin 1932.
Seymour, Charles: The Intimate Papers of Colonel House. London 1926.
Ders.: Woodrow Wilson and the World War. New Haven 1921.
Stern-Rubarth: Propaganda als politisches Instrument. 1921.
Stuart, Sir Campbell: Geheimnisse aus Crewe House. Leipzig 1922.
Thimme, Hans: Weltkrieg ohne Waffen. Stuttgart und Berlin 1932.
Tönnies, Ferdinand: Kritik der öffentlichen Meinung. Berlin 1922.
Volkmann, Erich Otto: Die Annexionsfragen des Weltkrieges. 12. Band (in der II. Abt. der 4. Reihe) des Werkes des Untersuchungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung 1919—1928.
Westarp, Graf: Aus meinen Erinnerungen. Bd. 237 der Preuß. Jahrbücher. 1934.
Wortmann, Karl: Geschichte der deutschen Vaterlandspartei 1917/18. (In „Hallische Forschungen zur neueren Geschichte". III.) 1926.
Wrisberg, Ernst von: Der Weg zur Revolution 1914—1918. Leipzig 1921.

Lebenslauf.

Ich wurde geboren am 5. Februar 1913 zu Düsseldorf a. Rh. Seit 1922 besuchte ich das Treitschke-Reform-Real-Gymnasium zu Berlin-Wilmersdorf, wo ich im Frühjahr 1931 die Reifeprüfung bestand. Seit dem Sommersemester 1931 studierte ich ununterbrochen an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, zunächst Nationalökonomie, sodann Germanistik und schließlich Geschichte und Zeitungswissenschaft. Die mündliche Promotionsprüfung bestand ich am 19. Februar 1936.